

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift · Revue Européenne
European Review

1 / 1984

Editorial.....	2
Dr. Ladislaus Barlay: Kulturrevolution und Alternativkultur.....	4
Hans-Jürgen Zahorka: Europa und die USA: Wirtschaft, Sicherheit, politische Werte — ab sofort gibt es neue transatlantische Pionieraufgaben!.....	22
Lehrbeispiel US-Steuerpolitik (H.W.).....	29
Heiner Wehn: Reisetagebuch aus dem Land der Plastics.....	31
Wer verteidigt Irland? (Z.).....	40
Steffen Meier: Weltraumrüstung und Science Fiction.....	42
Khalid Ahmad Dayani: Was geschieht in Afghanistan?.....	47
Kein Ende des Bürgerkrieges in Chile? (L.B.).....	56
Thea Schmitt: Chile: der überforderte Caudillismus.....	59
Buchrezensionen (Haken, Nussbaum, Leebaert, Marengo, Dahrendorf, Zuidwijk, van den Berghe, Kopf, Rostow, Summerscale, Xing-hu Kuo, Capra, Grotz).....	64
Summaries.....	79
Impressum.....	82

LIBERTAS

LIBERTAS—Schriftenreihe "Christlich-demokratische, zentristische und konservative Parteien"

In dieser Schriftenreihe erschienen vor einigen Jahren kleine Monographien über europäische Parteien des christlich-demokratischen und konservativen Spektrums. Ziel dieser Schriftenreihe ist nachwievor, Informationsdefizite abzubauen und zu helfen, politische Mißverständnisse zu vermeiden, die sich in der heutigen und zukünftigen europäischen Parteizusammenarbeit aus unterschiedlichen Koalitions-, Sprach-, Geschichts- und Strukturveraussetzungen ergeben könnten.

Heiner Wehn/Knut Görich: Die Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein. Sindelfingen 1978. 32 S. 5.-DM.

Heiner Wehn: Die Nationalist Party in Malta. Sindelfingen 1979. 20 S. 5.-DM.

Knut Görich/Hans-Jürgen Zahorka: Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz. Sindelfingen 1980. 36 S. 5.-DM.

Erik T. Jarlsby: Høyre — Die Konservative Partei in Norwegen. Sindelfingen 1980. 20 S. 5.-DM.

Paul Mattar: Die PSC und CVP in Belgien. Sindelfingen 1981. 38 S. 5.-DM.

Hinweise für Bestellungen:

Bitte bestellen Sie schriftlich unter Angabe des Landes und unter Beifügung eines Schecks bzw. unter Hinweis, daß Sie eine Rechnung wünschen. Bei Mehrfachbestellungen können Sie von günstigeren Staffelpreisen profitieren; bestellen Sie dann gegen Rechnung. Richten Sie bitte Bestellungen an: LIBERTAS, Schwenninger Straße 32, D-7032 Sindelfingen 6.

EDITORIAL

LIBERTAS meldet sich nach kurzer Pause wieder. Dies markiert keinen Neubeginn, sondern eine Fortführung von Bewährtem und einen Sprung ins zuvor Ausgeklammerte zugleich.

Das Konzept von LIBERTAS wurde erweitert. Als Zeitschrift für europäische Köpfe wird sie nun auch auf die theoretisch faßbaren, geistigen Bauelemente von Politik sowie auf deren Informationsstand eingehen. Sie wird sich nicht zuletzt an der Diskussion dieser grundlegenden Gebiete der Politik beteiligen.

Langfristige und weltumspannende, womöglich geschichtsmächtige Aspekte der Politik sollen dabei auch hervortreten. Die Analysen sollen dadurch für den an strategischer Verwertbarkeit gewinnen, der sie in problembewußter Unruhe liest. LIBERTAS wird es sich daher nicht nehmen lassen, in aktuelle Meinungs- und Willensbildungen mit dem Anspruch dieser ganzheitlichen Perspektive einzugreifen: wie wenn man an einem Tropfen Meereswasser das ganze Meer erkennt. Dieser kühne Anspruch soll jedoch nicht in die Vermehrung hehrer Allheilmittel sowie unerfüllbarer Verbindlichkeiten münden. Damit keine Strategien unter Mißachtung tückischer Einzelheiten und keine unbezweckt bis zweckfeindlichen Folgen geplanten Mitteleinsatzes unbekümmert fortwuchern, macht LIBERTAS mit den Fakten Ernst. Im Wald, den man von den einzelnen Bäumen nicht verdecken zu lassen braucht, bleibt jeder einzelne Baum für LIBERTAS wichtig. Auch die Auswahl verfügbarer Mittel sowie die abschätzbaren Folgen des Mitteleinsatzes nimmt LIBERTAS zum Anlaß, jeweilige Zielvorgaben der Politik auf ihre geistige Beschaffenheit hin zu prüfen. An würdevollem Streit, aber auch an Witz soll es dabei freilich nicht fehlen.

Bei aller Erweiterung des Konzeptes bleibt LIBERTAS eine europäische Zeitschrift. Sie analysiert und kommentiert politische Themen der Europäischen Gemeinschaft.

Dazu gehören auch weltweite Themen, die Europa als Teil der nordatlantischen Hemisphäre betreffen und auch solche außereuropäischen Themen, an denen Europa unmittelbar interessiert sein dürfte.

Europa bedeutet für LIBERTAS eine eigenständige geistige, rechtliche, wirtschaftliche, soziale und politische Großregion mit den dynamischen Anfängen übergreifender, liberal verfaßter und demokratisch legitimer Rechtsstaatlichkeit. Gerade so ist Europa für LIBERTAS nur als wohlintegriertes Element der nordatlantischen Schicksalsgemeinschaft überlebensfähig. Nicht zuletzt ist Europa für LIBERTAS ein geordnetes Ensemble nationalstaatlicher wie regionaler Mannigfaltigkeit. Örtliche Autonomie wie bilaterales Beziehungsgeflecht sind für LIBERTAS unabdingbare Wesenszüge der europäischen Integration, die trotz der noch zu lösenden Probleme ihrer Verwirklichung durch staatliche Kompetenzverweiterungen der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere des Europäischen Parlaments beachtliche Fortschritte macht.

Weil die politische Integration Europas im Werden begriffen ist, kann LIBERTAS nur eine Zeitschrift für die Jugend und für diejenigen sein, die im Einklang mit der Jugend das Bild Europas prägen wollen. Obwohl die heutige Jugend in Europa von den maßgebenden politischen Kräften der Nationalstaaten insbesondere bildungs- und beschäftigungspolitisch vielfach im Stich gelassen wurde, bleibt eben dieser Jugend nichts anderes übrig, als neue politische Elitengruppen, sprich: demokratische Leistungseliten zu entwickeln und alsbald politische Macht auszuüben.

Diese Jugend will heute schon Europa als politische Ganzheit. Sie will diese so prägen, wie ihre Bevorzugungen sich allmählich zu einem normativen Selbstverständnis zusammenschließen. Bei aller kreativen Unruhe, bei aller Vielfalt kultureller Umbrüche und bei aller oft entmutigenden Anpassung gibt es eine ganze Reihe von Bevorzugungen, denen die entscheidende Mehrheit der europäischen Jugend im Wesentlichen zustimmt: schöpferische Phantasie und präzise Informiertheit bei Problemlösungen, Bereitschaft zu sinnvollen technologischen Innovationen, Erschließung neuer Freiheitsräume in der Informationsgesellschaft (information society), wirtschaftliche Risikobereitschaft, Wahrung der Menschenrechte, Nutzung rechtsstaatlich gewährleisteter Handlungsspielräume, aktive Mitgestaltung der repräsentativen Demokratie, Bejahung eines gerechten sozialen Interessenausgleichs im Zeichen gruppenüberschreitender Solidarität, Schutz der Einzelperson vor übermäßiger staatlicher Kontrolle, sinnvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen, Befürwortung neuer, autonomer und humaner Organisationsformen der Arbeitswelt, Sicherung des Friedens in Freiheit, Kommunikationsbereitschaft über private, soziale, nationale und kulturelle Grenzen hinweg, Fähigkeit zur internationalen Kooperation sowie zur politischen Integration usw.

Die jungen Jahrgänge Europas teilen diese Bevorzugungen insbesondere mit denen Nordamerikas. Es gibt jedoch ernste Anzeichen dafür, daß die Anziehungskraft dieser Einstellung weit über die nordatlantische Hemisphäre hinaus wirkt und wie ein unverzichtbares Minimum das Selbstverständnis junger Menschen weltweit mitgestaltet. Das könnte auch für die Völker neue Perspektiven eröffnen, die einstweilen unter kommunistischer oder sonstiger Tyrannei leben. LIBERTAS wird sich diesem Thema nicht verschließen.

Europa hat in dem erwähnten Rahmen sein politisches Erneuerungspotential nicht verbraucht und als jugendlich zählt in ihm jeder, der es fruchtbar werden lassen will.

LIBERTAS wird die kritische, zuweilen ironische oder sarkastische Auseinandersetzung mit den Ideologien nicht scheuen, deren politische Abwandlungen sich diesem Trend entgegenstemmen: mit den Ideologien spießbürgerlicher Moralität, nihilistischer Selbstauflösung, totalitärer Versuchung, nationalistischer Engstirnigkeit, rassistischen Wahns, technokratischer Kurzsichtigkeit, apokalyptischer Angstmache, scheinreligiösen Eiferertums und verlogener Mythen. LIBERTAS wird das in aller Gelassenheit tun. Mit ernstesten Argumenten, aber ganz locker.

Die dynamische Wechselbeziehung von Kultur und Geschichte wurde von den Vertretern des philosophischen Idealismus seit jeher als eine Selbstverständlichkeit erkannt. A.N. Whitehead sprach ganz in diesem Sinne davon, daß eine Zivilisation, die sich die "Intensität ihres ersten Schwungs" erhalten will, mehr als nur "Gelehrsamkeit", nämlich "Abenteuer und damit die Suche nach neuen Formen der Vollkommenheit" bräuchte.* Nicht nur die Wahrheit sowie die normative Kraft erfolgreich erworbener Informationen werden daher in einer geschichtsmächtigen Kultur auf die Dauer zu Regeln, Bevorzugungen und Erwartungen verdichtet, sondern auch heuristische Denkanstöße und Wertmaßstäbe, die die Hervorbringung neuer, wahrer und verbindlicher Informationen begünstigen.

Gleichwohl läßt sich an dieser Kultur ablesen, daß sie dem Auftreten oder dem revolutionären Gestaltwandel denkfähiger, freier, endlicher sowie eigengesetzlicher Subjektivität entspringt und deshalb letztlich immer auf religiöse Bedürfnisse eben dieser Subjektivität zurückgeht. Nicht umsonst deutete A. Gehlen den religiösen Glauben als die entscheidende Schwelle zur Kultur. Denn jede geschichtsmächtige Kultur wird durch Kulthandlungen geprägt, die den Handelnden unmittelbar auf das Ereignis der Offenbarung zurückwerfen und ihn zugleich neu aufrichten.

Solche Kulturen verknüpfen die gegenwartsbezogene Auslegung von Überlieferungen bruchlos mit einer geschichtlich geschulten Bewertung der Handlungsalternativen der Gegenwart: "Kultur ist Assimilation und Imitation dessen, was in der Vergangenheit das Beste war und...die Wandlung der Bedingungen läßt die Einzelheiten des Vergangenen für die Gegenwart als unwesentlich erscheinen...Die Gegenwart reagiert auf die Vergangenheit. Sie selektiert, sie setzt Akzente, sie fügt hinzu. Was sie hinzufügt, das sind die neuen Ideen, mit deren Hilfe das Leben der Gegenwart durch die Vergangenheit hindurch auf sich selbst reflektiert. Kultur erfordert somit neben der Kritik an der Tradition auch eine kritische Einschätzung des Neuen...Eine neue Idee entspringt dem explizierten Bewußtsein ihrer Wichtigkeit in einer unmittelbaren Situation..."**—schrieb Whitehead. Kultur ist nicht nur Tradition, sondern auch eine Bedingung für Innovationen. Sie ist nicht nur normativ bindend, sondern auch potentiell befreiend. Sind dagegen ihre Erneuerungsfähigkeit sowie Stimulanz erschöpft, so wird sie durch eine andere Kultur abgelöst, aus der das Unverzichtbare an der verworfenen Kultur nur um den Preis fehlen kann, daß die kulturstiftenden Elite-Gruppen sich selbst genauso wie ihren Entwurf dem Risiko des Scheiterns (und dem berechtigten Vorwurf der Barbarei) aussetzen.

Jede Gestalt einer Kultur wird von anderen, versunkenen Gestalten der selben Kultur sowie von bestimmten Gestalten anderer Kulturen überlagert, wie selbstständig eine Kultur auch immer auf den ersten Blick erscheinen mag. Der Algorithmus dieser Überlagerung wird vom objektiven Geist vorgegeben, der sich nach Maßgabe der unterschiedlichen Partizipation aller Handelnden an ihm auf

* Vgl. A.N. Whitehead: *Adventures of Ideas*, New York 1933 S. 360ff

** A.N. Whitehead: *Essays in Science and Philosophy*, New York 1948 S. 149-150.

den Geschichtsverlauf abbildet, wie Hegel es erkannte.

So oft man inzwischen darüber im Klaren ist, daß kein geschichtsmächtiges Handeln ohne Rückgriff auf die Kultur möglich ist, so selten wird der Gang des objektiven Geistes in der Geschichte einer Kultur als deren sittliches Legitimitätskriterium erblickt. Das Ergebnis sind Kulturstiftungsversuche, die keine Kultur hinterlassen und auch der erschwerte Zugang zum Augenmaß beim innovativen Umgang mit einer Kultur oder beim Abschätzen überlieferter Unverzichtbarkeiten für eine neugestiftete Kultur. Allzuoft bewahrheitet sich daher Nietzsches Verdacht, wonach die Kulturen, noch nicht erschöpft, bereits durch unvernünftigen Gebrauch ihrer eigenen Mittel zerstört werden, während neue Kulturen vor eigennützligen Hintergedanken und unlauteren Effekten trüben. Der Begriff der Kultur ist (unter anderem) ein echter Teil der betreffenden Kultur selbst. Eine vernünftige Verständigung darüber, was man unter Kultur versteht, ist daher nicht nur vom rein theoretischen Interesse. Die in der Geschichte perennierende Wahl zwischen Kultur und Barbarei wird nicht zuletzt aufgrund dessen getroffen, was für den Wählenden als Kultur gilt, was er von ihr oder von ihrer Ablösung durch eine andere Kultur erwartet und was ihn außer dem voraussehbaren Mangel an Kultur noch von der Barbarei zurückschreckt.

Die liberale Alternative von Reform oder Revolution

Selbst Nietzsche, der Kulturkritiker par excellence, ließ sich durch das faktische Nebeneinander, durch die faktische Andersartigkeit der Ergebnisse von Politik und Kultur täuschen. Er meinte, Kultur und Politik schlossen einander aus und großen Kulturepochen entsprächen Epochen der politischen Nivellierung, während politische Höhepunkte einen Kulturverfall markierten. Zeichnet man jedoch die gewiß sehr indirekt verlaufende Ganzheitskausalität nach, die geistige Impulse mit politischen Entscheidungen wie Handlungen und die letzteren mit ihren geistigen Auswirkungen ursächlich verbindet, so treten die Werke politischer Entscheidungen und kultureller Bevorzugungen nicht mehr so isoliert vor uns. Ihr tieferes Verständnis zeigt gerade in ihrer raumzeitlichen Trennung und gerade in der Autonomie ihrer Gestalt auch das sie stellenweise verbindende Beziehungsgeflecht. Dessen Bewegungsrichtungen, Zeitmaße, Proportionen und Abgrenzungen hängen, nicht anders, wie die Aufbauprinzipien politischer und kultureller Phänomene selbst, vom wirklichen Informationsgehalt aufeinanderbezogener Einzelziele ab, der einer von sich aus niemals vollkommenen Geschichte aufgeprägt wird.

Politische Revolutionen, die alte staatlichen Ordnungen durch neue ersetzen, bereiteten sich daher immer schon kulturell vor. Die breit angelegte Anerkennung ihrer Legitimität wurde schon zuvor durch eine Wandlung bestimmter, allgemeingültiger Denkmodelle, Handlungsregeln, Werte und Normen begründet. Diese Wandlung bestimmte alsbald auch die Auslegung der Legalität und griff, die einen lähmend, die anderen ermutigend in die Motive politischen Handelns ein, bis die Revolution mit einem gewaltsamen Akt das zu den Verfassungsgrundlagen einer neuen staatlichen Ordnung machte, was die entscheidende Mehrheit wollte und was für diese längst als selbstverständlich galt.

Revolution war damit ein legitimer Zustand machtpolitischer Instabilität. Sie war ein sprunghafter, umbruchartiger Knotenpunkt zwischen alten und neuen Gleichgewichten der Macht, dessen Erfolg und Legitimität unmittelbar zusam-

menfielen. Sie wurde als ein höchst demokratisches Instrument gehandhabt, mit dem eine freiheitlich und rechtsstaatlich verfaßte Gesellschaft sich selbst steuerte.

Nahm man nur ihre tatsächlich legitimen Ergebnisse vernünftigerweise vorweg und baute man das vorherrschende Machtgleichgewicht im deren Zeichen, ohne die Stabilität des Restbestandes zu verlassen, in ein neues Gleichgewicht der Macht um, so vollzog man tiefgreifende Reformen.

Revolution und Reform waren nur alternierende Wege desselben Prozesses und sie hielten die Machtverteilung unter gegnerischen Gruppen jeweils offen. Die Reformfähigkeit erhöhte nicht nur die Problemlösungskapazität der Gesellschaft, sondern sie verstärkte auch die Stabilität der Gesellschaftsordnung, die nunmehr instabile Teilbereiche in sich einschloß. Das erklärt die Affinität zur Reformpolitik in technologisch hochentwickelten, äußerst kommunikationsfreundigen und bürokratisch verwalteten Massendemokratien, in denen staatliche Lenkungsmaßnahmen am legalen Schutz von Freiheiten sowie Konfliktaustragungsmöglichkeiten ihre Grenzen finden.

Revolutionen standen zugleich unter der Norm, den Grad einmal unter legalen Schutz gestellter Freiheiten und Rechtmäßigkeiten nicht mehr zu unterschreiten. Dieser Norm unterlag nicht so sehr der revolutionäre Umbruch selbst, sondern vielmehr das aus ihm hervorgegangene Machtgleichgewicht, wenn auch der Kreis der Opfer revolutionärer Gewalt durch die ideelle Vorauswirkung der Normen der bezweckten, neuen legalen Ordnung erheblich eingeschränkt wurde.

Wären die Ideen allgemeiner Rechtsfähigkeit, staatlicher Gewaltenteilung sowie legal geschützter Freiheiten ein Ergebnis der Beendigung konfessioneller Bürgerkriege im Gefolge der Reformation, so rückte der dieses Ergebnis verkörpernde, zunächst nur mehr oder weniger liberale Rechtsstaat an die Stelle des Bürgerkrieges fortan im Falle erfolgreicher Machtumverteilungen die Alternative von Reform oder Revolution. Darin war ein beträchtliches Stück Demokratie enthalten, einerlei, ob der Staat als konstitutionelle Monarchie oder als parlamentarische Präsidialrepublik regiert wurde. Jegliche Legitimität fußte zu gleich auf unverzichtbaren Minimalforderungen der Legalität, die als Menschenrechte formuliert worden sind. Wie schon Hobbes zeigte, war der Staat als *pouvoir neutre* gar zum diktatorischen Eingreifen veranlaßt, sobald diese legalen Minimalforderungen im machtpolitischen Ringen um die Legitimität nicht mehr erfüllt zu werden drohten. Als letzte Reserve zur Aufrechterhaltung eines minimalen Konsenses über den Fortbestand staatlicher Ordnung und einer minimalen Homogenität der auseinanderstrebenden Interessen galt die Exekutive, insbesondere Polizei und Armee. Das galt auch für den Fall eines Krieges. Es galt jedoch nicht für Fälle, in denen eine erneuerungswillige gesetzgebende Volksvertretung oft mit Unterstützung der Justiz Reformen oder Revolutionen durchsetzte, je nachdem, wie Exekutive und Prärogative sich verhielten. Die Revolutionen in England, in den Niederlanden und in Nordamerika erfolgten bei allen Verschiedenheiten nach diesem Schema, das *mutatis mutandis* auch die Reformwerke dieser Länder, und mittlerweile nicht nur dieser Länder kennzeichnet. Die Revolutionen Frankreichs zeigen dagegen in dem Maße opferreiche Abweichungen von diesem Schema, in dem die Normen des Schemas selbst in den Köpfen der Handelnden kein allgemeines, paradigmatisches Gedankengut darstellten; den Abweichungen vom Schema entsprachen zugleich erst diktatorisch durchsetzbare Endergebnisse, die auch ohne die Abweichungen nicht-diktatorisch entstanden wären und gerade deshalb auf dem Wege ihrer diktatori-

schen Durchsetzung den Exzessen der Revolution diametral entgegengesetzt waren.

Die demokratische Alternative von Reform oder Revolution war im liberal verfaßten Rechtsstaat nicht zuletzt eine kulturelle Errungenschaft, deren geistige und sittliche Wurzeln auf die wissenschaftlichen Theorien, auf die Ethik und auf die politischen Ideen der klassischen Rationalisten zurückgingen. Diese äußerst konstruktive Tradition wurde nach dem politischen Erfolg ihrer Anwendung insbesondere bei den großen Idealisten des 19. Jahrhunderts und bei den analytischen Rationalisten des 20. Jahrhunderts beliebt und sie diente immer wieder als Ideenspenderin liberaler, konservativer und sozialliberaler Programme.

Das liberale Zeitalter erfand überdies nicht nur die kulturell inspirierte, legitime Wahl zwischen Reform und Revolution für die Knotenpunkte weltgeschichtlichen Wandels, von dem Hegel lehrte, er erfolge als ein "Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit".* Es führte außerdem auch eine normative Einordnung der politischen Zustände von Frieden und Krieg unter die Zuständigkeit des liberal verfaßten Rechtsstaates ein. Der Krieg wurde damit, wie Heller, Schmitt und Kelsen mit Blick auf die idealistische Rechtsphilosophie feststellten, zu einem "gehegten" Krieg. Besonders an der vom Bürgerkrieg abgegrenzten Revolution war ihr kultureller Ursprung leicht ablesbar. Vom Zustand des Bürgerkrieges, der von der Antike bis zur Reformation in Europa immer wieder als der Zustand innerstaatlicher Instabilität auftrat, unterscheidet sich die (infolge mangelnder Reformbereitschaft) gewählte Revolution, die auch diktatorische Stadien kennt, gerade durch ihren kulturellen Ursprung, ja durch die kulturelle Dimension ihrer Vorbereitung.

Sie ließ damit den Bürgerkrieg als kulturell überwunden erscheinen, während erfolglose, demokratisch nicht getragene Versuche, Macht gewaltsam umzuverteilen, angesichts der Alternative von Reform oder Revolution zum bloß illegalen Putschversuch sowie zur bloß terroristischen Gewaltkriminalität herabsanken. Die politische Revolution fußte auf einer Kulturtradition und sie warf einen Teil dieser Tradition über Bord, um die restlichen Teile nicht zuletzt durch deren Heuristik in einer neuen Situation mit den Elementen neuer kultureller Normensysteme zu vereinen und alldies erst zu verwirklichen.

Diese Revolution stand daher in einer kulturellen Kontinuität und sie ermöglichte, falls keine Reform sich durchsetzen ließ, diese Kontinuität durch ihre diskontinuierliche Stellung im Geschichtsverlauf. Sie ging dabei aus den zustimmungsfähigen geistigen Impulsen teils neuer, teils erneuerter, jedenfalls liberal und rechtsstaatlich eingestellter Eliten hervor und diese prägten auch nachträglich die Kultur einer Epoche entscheidend mit. Newton, Bacon, Hobbes, Berkeley, Shaftesbury und Locke haben mit der englischen Revolution in diesem Sinne nicht weniger zu tun gehabt, als Cromwell oder die Könige der Restauration. Penn, Paine, Franklin, Locke, Montesquieu und Burke waren für die amerikanische Revolution auf ihre Weise nicht weniger wichtig, als Washington oder Steuben, um von der geistigen Wirksamkeit von Politikern, wie Jefferson, John Adams, Madison, Hamilton, Jay, John Quincy Adams, Monroe oder (wohl später) Lincoln erst gar nicht zu reden. Die französische Revolution von 1789 war aufs Ganze gesehen ebenso nicht nur das Werk von Sieyès, Mirabeau, Danton, Marat und Robespierre, sondern auch von Voltaire, Rousseau, d'Alembert, Laplace, Lagrange, Holbach, Helvetius, Montesquieu, Locke, Franklin, de Sade und sogar von Burke, Pitt und Talleyrand; die Beiträge so unterschiedlicher Re-

* G.W.F.Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, in: Hegel, Sämtliche Werke, Bd.11.Stuttgart 1961 S.46.

volutionenpolitiker zur Kultur des 18. und 19. Jahrhunderts, wie Condorcet, Saint Just oder (später) Tocqueville ist überdies von bleibender Bedeutung. Gleichwohl waren die politischen Revolutionen sowie ihre Ergebnisse so beschaffen, daß sie parallel zur Stabilisierung der neuen Ordnung die Herausbildung einer radikalen Opposition aus erneuerten sowie neuen Elitengruppen begünstigten. Halifax, Burke, Chateaubriand, de Maistre, Bonald, Rivarol, Castlereagh und Tocqueville boten dafür zu unterschiedlichen Zeiten die plausiblen Beispiele.

Konservativer Reformismus in Deutschland

Im Ursprungsland der amtlich vollzogenen Reformation, in Deutschland befand man sich unter anderem auch geistig am Rande des nordatlantischen Revolutionsgeschehens. Nur vereinzelt Denker, Dichter, Politiker und Monarchen korrespondierten von hier aus mit diesem Geschehen. Dies führte zwar zu einer besonders umsichtigen Reflexion auf die Alternative von Reform oder Revolution. Den politischen Folgen dieser Reflexion mangelte es zugleich an öffentlicher Zustimmung, an Stabilität und Flexibilität und an kulturell gespeister Überlebensfähigkeit. Obwohl die paradoxe Unruhe Lutherischen Gewissens fortlebte, ja nur hier exzessive Formen annahm: sie war staatspolitisch in beliebigen Richtungen mobilisierbar. Weder Luther, noch der klassische Rationalismus eines Leibniz, Wolf oder Thomasius und auch nicht der aufgeklärte Absolutismus eines Friedrich II. sahen sich dazu veranlaßt, die Alternative von Reform oder Revolution in die politische Verfassung einzubauen: der Staat schaltete und waltete dank seiner zustimmungsbereiten Bürger einstweilen vernünftiger, als daß die Politik in seinem Rahmen dieser Alternative bedurft hätte.

Als der klassische Idealismus, verkörpert durch so unterschiedliche Köpfe wie Kant, Schelling, Hegel, Herder, Schleiermacher, Hamann, Goethe, Schiller, Hölderlin, Büchner, Lenz, List, die Gebrüder Humboldt, Herbart, Hardenberg, Altenstein, Clausewitz, Gneisenau, Schinkel, Friedrich Wilhelm III. usw. doch noch diese Alternative in einer liberal verfaßten Monarchie oder gar in einer Republik verfassungsmäßig verankert sehen wollte, blieb die schließlich (in Preussen) eingeleitete Staatsreform unvollendet.

Die deutschen Trittbrettfahrer der gefürchteten Revolutionsexzesse Frankreichs waren in der Tat nicht ungefährlich. Ihre Abwehr schien wichtiger, als die Durchsetzung jener Staatsreform und sie stand im Zeichen eines immerhin sehr kreativen und phantasiebegabten Konservatismus, wie er von Novalis, Gentz, Stein, Görres, Adam Müller, Stahl, Savigny, Haller oder Metternich vertreten wurde. Die Forderung nach der verfassungsmäßigen Verankerung der Alternative von Reform oder Revolution selbst wurde unversehens und einseitig nur dem Willen zur Revolution überantwortet. Dieser Wille wurde jedoch von den politischen Elitengruppen weitgehend unbesetzt gelassen: sie legten sich lediglich auf die politische Möglichkeit von Reformen fest.

Während die wirklich liberalen Protagonisten der Revolution von 1848, die in der erfolgreichen konservativen Abwehr ihrer illiberalen Verbündeten unterging, in der angelsächsischen Hemisphäre noch einmal Geschichte machten (Kinkel, Schurz, Häcker usw.), versuchten die Vertreter eines reformwilligen Konservatismus auch die Forderungen der Liberalen soweit wie möglich als berechtigt anzuerkennen und mit durchzusetzen. In diesem Sinne trifft Henry Kissingers Urteil über Bismarck, dieser sei ein "weißer Revolutionär" gewesen,

sicherlich zu. Gleichwohl war die eindeutige Festlegung jeglicher politischen Weichenstellung in den deutschen Staaten und alsdann im neugeschaffenen Reich auf Reform nicht nur eine (allzu) frühe Antizipation wesentlich späterer Affinitäten zur Reform. Sie konnte die Alternative von Reform oder Revolution nicht ersetzen und spätestens das neue Reich von 1871 zeigte die kostspieligen Antinomien dieses Sachverhaltes an sich. Wirtschaftsliberalismus, Wissenschaftsförderung, Industrialisierung, Expansion bürgerlicher Freiheiten und Rechte, Machtzugewinn der Legislative sowie erste Garantien eines sozialen Interessenausgleichs waren in diesem Staat immer noch aufs Engste mit feudalen wie militärischen Machtprivilegien, mit dem relativen Gewichtsverlust der überaus liberalen preußischen Staatsräson im deutschen Reich und mit dem Abbau der monarchistisch gehegten, von Napoleon bewußt geförderten liberalen Traditionen süddeutscher Länder zugunsten bürokratisch und zentralistisch aufoktrozierter, längst reformbedürftiger Steuerungsmittel absolutistischer Monarchien verschränkt.

Die 90-er Jahre zeigten dann, daß die Alternative von Reform oder Revolution aus dem politischen Selbstverständnis der Nation immer noch fehlte, obwohl der halbherzige reformerische Wille zur erfolgreichen Ersetzung dieses nicht erzielten Ergebnisses durch zweckmäßige Maßnahmen von oben alle seine Möglichkeiten bereits verbraucht hatte. Eine Revolution zum gleichen Zweck war jedoch, unabhängig davon, ob in Europa gerade Frieden oder Krieg herrschte, keineswegs vorprogrammiert. Das einst abgefälschte Modell der Revolutionsepoche trug mittlerweile Zinsen und diese prolongierten die Abfälschung selbst – bis zum totalen Zusammenbruch des Reiches sowie Mittel- und Südosteuropas.

Die Tendenzen, die Alternative von Reform oder Revolution rechtzeitig, also gleich nach 1810 zu einem der Aufbauprinzipien des Staates zu machen, war nun eine Folge der geistigen Aktivitäten klassischer Idealisten, die sich in vielfältigen Impulsen bis zur Reformpolitik der 70-er und 80-er Jahre fortpflanzte. Der übermäßig mehrheitsfähige Konservatismus, der aus dieser Tendenz am Rande der westlichen Welt mit Erfolg eine einseitige und streng begrenzte Reformbereitschaft machte, war ebenfalls geistigen Ursprungs. Er entsprach den sittlichen, kulturellen und religiösen Überlieferungen Mitteleuropas, einer weltgeschichtlichen Pufferzone zwischen Freiheit und Despotie. Er verhinderte das Fortleben bestimmter, wenngleich stark gefilterter liberaler Anregungen nicht, er machte jedoch jede, von einigen wenigen Radikalen um so mehr begehrte liberale Revolution zu einer Sache der Unmöglichkeit. Vor allem aber: seine Dominanz drängte die wenigen liberalen Revolutionäre von 1848 in folgenschwere Bündnisse mit den keineswegs uneigennütigen Trittbrettfahrern revolutionärer Exzesse ab. Die Liberalen verließen dieses Bündnis (und häufig auch Deutschland) oder sie gingen darin als untergeordnete Größen unter, eben weil in diesem Bündnis von Anfang an die Subkultur der Trittbrettfahrer ausschlaggebend war. Der gescheiterte liberale, wenngleich geistig, sittlich und religiös tief verwurzelte Entwurf des klassischen Idealismus und der allenfalls beschränkt reformwillige Konservatismus ließen die ohnmächtigen, radikalisierten Liberalen von 1848 mit diesen Trittbrettfahrern allein und sie alle überließen die Idee jeglicher Revolution nur noch den letzteren.

In der Subkultur dieser Trittbrettfahrer besaßen die kulturell herausgebildeten Zielsetzungen einer liberalen Revolution jedoch keinen echten Stellenwert, allenfalls den Charakter eines taktisch frei disponierbaren Mittels. Lediglich die

Gewaltmittel der exzessiven Varianten dieser Revolution wurden in jener Subkultur als faszinierend empfunden und die mit ihnen vereinbaren Splitter aus der Ideenwelt des Liberalismus, also die Ideologien der Aufklärungsepoche. Ein absoluter, uneingeschränkt aktiver Individualismus galt mehr als die vernünftigen sittlichen und rechtmäßigen Normen staatlich garantierter, "konkreter" persönlicher Freiheiten, die plebiszitär hingestellte, in Wirklichkeit von gewählten Individuen beherrschte Gemeinwille galt mehr als die Idee liberal und rechtsstaatlich geregelter Repräsentation, die als naturwüchsiger Lebensverband zum Staatszweck erhobene Nation galt mehr als der nationale Belange politisch erst artikulierende Rechtsstaat und die atheistische Auslieferung des Bürgers lediglich an seine eigene Moralität zählte mehr als ein institutionsgebundener Glaube religiöser Wesensart.

Kaum, daß Fichte und später Feuerbach diesen reaktionären Ausstieg aus der Kultur der liberalen Epoche verkündeten, entstand auch die Ideologie seiner strategischen Durchsetzung. Am leerstehenden Ort der Revolution verwies Marx auf die wundeste Stelle des frühen Liberalismus, auf das Problem eines gerade regelten sozialen Interessenausgleichs. Unter Berufung auf dessen Dringlichkeit rief er nun zu dessen utopischer Erfüllung auf, indem er die Verwirklichung aller Ziele des Liberalismus durch die gewaltsame Vereitelung eben dieser Ziele und durch die Zerstörung der Institutionen wie der Kultur des Liberalismus in einer Tyrannei in Aussicht stellte, ja mit Hilfe einiger mythisch verkürter Ideen der liberalen Epoche für unvermeidlich erklärte. Er schlachtete dasjenige Gebräu von Ideologien strategisch aus, das am geschichtlichen Ort einer zunächst alternativ zur Reform geforderten, schließlich nur noch von Wenigen ausdrücklich begehrten und von den Meisten bereits preisgegebenen Revolution entstand. Nicht nur seine Anhänger, sondern auch alle anderen Revolutionäre scheiterten 1848 in Deutschland. Hier spielten die Ideen dieser anderen bis 1945, wenn überhaupt, so nur eine untergeordnete Rolle.

Als nach 1917 der Marxismus – dank der leichten Verwertbarkeit seines Gewaltmythos einer sozialeudämonistischen, technokratischen und bürokratischen Tyrannei bei der machtpolitischen Neuordnung russischer Despotie – nunmehr von Außen nach Mitteleuropa zurückkehrte, waren die deutschen Eliten in ihrer revolutionslosen Verwurzelung lediglich zu seiner oberflächlichen Ablehnung fähig, nicht aber zur Hervorbringung einer überlebensfähigen und überlegenen liberalen Gegenposition. Sie erlagen, bei aller erklärten Feindschaft dem Marxismus, indem sie sich bei der erfolgreichen Abwehr des marxistischen Machtergreifungsversuchs einem lediglich spiegelbildlich verkehrten Abklatsch des Marxismus verschrieben: einem nationalsozialistischen Ausstieg aus der Kultur der Epoche, der ausgerechnet im Rahmen einer Gewaltherrschaft längst geweckte, jedoch stets enttäuschte Demokratisierungserwartungen zu erfüllen und just durch die Zerstörung der Kultur ebendiese Kultur zu retten versprach.

Totalitäre Tyrannei und Kulturrevolution

Die liberale Norm einer kulturell inspirierten und vorbereiteten Alternative von Reform oder Revolution erfuhr mit dem Auftreten des Marxismus und seiner rechtsextremistischen, spiegelbildlich verkehrten Reflexe eine erste Herausforderung. Alle Strömungen des Totalitarismus waren nunmehr in der Wiederent-

deckung des Bürgerkrieges einig, wenn sie auch für ihn den Namen "Revolution" bereithielten. Die Feindschaft zwischen den Bürgerkriegsparteien wurde nunmehr absolut, wie es von den Klassikern der neueren Staatsrechtslehre, von Schmitt, Heller und Kelsen angesichts der Krise der Weimarer Republik übereinstimmend festgestellt werden konnte. Die angreifende, "revolutionäre" Partei zog die Gewißheit ihres Tuns aus ihrem eigenen Telos der Machtergreifung, welche für den einzig möglichen, weil notwendigen Geschichtsverlauf erklärt wurde. Wahrheit oder Falschheit jedweder Information, legal geschützte Freiheiten und Rechte, demokratische Legitimität und sogar die autonome Person selbst sanken zu bloßen Mitteln der bezweckten Machtergreifung herab. Sich mehr oder weniger frei steuernde, elitär stimulierte und auf demokratische Mehrheiten angewiesene Gesellschaften wurden von einer Bürgerkriegselite durch beherrschte Massen ersetzt, deren Homogenität auf einer Mischung von Irreführung und Unterdrückung beruhte. Der gehegte Krieg, der seine politische Wechselbeziehung zum Frieden hatte, wich, wie auch der Frieden, einem "absoluten Weltbürgerkrieg". Dessen Opportunitäten bestimmten fortan, wann Krieg, Frieden, Bürgerkrieg oder parlamentarisches "Lavieren" angebracht zu sein schien.

Diese Neuauflage des Bürgerkrieges blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis der Kultur zu dem, was dem Namen nach als "Revolution", in Wirklichkeit freilich als totalitäre Machtergreifung vorangetrieben wurde. Von nun an galt es, die kulturelle Heranreifung einer Revolution nicht mehr abzuwarten, sondern die Entstehung einer schweren politischen Krise mit allen erdenklichen Mitteln zu fördern, zugleich eine disziplinierte Kaderpartei zu organisieren, global unzufriedene Koalitionspartner für den Ernstfall zu sammeln sowie Gewaltmittel bereitzustellen und sobald der Krisenverlauf dafür Erfolg versprach, die politische Macht gewaltsam zu ergreifen. Mit der Machtergreifung endete weder die "Bewegung", noch deren Kampf um die politische Macht auch jenseits der eigenen Landesgrenzen. Neben dem externen Einsatz eigener Machtmittel wurden zudem sympathisierende Eliten, soziale Gruppen, politische Parteien und ethnische bzw. religiöse Minderheiten als externe Verbündete gesucht, um mit deren Hilfe den Frontverlauf möglichst nahe an die Machtzentren des "absoluten" Weltbürgerkriegsfeindes zu verlegen. Solche Bündnispartner, einstweilen respektlos "nützliche Idioten" genannt, winkten bereits für die Machtergreifung mit einem Vorteil: diese bräuhete nicht unbedingt durch einen Gewaltakt vollzogen zu werden; gelegentlich genügte auch schon das einschüchternde Vorzeigen der Gewaltmittel, um diese erst nach der Machtergreifung einzusetzen. Unter Einbeziehung der Bündnispartner sprach man gerne von "Lagern", in denen sich jedermann dem Frontverlauf des Weltbürgerkrieges entlang hätte befinden sollen. Trotzki's Export der permanenten Revolution und Lenins Weltrevolution fanden in Hitlers und Rosenbergs Vision vom weltweiten Rassenkonflikt ihr unrühmliches Pendant.

So problemlos es in der somit errichteten Tyrannei schien, die enttäuschten Koalitionspartner zusammen mit allen Oppositionellen mittels einer teils nur repressiven, teils terroristischen Gewaltherrschaft niederzuhalten, so problematisch war das kulturelle Defizit solcher "Revolutionen". Ihre kulturellen Voraussetzungen, die sie hätten erst bestätigen sollen, mußten nunmehr nachträglich geschaffen werden und sobald sie sich auch nur abzeichneten, lockten sie entweder mit einer ganz anderen Revolution oder mit gar keiner.

An Lenins und Trotzki's Machtergreifung, die im Oktober 1917 in Rußland eine erst begonnene revolutionäre Entwicklung im Keime erstickte und die von Max Weber zutreffend ein "Übergang zur Scheindemokratie" genannt wurde,

war jenes kulturelle Defizit geradezu dramatisch abzulesen gewesen. Die intellektuelle Avantgarde, die nach 1917 an die Erzeugung einer neuen Kultur der "Revolution" herangehen sollte, wurde alsbald zu einer ersten Belastung für die Machthaber. Keinem der Futuristen, Konstruktivisten, Dadaisten, Suprematisten, Kubisten, Expressionisten oder Symbolisten gelang es, die angekündigte "Kulturrevolution" tatsächlich durchzuführen oder auch nur in einem der Kunstzweige Revolutionäres auszulösen. Den brodelnden wissenschaftlichen und religiösen Denkschulen Rußlands erging es nicht anders.

Die Kommunisten behielten lieber die Macht und sie verzichteten auf eine machtpolitisch riskante, neue Kultur. Ihre Funktionäre stellten ihren Nachholbedarf an Tradition nach der Art von Parvenus und sie schrieben, fasziniert von ihrem eigenen kleinbürgerlichen Geschmack für alle anderen vor, was Kultur sei. Bei Koestler und bei Orwell läßt sich dieses zutiefst kulturzerstörende, ja kulturwidrige Täuschungsmanöver kommunistischer Funktionäre in aller Klarheit nachlesen. Die von diesen Funktionären während der Stalin-Ära vollendete Ersetzung des Politischen durch Kriminalität verlangte nach Kompensation mit Hilfe einer Schein-Kultur. Deren böse Banalität rechtfertigte die biedere, wenngleich doppelbödige Moralität der Machthaber auch für die gewalt-sam beherrschten Massen, zwecks deren Beherrschung rattenfängerisch berechnete Mythen propagiert wurden. Diese sorgten für die breite Zustimmung zu zynisch organisierten, einschüchternden Massenritualen, aber auch für beruhigenden Gewissens-Ersatz. Die Sowjetkommunisten wurden darin von den Nationalsozialisten im Wesentlichen nur nachgeahmt. In ihren Regimen mußte die Autonomie einer Beschäftigung mit Geist und Kultur selbst bei den Privilegierten durch den Preis öffentlicher, vor allem politischer Abstinenz erkaufte werden.

Die chinesische Kulturrevolution der 60-er Jahre wurde ebenfalls nachträglich, fünfzehn Jahre nach der Machtübernahme verordnet. Sie entsprang allerdings den Sorgen Mao Tse-tungs, die administrativ vorgeschriebene Kultur diene immer noch einer "bürgerlichen" Verkrustung des Herrschaftsapparates und sie lege die "revolutionären" Energien des Volkes lahm. Auch diese Kulturrevolution ergab jedoch keine neue Kultur, sondern lediglich einen geistigen, wirtschaftlichen sowie ordnungspolitischen Krisenzustand, der nur mit dem Aufgebot militärischer Gewalt in die erprobten Bahnen der Tyrannei zurückgelenkt werden konnte. Erst die Ära der "Modernisierungen" eröffnete für China neue Perspektiven für eine Nutzung kultureller Impulse bei der Einleitung eines politischen Umbaus, der vorerst im begrenzten Spielraum, aber auch mit der Kräftekonzentration einer Diktatur von weltgeschichtlicher Bedeutung sein dürfte.

Kulturelle Umbrüche auf dem Weg zur Informationsgesellschaft

In denjenigen Zirkeln eines ansonsten auch von konstruktiver Problemlösungskapazität zeugenden, deutschen Konservatismus, die einseitig rückwärtsgerichtet sind, ist es seit einiger Zeit üblich, angesichts der kulturellen Umbrüche zwischen 1960 und 1980 mit verzweifelter, kulturkritischem Unterton eine "Kulturrevolution des Westens" zu beklagen. Bedauerlicherweise werden dabei zwei völlig verschiedene Tendenzen leichtfertig ineinandergespült: eben die erwähnten Umbrüche und der neomarxistische Versuch ihrer strategischen Verwandlung in ein Kampfmittel politischen Machtstrebens.

Die kulturellen Umbrüche der genannten Zeit waren freilich keine "Kulturrevo-

lution". Sie standen vielmehr in der liberal-konservativen Tradition derjenigen geistigen, wissenschaftlichen, technologischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Entwicklungen, die an bestimmten geschichtlichen Wendepunkten zu der offen zutage tretenden Alternative von Reform oder Revolution zu führen pflegen. Die dabei erfolgte, sprunghafte Änderung von Normen und Befindlichkeiten wurde sehr früh von Russell, Whitehead, von Neumann, Gödel, Cohen, Bourbaki, Tarski, Lorenzen, von Bertalanffy, Prigogine, Ashby, Bellmann, Beer, Boulding, Rapoport, Mesarovic, Schelling, Haken, Wiener, Bernays, Einstein, Bohr, Heisenberg, Wheeler, Popper, Feyerabend, Bunge, Piaget, Eigen, Koestler, Huxley, Rawls, Parsons, Deutsch, Galbraith, Kahn, Aron, Moore, Roszak, McLuhan, Snow, Sartre, Mumford, Rahner usw. registriert, vorhergesagt und sogar aktiv angestrebt, bis sie nach dem Überwechseln der maßgebenden amerikanischen Eliten von der sozial-liberalen in eine liberal-konservative Ära teils korrigiert, teils aber in den normativen Rahmen der Entstehung einer Informationsgesellschaft oder post-industriellen Gesellschaft übergeführt wurde. Das sich etwa in Naisbitts "Megatrends" oder in Bells und Tofflers "post-industrieller Gesellschaft" abzeichnende Strukturbild des Zustands der nordatlantischen Region ist ein Ergebnis der anhaltenden Wechselwirkung zwischen den erwähnten Umbrüchen und ihrer liberal-konservativen bzw. konservativen Korrektur.

Sowenig der rationale Kern der Umbrüche hätte ohne Korrektur das bewirken können, was er erbrachte, so wenig wäre diese Korrektur ohne die Umbrüche das, was sie geworden ist. Diese Korrektur war in äußerst konstruktiver Weise seit Anbeginn der Umbrüche gegenwärtig und wirksam. Sie tat das durch so unterschiedliche Beiträge zur Kultur der Gegenwart, wie etwa die von Wigner, Hoyle, Dyson, Zeeman, Thom, Eccles, Böhm, Teller, Chagracff, Bell, Quine, Bochenski, Hempel, Nagel, Rescher, Findlay, Hübner, Lorenz, Ingarden, von Hayek, Friedman, Noczik, Debreau, Leontieff, Röpke, Schmitt, Forsthoff, Böckenförde, Freyer, Gehlen, Schelsky, Luhmann, Herz, Jünger, Arendt, Jonas, Utz, Maritain, Oakshott, Drucker, Madariaga, Borges, Kristol, Gilder, Greenspan, Podhoretz, Buckley, Kirk, Novak, Molnar, Kissinger, Brzezinski, Miksche, von Weizsäcker, Papst Johannes Paul II. usw. Die kulturellen Umbrüche der zurückliegenden zwei Jahrzehnte waren ein äußerst anregendes Element der erwähnten Wechselwirkung und sie brachten einiges, die Informationsgesellschaft wohl Prägendes hervor, was nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Ein großer Teil davon diente zur gewiß risikoreichen Adaptation an die Bedingungen der Gegenwart. Unter den Zielvorgaben, die durch diese Bedingungen verkörpert werden, gibt es sehr wohl solche, die es verdienen, vernünftig genannt zu werden.

Von der Konzentration des Geistes auf die Wechselwirkung zwischen den Umbrüchen und ihren Korrekturen zeugen in unserem Jahrhundert ohnehin bedeutende politische Standpunktwechsel, wie die von Russell, Koestler, Orwell, Sartre, Camus, Merleau-Ponty usw. Dabei waren es oft Konservative, die sich nach 1960 an der befreienden Erschließung neuer Erfahrungen oder gar an großangelegten Reformwerken beteiligten, wie etwa Maritain, Jünger, Schelsky, Kissinger, Brzezinski usw. Ebenso befinden sich unter den bedeutendsten Neo-Konservativen einige, die ursprünglich sozial-liberale oder sogar anarchistische Standpunkte vertraten, wie etwa Kristol, Podhoretz, McCarthy, Debray, Glücksmann, Levy usw. Diese Konstellation kennzeichnet auch das äußerst mannigfaltige Geschehen in allen anderen, weniger "reine ideellen" Bereichen der Kultur – in der Literatur, in den bildenden Künsten, in der Musik, im Film

und Fernsehen, im Theater, in der Architektur und sogar im Design und in der Werbung. Von der gesamten Kultur bis hin zur Politik läßt sich daher im Hinblick auf die Zeit von 1960 bis 1980 eine riskante wie kreative und jedenfalls kritische Phase des Geistes feststellen. Diese prägte das öffentliche Bewußtsein der nordatlantischen Hemisphäre ganz allgemein mit und die populären, oft mitreißenden und trendsetzenden Träger dieses Vorgangs waren weniger die Ideenspender selbst, als vielmehr die medienwirksamen Multiplikatoren des Erachteten.

Es ist daher angebracht, in diesem Zusammenhang, wie Inglehart es tut, von einer "silent revolution" zu sprechen, oder wie es von Lübbe suggeriert wurde, den Vollzug einer "stillen Kulturrevolution" festzustellen. Demnach fand nach 1960 keine von oben verordnete "Kulturrevolution des Westens" statt und auch kein erfolgreicher Einsatz der Kultur durch Marxisten. Die erwähnten kulturellen Umbrüche bereiteten vielmehr eine erneute Herausbildung der Alternative von Reform oder Revolution vor und sie führten zu teilweise radikalen Reformen sowie zu deren alsbald unausbleiblichen Korrekturen.

Wie wir auch diesen Vorgang nennen mögen, er wurde zeitweilig von einer, in ihren Konsequenzen teils bestätigten, teils widerlegten Reformbewegung getragen. Diese fand lebhaftes Echo bei den maßgeblichen Eliten der hochentwickelten Industriegesellschaft. Das verwundert nicht, zumal diese Reformbewegung beim höchst legitimen Bedarf an Reformen in dieser Gesellschaft ansetzte. Dieser Bedarf an Reformen wurde bereits von der beat-generation, vor allem von deren literarischen und musikalischen Leitbildern signalisiert, er wurde zum Kern der Forderungen der US-Bürgerrechtsbewegung sowie zahlreicher Initiativgruppen, er wurde verinnerlicht von den Anhängern einer "Gegen-Kultur" (Leary, Watt, Kerouac, Ginsberg, Salinger usw.), er wurde von Rock- und Pop-Musikern, Film- und Fernsehregisseuren sowie Op-art-Malern und Happenings-Künstlern mit größter Breitenwirkung artikuliert und er fand sich noch vielfach in den Forderungen der ursprünglichen westeuropäischen Studentenbewegung der 60-er Jahre wieder. Das Bürgerrechtsgesetz der Kennedy/Johnson-Administration, einige Förder- und Ausgleichsmaßnahmen der Nixon/Ford-Administration sowie die Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition in Bonn standen beispielsweise im Zeichen dieser oft sehr impulsiv aufgegriffenen Reformbedürftigkeit.

Im Einzelnen ging es dabei vor allem um eine Ausweitung der Bürgerrechte auf alle, um eine Emanzipation von Minderheiten bzw. Randgruppen, um allgemeine Chancengerechtigkeit, um die Sicherung sozialer Mindestbedingungen für die Wahrnehmung rechtlich garantierter Freiheiten, um die Abschaffung nicht begründungsfähiger Autoritäten, Werte und Normen sowie sexueller Tabus, um die Milderung von Sachzwängen in der Arbeitswelt, um die humane Behandlung von Pflegebedürftigen, um die Resozialisierung von Kriminellen und um unmittelbare Beteiligung des Bürgers an machtpolitischen sowie wirtschaftlichen Entscheidungen, insofern die Institutionen einer repräsentativen Demokratie verfassungsmäßig geschützte Spielräume für solche Beteiligung bereithielten.

Die Reformbewegung verwirklichte einiges davon, ohne jedoch die jeweilige Kehrseite dieser Forderungen oder gar ihre zunächst verborgenen Implikationen in den Griff zu bekommen, wie die liberal-konservative sowie konservative Kritik zunehmend darauf drängte. Die kulturellen Umbrüche des Reformwillens hinterließen bei all ihrer Innovationskraft vielmehr eine Reihe offener Probleme. Diese drohten alsbald sogar die reformerischen Zielvorgaben selbst

unerfüllbar werden zu lassen und die grundlegenden Bedingungen für eine freiheitliche Selbststeuerung sowie für erfolgreiche Problemlösungen zu eliminieren. Ein Niedergang begrifflichen Denkens, abstraktionsfähiger Vernunft und unerlässlicher Sprachkultur begann in allen Informationsflüssen um sich zu greifen. Vervielfältigte Informationsflüsse und weit ausufernde Kommunikationsnetze fingen an, zur unübersichtlichen, "maßlosen" Reizüberflutung zu werden. Technologisch und wirtschaftlich bedingte, durch exponentielle Wachstümer geförderte Gleichgewichtsstörungen des Ökosystems kündigten sich in unerträglich instabilen Zuständen an. In erweiterten legalen Handlungsspielräumen taten sich unregelmäßige Möglichkeiten eines illegitimen Gebrauchs der Legalität auf. Persönliche Autonomie und unternehmerische Entscheidungskompetenz wurden immer mehr durch staatliche Kontrolle wie durch soziale Umverteilungsvorgänge beschnitten und der geistigen wie wirtschaftlichen Dynamik der Gesellschaft entzogen. Persönliche, jedoch überpersönlich begründete Sinnfragen blieben zunehmend unbeantwortet.

Die liberal-konservative und konservative Korrektur griff bei Beibehaltung wichtiger Ergebnisse der Reform genau diese Probleme auf, während ein Teil der Reformimpulse in der heute noch amorphen, vielfach offenen und von der erwähnten Korrektur deutlich befruchteten Alternativkultur wiederkehrte.

Das Scheitern des Neomarxismus

So falsch es nun wäre, den jedem Extremismus leicht verfallenden Vertretern religiösen Eiferertums oder nationalistischer Borniertheit zu folgen und die kulturellen Umbrüche der erwähnten Reformperiode letztlich erfolglos gebliebenen Neomarxisten zu verschenken, so falsch wäre es auch zu leugnen, daß an der Peripherie der kulturellen Umbrüche ein weitgehend gescheiterter, neomarxistischer Versuch unternommen wurde, im Windschatten dieser Umbrüche die Strategie eines kulturell geförderten, nach demokratischen Spielregeln entworfenen Übergangs zur Tyrannei politisch durchzusetzen. Dieser Versuch war gerade bezüglich des Verhältnisses zwischen Kultur und Geschichte überhaupt nicht revolutionär. Er entsprach auch nicht dem, was unter totalitärer Kulturrevolution verstanden werden kann. Er blieb, allein wegen der Reformbereitschaft demokratischer Mehrheiten, ein aussichtsloser, politischer Selbstprofilierungsversuch extremistischer Minderheiten. Dieser Versuch, mit dem ein gekünsteltes Revolutionsimitat geprobt wurde, hatte zweifellos sein eigenes, auf alte Diskussionen der marxistischen Machtergreifungslehre zurückgehendes, wenn auch von den Sowjetkommunisten außerhalb des Ostblocks gerne gefördertes Konzept. In diesem wurde die echte, kulturell gespeiste und für undurchsetzbare, aber fällige Reformen geltende, liberale Revolutionserwartung, sofern sie für Massendemokratien unerlässlich ist, d.h. soweit wie nötig taktisch berücksichtigt und einer orthodox marxistischen Machtergreifungsstrategie untergeordnet. Dieses Konzept hat sich in jahrzehntelangen Methodendebatten von Marxisten herausgebildet und es wurde insbesondere in den Schriften von Lukacs, Korsch, Bloch, Gramsci, Benjamin, Horkheimer, Adorno, Marcuse, Fromm, Mitscherlich, Habermas, Schmidt, Negt, Galtung, Offe, Dutschke usw. zum Programm erhoben.

Die Anhänger dieses Konzeptes versuchten nun die Forderungen der immanenten Reformbewegung der hochentwickelten Industriegesellschaft bis zu einer

totalen Ablehnung des kulturellen Hintergrundes des Fortbestandes dieser Industriegesellschaft zu steigern und die Subkulturen der selben Gesellschaft zu einer politischen Fundamentalopposition zusammenzuführen. Durch Herstellung eines kulturell bedingten Willens zur extremistischen Umwälzung des politischen Systems sollte nun diese Umwälzung auf dem Wege demokratischer Mehrheitsentscheidungen ermöglicht werden.

Dieser Versuch mißlang. Nicht zuletzt, weil auch er auf die wichtigsten Fragen einer in der Jugendrevolte sich abzeichnenden Sinnkrise der Industriegesellschaft keine befreiende und verbindliche, ja überzeugende Antworten zu geben wußte. Zugleich scheiterte die Strategie gewaltsam opponierender Randgruppen am Widerstand großer Mehrheiten. Auch die politische Gewaltkriminalität kleiner, subkultureller Gruppen am Rande der Studentenbewegung bewirkte mit der Steigerung der Gewalt gegen Sachen bis zur terroristischen Gewalt gegen Personen und mit ihrer Einbindung in das Netzwerk des internationalen Terrorismus keinen Aufschwung der Fundamentalopposition. Es entstand vielmehr eine mehrheitliche und langfristig eher bedenkliche Befürwortung präventiver und repressiver Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen des gewaltsam provozierten Rechtsstaates. Weder die legitime Fortführung von Reformen, noch ihre fällige Korrektur ließen sich zudem vorübergehend machtpolitisch durchsetzen: in dieser mittlerweile aufgelösten Blockade jedweder Politik bestand der einzige, greifbare Effekt des neomarxistischen Selbstprofilierungsversuchs. Dieser verblaßte zur Rechtfertigung einer Verwaltung politischer Macht, deren Sachzwänge jedoch immer mehr von den demokratischen politischen Gegnern bestimmt wurden. Die Neomarxisten sorgten nur noch dafür, daß keine politischen Konflikte gebührend ausgefochten wurden und der öffentliche Meinungswandel erst mit großer (und kostspieliger) Hinauszögerung in einen demokratischen Wechsel der Regierungen umgesetzt wurde. Die politisch exponierten Vertreter neomarxistischer Ideologie verschwanden alsbald in abgeschotteten und wirkungslosen akademischen Zirkeln. Sie beeinflussten jedoch nachwievor weitere, über ihre herkömmlichen Subkulturen hinausgehenden Kreise. Ihre Anhänger, ja Schüler saßen mittlerweile in allen Institutionen sowie Verwaltungen und sie machten ihre Konzeptionen und Bevorzugungen

in zahlreichen gesetzgeberischen, juristischen, verwaltungsmäßigen und personalpolitischen Weichenstellungen Schritt für Schritt, soweit es ging, noch einmal geltend. Die dabei zunehmend unausweichlichen, sowohl von den kulturellen Umbrüchen als auch von ihren Korrekturen erzwungenen Kompromisse zehrten jedoch die neomarxistische Strategie auch dort von Innen, von ihrer politischen Machbarkeit her aus, wo ihre Vollstrecker überhaupt Fuß fassen konnten.

In der letzten Phase ihres Selbstprofilierungsversuchs machten sich die Neomarxisten noch einmal an die Erneuerung der orthodox-marxistischen Kritik spätkapitalistischer Herrschaft heran, indem sie ihren Anspruch auf eine wohlinformierte Theoriefähigkeit endgültig aufgaben und im Zeichen einer "Rekonstruktion des Historischen Materialismus" vor dem orthodoxen Marxismus kapitulierten. Sie hielten nun der formalen, legalen Rechtsordnung vor, sie sei ein bloßes Herrschaftsinstrument im politischen System staatsmonopolistischer, latent faschistischer Herrschaft. Sie führten in jedem zustimmungsfähigen, geregelten Verfahren das Fortwirken einer "strukturellen Gewalt" vor. Sie stellten schließlich ein angebliches Legitimitätsdefizit der politischen Herrschaft im Spätkapitalismus fest.

Als Voraussetzung für diese Feststellung diente nachwievor das Bild mündiger

Bürger, denen im Hinblick auf künftige Strategien ein neuer, "kommunikativer" Begriff der Wahrheit nahegelegt wurde. Demnach würde die Wahrheit einer Aussage nicht davon abhängen, ob sie – unter welchen Bedingungen auch immer – den Tatsachen oder wenigstens den formalen Wahrheitskriterien der Tatsachendeutung entspricht, sondern nur davon, ob ihr in einem endlosen, "herrschaftsfreien" Dialog von allen Beteiligten zugestimmt wird. Selbst das, worüber man spricht, sowie Bedingungen und Ziele des Gesprächs müßten dabei aus der Lebenswelt heraus gemeinsam ausgehandelt werden. Die Erfolgschancen von Handlungen, deren Leitgedanken auf einer wissenschaftlich, vor allem logisch unhaltbaren Wahrheitsauffassung beruhten, wurden dabei ausgeklammert.

Dafür wurden Forderungen aufgestellt, die die unerläßlichen Bedingungen für einen "herrschaftsfreien" Dialog sichern sollten: Kultivierung psychopathologischen Verhaltens, Abkoppelung der Kriminalität von rechtlichen Beurteilungskriterien sowie von persönlicher Verantwortlichkeit, Verlagerung politischen Handelns in außerstaatliche Lebensbereiche sowie Propagierung eines totalen, entpersönlichten Klassenhasses inmitten der Verfahren sozialen Interessenausgleichs. Der neomarxistische Selbstprofilierungsversuch wurde damit zur Ideologie verbeamteter, politisch isolierter, lediglich für den beispiellosen Qualitätsschwund ihrer eigenen Institutionen verantwortlicher Akademiker. Die wichtigsten politischen Prozesse, die neuen sozialen und politischen Konflikte, die neuen Aufbrüche des Jugendprotestes erreichten diese kaum noch und sie griffen kaum noch in solche Vorgänge ein. Gleichwohl gingen einige Impulse der Neomarxisten auf dem versuchten Wege einer Entstaatlichung der Politik, einer Politisierung der Bürgerinitiativen sowie einer Ausweitung der Kritik auf die gesamte Lebenswelt in den politischen Strategien einiger Gruppen der Alternativszene auf. Diese Impulse bewirkten bezeichnenderweise die entmutigendsten Schwächen der Alternativkultur und sie sorgten vor allem dafür, daß für orthodoxe Marxisten eben diesen Schwächen entlang eine zuvor unbekannte Möglichkeit eröffnet wurde, auf die äußerst heterogen verwurzelten Aktivitäten der Alternativszene doch noch Einfluß zu nehmen.

Alternativkultur am Scheideweg

Die hochentwickelte Industriegesellschaft gewährleistet in der nordatlantischen Hemisphäre die Erfüllung lebenswichtiger Anforderungen. Sie garantiert rechtsstaatlich geschützte Freiheiten, flexibel einsetzbare wissenschaftlich-technologische Höchstleistungen, technologische Innovationen, reibungslose Versorgung mit Gütern aller Art, trotz aller Schwierigkeiten (Stagflation, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Hochzinsniveau, Leistungsbilanzdefizit, Bürokratisierung, usw.) funktionierende Wirtschaftskreisläufe, breit gestreuten Wohlstand und sozialen sowie politischen Interessenausgleich in einem zustimmungsfähigen, öffentlich kontrollierten Rahmen.

Gleichwohl ist die kritische Kehrseite dieser Leistungen unverkennbar und der bereits eröffnete Übergang zur Informationsgesellschaft läßt die Kritik an eben dieser Kehrseite unüberhörbar werden. Vor allem jüngere Jahrgänge klagen zunehmend an, was sie an den Kosten der erwähnten Leistungen zutiefst stört, ja empört. Sie fühlen sich erdrückt durch eine technologisch zerstörte Umwelt, durch eine industriell und administrativ verbildete, unnatürlich empfundene Lebenswelt, durch die Herrschaft blinder Sachzwänge, durch Leistungsdruck,

Hektik und Streß, durch eine Umklammerung aller Lebensbereiche von dem Interesse an jenseits der Rentabilitätssicherung liegender, rapider und privater Gewinnmaximierung und Effizienz, durch künstlich erzeugte Bedürfnisse, durch die Allmacht informationeller sowie administrativer Kontrolle, durch die Krise der Familie, durch unbegründbare oder gar versagende Autoritäten, durch fehlende Zuwendung und Kommunikation in Familie und Gesellschaft.

Dieser extrem kritische Standpunkt gegenüber der Industriegesellschaft wurde zweifellos durch die kulturellen Umbrüche reformerischen Wertewandels, aber auch durch den erwähnten, neomarxistischen Selbstprofilierungsversuch vorbereitet und gefördert. Dabei drängte vor allem die Forderung nach einer Gegen-Kultur auf ein umfassendes Aussteigen aus den Lebensformen der hochentwickelten Industriegesellschaft. Diese Forderung wurde von den verschiedenen Strömungen des wellenförmig aufbrechenden Jugendprotestes bereitwillig aufgenommen und immer mehr verstärkt. Schließlich fielen einige Impulse der liberal-konservativen und konservativen Kritik an den Ergebnissen der Reformperiode mit dieser Forderung bezüglich unbeantwortet gebliebener Sinnfragen unmittelbar zusammen.

Die Alternativkultur ist die Gesamtheit von Zielen und Normen im Bewußtsein derjenigen Gruppen, die in jeweils sehr unterschiedlichem Maße und auf jeweils unterschiedlichen Wegen aus den Lebensformen der hochentwickelten Industriegesellschaft radikal aussteigen wollen. Allein dieser zäh überwinternde Wille verweist in einer Massendemokratie auf ein ernstes Problem. Dieser Eindruck wird dadurch bestätigt, daß die Alternativkultur zumindest in einem gewissen Ausmaß weite, keineswegs nur jugendliche Teile der Öffentlichkeit erfaßt hat. Die Alternativkultur ist daher nicht die exklusive Subkultur einer einzigen sozialen Gruppe oder gar Randgruppe, ja sie empfiehlt auch Alternativen zur Randgruppenbildung. Sie ist trotzdem eine Minderheiten-Subkultur, die der Kulturtradition der Industriegesellschaften entgegengesetzt ist und diese als eine repressive gänzlich verwirft.

Die Alternativkultur ist uneinheitlich und sie wird von sehr unterschiedlichen Gruppen getragen. Sie wechselt auch ungehindert in andere Subkulturen hinüber. Die einzelnen und ihre Gruppen beteiligen sich an ihr in sehr unterschiedlichem Maße und sie ist in den einzelnen Gruppen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die wichtigsten, oft auch in Bürgerinitiativen tätigen Trägergruppen der Alternativkultur sind die organisierten Gruppen von Umweltschützern, Vegetariern, Anhängern einer dynamisch-biologischen Landwirtschaft, Kernkraftgegnern, Hausbesetzern, Langzeitarbeitslosen, nicht abgeschoben werden wollen den Alten, Strafgefangenen, Feministinnen, Homosexuellen und Pazifisten. Einige Gruppen werden die Wertvorstellungen sowie Protesthaltungen der Alternativkultur überdies lediglich von den Massenmedien oder gar nur von der Rockszene vermittelt.

Die Gegenmodelle der Alternativkultur erstrecken sich praktisch auf alle Lebensbereiche von der Kindererziehung bis zum humanen Sterben. Diese Modelle tragen, dank der Wechselwirkungen zwischen liberaler Reform und liberal-konservativer bzw. konservativer Korrektur oft konservative Züge und sie lehnen oft frühere, emanzipatorische Reformbestrebungen rundweg ab. Ihre machtpolitische Artikulation fand die Alternativkultur in Deutschland außer den Bürgerinitiativen bei sogenannten "grünen" und "bunten" Wahlbündnissen sowie Parteien, deren Kandidaten vorerst auf kommunaler und auf Landesebene, später auch auf Bundesebene in die repräsentativen Selbstverwaltungen bzw. in die gesetzgebenden Körperschaften hineingewählt wurden. Koopera-

tionsversuche seitens der parlamentarisch bereits vertretenen Parteien lösten bei diesen Gruppen dagegen vorwiegend Ablehnung, in wenigen Fällen taktische Anpassung aus.

Die weitreichende Anziehungskraft der Alternativkultur stößt auf echte, unbefriedigte Bedürfnisse: sie ist in einer akut gewordenen Krise des Lebenssinnes begründet. Die Frage danach, was sinnvoll sei, wird in einem Entwicklungszustand der Industriegesellschaft leidenschaftlich gestellt, in welchem das teils nur technologisch herstellbare, befreiende und lebensnotwendige Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur instabil zu werden droht. Vor dem Hintergrund dieser Instabilität verstärkt sich der Eindruck, daß man bei gleichbleibenden, fortgesetzten Entwicklungen allzu wenig dazugewinnen, dafür aber um so mehr verlieren könnte. Unter diesem Gesichtspunkt nehmen die Fortsetzung sowie das steile Anwachsen bislang erfolgreicher technologischer und wirtschaftlicher Entwicklungen die Gestalt einer selbstverschuldeten Gefahr an, die jegliches menschliche Überleben kurz oder lang tödlich bedroht. Technokratisch eingestellten, bürokratisch verwaltenden, in ihre apparatbedingten, parteipolitischen Eigeninteressen heillos verwickelten Politikern traut man zugleich immer weniger zu, daß sie ihre machtpolitische Legitimation mit einer angemessenen Antwort auf diese Herausforderung betreiben würden.

Die Sinnkrise bietet damit einen erneuten Anlaß zur politischen Profilierung. Das ruft vor allem solche Gruppen auf den Plan, die mit dem Machtanspruch einer neuen Elite zu handeln versuchen und sich um eine maßgebende Zustimmungsbereitschaft in der demokratischen Öffentlichkeit bemühen. Ob ihnen das gelingt, das hängt nicht zuletzt davon ab, welche Entwürfe und welche politischen Bedingungen zur Lösung der akuten Sinnkrise von den demokratischen Parteien vorgelegt werden, die in der Tradition einer repräsentativen Gesetzgebung stehen.

Die Stärke der Alternativkultur besteht darin, daß in ihren Extremforderungen ein vernünftiger Kern steckt. Dieser drängt, sobald man sich auf eine, Rationales wie Irrationales gleichermaßen begreifende Rationalität einigt, zur Herstellung eines neuen, sinnvollen Gleichgewichts von Mensch und Natur sowie zur Erschließung damit ermöglichter, neuer Freiheitsräume. Er läßt die legalen Minimalgarantien der Nutzung dieser Freiheitsräume sogar in zuvor ungeahnter Radikalität zu einer Forderung nach der Achtung der Menschenrechte werden. Gleichwohl beflügelt er die Phantasie und er entfesselt neue Impulse der Kreativität im Zeichen einer wohlinformierten, jedoch ganzheitlichen Betrachtung der Natur. Ja er schafft neue Bedingungen für die Phantasie sowie für die Kreativität. Er läßt intensiver ausnützen, was die Natur von sich aus, Freiheiten stiftend hergibt und er lädt zum ungezwungenen wie zufallsträchtigen Spiel ein. Zugleich verlockt er zu einem zärtlichen und genußreichen Verweilen am verwundert Neuentdeckten, am Gegebenen, am Unmittelbaren und sinnlich Erfahrbaren. Alternative bedeutet logisch kein disjunktives "Entweder/Oder" zwischen den Wahlmöglichkeiten, sondern ein "Oder/Und" und sie braucht daher bei allen partiellen Entscheidungen für einen Bruch mit dem Vorangehenden kein totaler Ausstieg zu sein.

Je mehr die Alternativkultur öffentlich diskutiert wird, desto weniger wird sie zur Zerstörung ihres eigenen vernünftigen Kerns beitragen können und desto weniger wird sie die Abschaffung wissenschaftlicher Forschungen, technologischer Innovationen, wirtschaftlicher Regelkreise und Wachstümer, rechtsstaatlich geschützter Freiräume und repräsentativer Demokratien suggerieren. Im Gegenteil. Sie kann so bei alledem maßvolle Handlungen und sinnvolle Prob-

lemösungen fördern, wie dies bei der Suche nach "sanften" Technologien, nach Recyclings, nach alternativen Energiequellen und nach Energiekreisläufen, nach Umweltschutz- sowie Umweltsanierungsmaßnahmen, nach verschärften Sicherheitsvorkehrungen bei Kernkraftwerken, nach mehr Lebensmittelhygiene, nach Möglichkeiten der Altbauusanierung oder nach wirksamem Datenschutz bereits der Fall ist.

Gleichwohl kann sie neue Kriterien der Glaubwürdigkeit an diejenigen stellen, die mit demokratischer Legitimation Macht ausüben und Regierungsverantwortung tragen. Sowie die hochentwickelte Industriegesellschaft bei der Bewältigung ihrer Sinnkrise um den vernünftigen Kern der Alternativkultur herumkommen kann, so wenig ist augenblicklich der Erfolg dieser Bewältigung schon gesichert und so wenig steht heute schon fest, daß diese Bewältigung die Trägergruppen der Alternativkultur oder eben ganz andere Gruppen als eine maßgebliche neue oder erneuerungsfähige alte Elite wird ausweisen müssen. Diese augenblickliche Unsicherheit fußt nur zum Teil darauf, daß die vorhandenen Eliten sich mit der sicheren Folge eines katastrophalen Zusammenbruchs der hochentwickelten Industriegesellschaft und einer Verhinderung des Übergangs in die Informationsgesellschaft dem vernünftigen Kern der Alternativkultur auch verschließen könnten, was das alternative Aufbegehren vorläufig zu einem rein machtpolitischen, unter Umständen rein polizeilichen Problem herabsinken ließe.

Noch mehr steht zu befürchten, daß die offensichtlichen, wenngleich emphatisch verkündeten Schwächen der Alternativkultur, die immer mit dem vernünftigen Kern verknüpft auftreten, die machtpolitische Strategie alternativer Eliten überwäligen könnten. Diese Schwächen sind durch eine selbstmörderische Dekadenz gekennzeichnet, die bei jedem kulturellen Umbruch unvermeidlich auftritt und mangels Gegenkräfte diesen Umbruch nicht in eine Quelle von Erneuerungen, sondern in die Grablegung einer Gesellschaft verwandelt. Ob das, was auf die somit sanft abgeschaffte Industriegesellschaft folgte, die in der Alternativkultur so selbstverständlich geschätzten Werte und Güter, wie Freiheit, Gleichheit, Recht, Gerechtigkeit, Solidarität und legitime Erneuerungsfähigkeit zumindest im gleichen Maße gewährleisten könnte, wie die in Sinnkrise geratene Industriegesellschaft oder gar eine voll entfaltete Informationsgesellschaft, ist äußerst unwahrscheinlich.

Dafür sorgen die Schwächen der Alternativkultur: ihr Hang zur falschen Idylle, ihre häufig zugespitzte, kurzfristige Wissenschaftsfeindlichkeit, Technikfeindlichkeit, Innovationsfeindlichkeit sowie Maschinenstürmerei, ihre oft blinde Leistungsverweigerung, ihr Hang zu verschwommenen Globalvorstellungen ohne exakte sowie vielseitige Detailkenntnisse, ihre Furcht vor Denkpräzision, ihre abstrakte Wachstumsfeindlichkeit, ihre häufige beschäftigungspolitische Rücksichtslosigkeit, ihre Kompromißlosigkeit, ihre oft parasitäre Beanspruchung von gewiß nicht immer sinnvollen Leistungen der Industriegesellschaft, ihr Hang zur "direkten Demokratie" letztlich autoritär beherrschter Gruppen sowie zu selbstzerfleischenden Konflikten bei der Handhabung des als Rotationsprinzip bezeichneten imperativen Mandates und ihre außen-, entwicklungs-, sicherheits- und militärpolitische Naivität.

Zudem setzen innere wie äußere Anhänger einer links- oder rechtsextremistischen Tyrannei genau bei den Schwächen der Alternativkultur an, um diese in den Dienst ihrer eigenen Entwürfe zu stellen. Die einen feiern in der Alternativkultur eine sich endlich auf alle Lebensbereiche erstreckende Fundamentaltopposition zur liberal und rechtsstaatlich verfaßten Massendemokratie,

deren befreiender Ausbruch ad absurdum geführt und durch eine marxistische Tyrannei befriedet werden sollte, während ihre äußeren Freunde zur weltpolitischen Erpressung gegen eine lahmgelegte Industriegesellschaft ausholen. Die anderen wittern schon die Heraufkunft eines biologistischen, nationalistischen, rassistischen Mythos, mit dem die beunruhigenden Selbstbestimmungsansprüche von Demokraten ausgerottet und stumpfsinnige bis bestialische Formen der Herrschaft über unmündige wie unpolitische Untertanen errichtet werden sollten. Die Alternativkultur kann die in der Sinnkrise der Industriegesellschaft mit ihr verknüpften Hoffnungen nur einlösen, wenn sie keine Subkultur bleibt und zugleich sich an ihren eigenen vernünftigen Kern hält. Dann bewirkt ihr Anarchismus eine echte Befreiung, dann entwickelt ihre Suche nach Lebenssinn eine echte, kreative Geisteskraft, dann drängt der Mut zum Protest auf eine fällige, sinnvolle Selbststeuerung der Industriegesellschaft, auf einen Übergang zur Informationsgesellschaft und auf eine legitime, erfrischende Neuverteilung der Macht unter den demokratischen Leistungseliten.



¿PAN?

In Frage gestellt: das tägliche Brot.
In vielen Teilen der Welt herrscht Hunger.
Dabei wäre es möglich, die gegenwärtige Bevölkerung unserer Erde ausreichend mit Nahrung zu versorgen. Der Hunger läßt sich jedoch nur überwinden, wenn es gelingt, in den Ländern der Dritten Welt selbst mehr für die eigene Versorgung zu produzieren und gleichzeitig die Entwicklung, vor allem der ländlichen Gebiete, in vielen Bereichen voranzubringen. Die Aktion »Brot für die Welt« trägt dazu bei.
»Brot für die Welt«
Spendenkonto: 500 500-500 beim Postgiroamt Köln oder Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 50101).

Europa und die USA: Wirtschaft, Sicherheit, politische Werte --

ab sofort gibt es neue transatlantische Pionieraufgaben!

von

Hans-Jürgen Zahorka

Die "Gönner-Generation" der späten 40er-Jahre in den USA ist längst verstorben, und das gleiche gilt für die europäische Marshall-Plan-Generation aus dem "Luftbrücken-Zeitalter" der Gründungsjahre des modernen Deutschlands. Zunehmende Komplexität, Missverständnisse, Ignoranz, Sprachdifferenzen, Interessendivergenzen überlagern das einstmalige tragfähige transatlantische Bündnis zwischen den USA und den Westeuropäern. Ein USA des "Changing of the Guard", wie es der Washingtoner Journalist David S. Broder apostrophiert hat, der schleichenden Selbstisolierung, ist für die junge europäische Generation der Kritik als politischem Selbstzweck oftmals nicht mehr als die Inkarnation von Hollywood, Raketen, McDonald-Fast Food-Herrlichkeiten und imperialistischen Großkonzernen des Öl- und Lebensmittelsektors, angeführt von einem schießlüsternen Cowboy aus der Großleinwand-Szene der Westküste. Und umgekehrt ist Europa eben nur ein vielleicht kultureller oder historischer Fix-Punkt für Amerika, aber nicht einmal ein besonders privilegierter politischer oder wirtschaftlicher Ansprechpartner.

Wer dies akzeptiert als freier, demokratisch eingestellter Mensch, der politisches Gestalten als Herausforderung an persönliche Kreativität versteht und nicht als Verwalten von Parteibüchern und -thesen, der erkennt eine der faszinierendsten politischen Pionieraufgaben des ausgehenden 20. Jahrhunderts -- eine Wiederbelebung der Atlantischen Allianz, eine Aufgabe, die nicht abgekoppelt von der europäischen Einigung gesehen werden darf und deren aussenpolitische Aufgabe Nr. 1 sie werden könnte und sollte. Denn mit einer Allianz der beiden größten Binnenmärkte der Welt, der EG und der USA mit über 500 Millionen Einwohnern, den technologischen und innovativen Kräften, der Wirtschaftspotenz und politischen Kraft müßten zwei Aufgaben der Weltpolitik lösbar werden, die ohne diese Allianz nicht lösbar sind: das Nord-Süd-Problem und das Ost-West-Problem.

Eine Diagnose der Wirtschaftsprobleme

Was wir derzeit erleben, ist eine tiefgehende Diagnose der Probleme, auch der Wirtschaftsprobleme, die im übrigen von allen Reibflächen der Atlantischen Allianz am ehesten lösbar sind. USA, Japan und Europa sind heute in eine Phase ökonomischen "Wettrüstens" eingetreten, die nicht ungefährlich ist. Je schwieriger die Situation auf den Arbeitsmärkten Europas oder der USA wird, je mehr andere wirtschaftliche Probleme zu Buche schlagen -- Handelsfragen, Währungs- und Haushaltsprobleme -- desto stärker wird die Neigung, etwa einen Vorsprung moderner Technologie (und da sind wir Europäer nicht allzu gesegnet!) auch politisch zu verwenden. Der "Handelskrieg" der 70er-Jahre, wo man sich mehr oder weniger mühsam doch noch zum freien Welthandel bekannt hatte -- wird er abgelöst von einem "Informationskrieg" der 90er-Jahre? Einer Auseinandersetzung, die auf John Naisbitts "Megatrends"-Erkenntnis beruht, daß wir auf dem geraden Weg von einer Industrie- in eine Informationsgesellschaft sind?

Bedenklich ist in der Tat, daß schon mehrfach Vergleiche gezogen wurden zwischen unserer ehemaligen Öl-Abhängigkeit vom Nahen Osten und einer heutigen Informationstechnik-Abhängigkeit von den USA, wobei natürlich die politische Kalkulierbarkeit der USA nie zu vergleichen ist mit jener des Nahen Ostens, aus dessen geographischer Mitte der israelische policy science-Protagonist Yehezkel Dror nicht von ungefähr die "crazy states"-Doktrin aufgestellt hat.

Nachdem die Europäer es nicht verstanden haben, aus ihrem größten Binnenmarkt der Welt, der EG mit über 270 Millionen Menschen, eine für die Zukunft Vertrauen einflössende Grossenheit zu bilden (noch immer ist der Gemeinsame Markt ausbaufähig und die gemeinsame Aussenpolitik der EG ist nur rudimentär) darf es nicht verwundern, wenn man heute in den USA zunehmend in den Raum des Pazifik schaut. Die ASEAN-Staaten haben andere Wachstumsraten als die Europäer, sie sind weniger verschuldet, sie sind politisch sensibler auf die USA (die Bedrohung durch Vietnam für einige ASEAN-Länder trägt hierzu bei), und ein Großteil der neuen politischen Elite der USA besteht eben nicht mehr aus wasps (White Anglo-Saxon Protestants) der Ostküste, sondern einfach aus Leuten von der Westküste: Reagan, Shultz, Weinberger, Meese, Clark, um nur einige zu nennen. Und obwohl die Amerikaner dies kürzlich durch Aussenminister Shultz den Europäern auszureden versuchten, daß sie sich jetzt auf den Pazifik "stürzen", war dies eben ein Höflichkeitsskottau vor den alten europäischen Kulturvätern, der sein mußte, aber in der Sache den Europäern nicht widersprechen konnte.

Die transatlantischen wirtschaftspolitischen Reibungspunkte sind bekannt: Horrende Budgetdefizite, hohe Zinsen in den USA zu einem Zeitpunkt, wo in Europa eine "Wende" im Bereich der öffentlichen Haushalte und Zinsen aus konjunkturellen Gründen eingeleitet wurde bzw. eingetreten ist sind der erste Punkt, der zu atlantischem Streit führt. Die Frage des US-Dollar als Leitwährung auch für Westeuropa ist der nächste. Sie hängt zusammen mit der von den Europäern gewünschten Abkoppelung vom US-Zinsniveau. Einmal mehr steht das System von Bretton Woods zur Diskussion, zur Disposition allerdings noch nicht. Europa könnte jedoch als Währungsunion auch nach außen auftreten — z. B. durch Interventionen in ECU's, die Bildung gemeinsamer Devisenreserven, durch eine globale Stärkung der europäischen Kapitalmärkte, etwa durch eine Begrenzung der Devisenplätze, die eine Zersplitterung beenden könnte.

Ein weiterer Reibungspunkt ist die Verschuldung der Dritten Welt. Lateinamerika ist vornehmlich bei den USA im Soll, aber ein Bankenkrach dort hätte auch auf die Alte Welt gravierende Konsequenzen. Brasilien, Argentinien, Mexiko und andere könnten eventuell demnächst ein Schuldnerkartell bilden und einseitig und politisch begründet ein Moratorium deklarieren — die Folgen wären ein Ruck durch die Weltwirtschaft, der einige Banken in den Strudel des Abwassers ziehen könnte. Europa könnte hier im Rahmen seiner Assoziationsabkommen — 1985 steht die Ratifizierung von Lome III an — modellhaft vorgehen, etwa durch Zinsprolongationen, -stundungen oder ähnliche Schritte.

Und ein nächster Punkt wird immer noch nicht von den Europäern begriffen: die Spitzentechnologien. Mikroelektronik, Raumfahrttechnik, Luftfahrttechnik, Telekommunikation, Biotechnik werden allmählich wohl auch hier gefördert werden, aber durch die zerplitterte Forschungsförderung und Vergabepaxis ist Europa deutlich Hintertreffen gegenüber gigantischen Staatsaufträgen, wie sie in den USA gang und gäbe sind.

Die Probleme der Landwirtschaft und der Stahlindustrie sind nur einige Reibungsflächen für Kriterien eines freien Welthandels. Hier übersieht in der Regel

eine Seite die eigenen Wettbewerbsverzerrungen, die durch Garantieabnahmen, Subventionen usw. entstehen. Der transatlantische Konsens über den wechselseitigen freien Marktzugang ist sehr schwach entwickelt, und beide zusammen könnten einen riesigen Markt abgeben, der bei entsprechender Arbeitsteilung beiden Seiten unermessliche Vorteile erbringen könnte.

Letzten Endes ist auf beiden Seiten noch das sowjetische Erdgasröhrengeschäft in Erinnerung. Daraus resultierte eine noch nicht beigelegte Differenz über die Frage des Ost-Handels, besonders im Hinblick auf potentiell wichtige strategische Güter, und noch heute ist die Cocom-Liste Gegenstand neuer Probleme, denen weder die USA noch die EG noch die OECD als großes Forum bislang zu Leibe gerückt sind. In diesem Zusammenhang ist das juristische Problem des Technologietransfers zu sehen, wonach gewisse amerikanische Gesetze auch extraterritorial zugreifen können — eine im europäischen Recht nicht akzeptierte Gesetzespraxis. "Der Protektionismus reckt sein häßliches Haupt", schreibt Carola Kaps in "Der Monat neue Folge 290" zu den transatlantischen Handelsbeziehungen, und es ist zu wünschen daß das neue Europaparlament seiner Forums- und Signalrolle hier gerecht wird, indem es Regeln für eine neue Basis der transatlantischen Handelszusammenarbeit aufstellt, denen beide Partner folgen können.

Was also fehlt, ist eine tiefgehende Diagnose der Wirtschaftsprobleme beider Seiten des Atlantiks. Dazu gehört auch die Frage der Entwicklungshilfe. Während die Europäer Entwicklungspolitik bereits teilweise mit "Hilfe zur Selbsthilfe" umschreiben können, gilt in den USA das schwerpunktartige Förderungsprinzip unter politischen Vorzeichen. In der Tat dürfte die EG eine weitaus breitere gefächerte Entwicklungspolitik als die USA haben, und es gibt Regionen in der Welt, wo die EG unbefangener im gemeinsamen Interesse beider auftreten kann als die USA. So etwas gehört abgesprochen, und in ein System des burden-sharing eingebracht. Dies alles läßt sich aber nicht mit noch so kraftvollen Einzelösungen bewerkstelligen, nachdem man es etwa auf einem Weltwirtschaftsgipfel mehr oder weniger im Rinde andiskutiert hat. Es wäre durchaus die Bildung eines "Pakets" denkbar, das zwischen EG und USA — also nicht zwischen den USA und den nationalen Staaten der EG — auf einer längeren Diskussionsrunde ausgeteilt wird.

Die Tendenz der unterschiedlichen Sicherheitsinteressen

Die wechselseitige Außenwirtschaftspolitik also könnte ein gewaltiger Punkt für gemeinsame Aktion, gemeinsames Interesse geben — man denke etwa nur an gemeinsam finanzierte Großprojekte der Technologie. Ebenso bietet das Nord-Süd-Verhältnis Ansatzpunkte für eine europäisch-amerikanische Annäherung, auch wenn es dabei noch zahlreiche aktuelle Differenzen geben mag. Europäer und Amerikaner sollten unbedingt die Chance nutzen, die sich aus beiden politischen Bereichen für jeden von ihnen ergibt — vorausgesetzt, sie arbeiten miteinander, nicht gegeneinander!

Die damit zusammenhängenden Probleme machen sich für Europas nähere Zukunft jedoch bescheiden aus im Hinblick auf die ins Rollen gekommene sicherheitspolitische Diskussion über den Stellenwert Europas im amerikanischen Sicherheitskonzept und, umgekehrt, über die für Amerika zugedachte Rolle, im Rahmen einer europäischen Sicherheitspolitik. Auf der einen Seite hört man in

Europa, besonders in der Bundesrepublik Deutschland, Schreie, die man schon lange nicht mehr gehört hat, nach einem Abzug der Amerikaner. "Besetztes Land" waren noch zivilisierte Ausdrücke einer linken SPD-Phalanx von Eppler über Bahr bis Lafontaine, deren Töne auch mitunter von Oppositionsführer Vogel angeschnitten worden waren. Alternde Medienstars wie ein Dietmar Schönherr unternahm gar den Versuch, Reagan als "Mörder" zu stigmatisieren, wohl, um auch wieder einmal ins Fernsehen zu kommen, wo er schon lange nicht mehr aufgetreten war. Und zuerst die Grünen, dann die ganze SPD – etwa auf ihrem letzten Parteitag – dachte laut nach über die Abschaffung der NATO, wobei Hand in Hand hiermit die mystifizierte Wiedervereinigung eines großen Deutschlands steht – also ein neutralisiertes, von der Sowjetunion bestimmtes neues deutsches Reich, das zu Recht bei den europäischen Nachbarn, insbesondere bei den Franzosen wahre Alpträume auslöst. Selbst bei manchen Proklamationen führender Unionspolitiker, denen Freiheit mehr bedeutet als nationale Einheit, vermeint man sich auf Diskussionen der Sozialdemokraten der frühen 50er-Jahre zu befinden. Nie war die Diskussion über eine europäische Verteidigungspolitik bei den Westeuropäern aktueller als heute – mit Ausnahme der Deutschen. Nur wenige nehmen eine solche Diskussion auf, und in den Medien wird sie gar nicht oder kaum geführt. Anders in Frankreich, wo hohe Offiziere laut darüber nachdenken, wie im Rahmen einer europäischen Verteidigungspolitik das bisherige Tabu, daß Deutschland keine Atomwaffen bekommt, abgebaut werden kann! Eine Diskussion, die ohne mittleren Aufruhr in Deutschland nicht geführt werden könnte, die aber auch nicht von den Neutralisten und Pazifisten wahrgenommen wird. Die französischen Gazetten sind voll mit Überlegungen zu einer europäischen Sicherheitspolitik, wie sie allenfalls in elitären Denksirkeln bundesdeutscher Planer und Politiker ohne große Aussenwirkung angestellt werden. Klar, daß dies nicht lauthals und offen geschieht, denn die Konsequenz wäre die öffentliche Notwendigkeit, darüber nachzudenken, ob im Bedarfsfall auch deutsche Bundeswehreinheiten an den Persischen Golf müßten. Aber der Zeitpunkt wird kommen, wo man auch in Deutschland hierüber diskutieren wird.

Während in der Bundesrepublik die erste Welle der Friedensbewegung mit der Aufstellung neuer US-Mittelstreckenraketen vorerst zum Abebben kam, kam in Frankreich eine erste Welle der Diskussion erst auf, allerdings nicht einer Welle des Pazifismus, sondern eher eines 'nouvel atlantisme', der von dem Staatspräsidenten selbst vertreten wird und sich auch darin niederschlägt, daß in den gaullistischen (!) Wahlprospekten zur Europawahl die europäische Verteidigungspolitik (wohl gemerkt, nicht die französische!) politische Priorität hat. Es gab dazu einige Impulse von außen in der jüngsten Vergangenheit:

In Afghanistan wird heftiger denn je gekämpft. Grenada ging an den Europäern vorbei, deutsch-deutsche Fühler werden heftiger denn je ausgestreckt, das französische Eingreifen im Tschad war leicht durch die USA impulsiviert worden, und die Situation am für die europäische Energieversorgung wichtigen Persischen Golf hat sich in ihrer Brisanz nicht entschärft. Gleichzeitig zitiert man in den US-Medien fleißig die Grünen, deren Blutspritzereien, die Sabotageakte gegen US-Einrichtungen aus ihrem direkten oder indirekten Umfeld, und mancher US-Soldat in Deutschland fragt sich allmählich, wozu er überhaupt hier ist. Wird hier die politische Mission auf jenen Punkt reduziert, den die US-Militärpräsenz im Libanon hatte? Sinnloser Einsatz, sinnlose Verschwendung in feindseliger Umgebung? Mit jenen potentiellen Konsequenzen, die eine Parallele in der Haltung der US-Administration haben könnte. Gleichzeitig erscheint in den USA eine Diskus-

sion, deren Qualität neu ist. Demokratische Präsidentschaftsbewerber erklären laut, sie dächten nicht daran, etwa im Mittleren Osten zugunsten der europäischen Energieversorgung zu intervenieren, und ein nicht gerade dem linken Lager zuzurechnender Henry Kissinger sagt laut in TIME vom 5. März 1984, daß die Europäer jetzt endlich ihre eigene Verteidigung auf die Füße stellen sollten oder die Amerikaner sollten einen erheblichen Teil ihrer Truppen zurückziehen. Dies kommt nicht von ungefähr: Schon in der Ära Jimmy Carter mehrten sich die sicherheitspolitischen Mißverständnisse und Divergenzen. Dabei ist die Tendenz klar: Je mehr sich beide Seiten als politische, demokratische Wertegemeinschaft betrachten, desto besser und reibungsloser verläuft ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Heute müssen sich die Europäer fragen, wo sie bleiben, wenn etwa das amerikanische "Star Wars"-Projekt angepackt wird. Mitterand war der erste und bislang einzige Europäer, der vorschlug, die Europäer sollten an den Bau militärischer Raumfahrttechnik denken, Raumstationen und Nachrichtensatelliten.

Positiv noch ist das Szenario eines Raymond Aron, der in seinem letzten, posthum erscheinenden Buch "Les derniers Annees du siecle" schreibt, daß, wenn die Republikaner das Weiße Haus behalten, sie zwar mit Nasenrumpfen und mitunter schlechter Laune die Europäer betrachten werden, aber nicht zu einem Bruch der NATO gehen werden; ihr Nationalismus werde kein Isolationismus werden; die Amerikaner seien sich der weltpolitischen Rolle ihres Landes bewußt und dies gelte – so schreibt Aron zutreffenderweise – auch für diejenigen, die in den Beratungsstäben an einflußreichen Posten sitzen und über Diplomatie und Verteidigung nachdenken müßten, ohne etwas von der restlichen Welt zu kennen. Die Amerikaner, die nach 1945 Europa mitaufgerichtet haben, kannten Europa, in das sie eine Invasion unternommen haben und wo sie mithalfen, das Nazitum auszulöschen. Jetzt sind wir aber endgültig zum "Changing of the Guard" gekommen, und die neue Generation der politischen Elite der USA, die Polityppies sozusagen, hat von der Komplexität europäischer Politik soviel Ahnung wie ein deutscher Bundestagsabgeordneter vom Ablauf amerikanischer Vorwahlen...

Eagleburger, dem ehemaligen Staatssekretär für Politische Angelegenheiten im US-Außenministerium und Europa-Kenner, ist zuzustimmen: In den nächsten 20 Jahren gibt es keinen Ersatz für eine jetzt bestehende europäisch-amerikanische Allianz in der Sicherheitspolitik. Was sollten die Europäer auch an ihre Stelle setzen? Die Eurogroup der NATO, die Westeuropäische Union, den Poncet'schen Vorschlag eines "Conseil nucleaire", die Neuaufgabe der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft – oder gar eine neue Struktur, wie sie sich aus dem Vertragsentwurf der EG für eine Europäische Union ergeben könnte? Und wenn letzteres durchgreift, womit fängt man dann an? Mit einer EG-Eingreiftruppe, mit EG-Friedenseinheiten im Rahmen von UN-Missionen, mit EG-harmonisierter Rüstungsentwicklung und -forschung, mit gemeinsamen Richtlinien für Waffenexporte an Drittländer? Mit einer EG-Koordination von geheimdienstlicher Arbeit?

Hier sind die Diskussionen nur angerissen, und mit Sicherheit wird das neue Europäische Parlament das Forum einer breiten Diskussion sein, in der auch grüne Pazifisten und Kommunisten versuchen werden, sich transatlantisches Gehör zu verschaffen. Diese breite Diskussion wird um mögliche Formen einer europäischen Sicherheitspolitik oszillieren, und die EG wird hier Schwierigkeiten haben, beim derzeitigen Stand der Willensbildung, der Übermacht des Ministerrates und der damit verbundenen Impotenz, Entscheidungen zu treffen, sich zu artikulie-

ren. Trotzdem haben diese Diskussionen etwas Positives, kann doch aus dem Parlament ein Vorschlag auf breiter Basis entstehen, der später realisiert werden kann. Wir Europäer sollten bei alledem nicht gerade Wert darauf legen, eine Situation zu haben, unter deren Umständen beschleunigt eine europäische Sicherheitspolitik definiert wird: akuter Druck von außen – mit dem Akzent auf dem Wort akut.

Das Absurde ist, daß die wahren Europäern unter den Europäern es beklagen, daß Europa nicht mit einer einheitlichen Stimme spricht, und daß dies genauso das Klagelied der Amerikaner ist, die gerne Europa als eigenständigen politischen Machtblock sehen. Eagleburger ist zuzustimmen, wenn er fordert, daß der Streit um Weizenkontingente und Agrarpreise endlich so geregelt werden muß, daß man hierauf basierend auch die Amerikaner von hier aus in die Pflicht nehmen könnte, die Europäer bei der waffentechnischen Entwicklung und beim Ankauf europäischer Produkte nicht zu umgehen. Dies sei, so Eagleburger, ein beidseitiger Lernprozeß. In dieser Phase ist es wichtig, daß das beidseitige "Changing of the Guard" so abläuft, daß die neuen "guards" in der Politik hüben wie drüben sich besser kennenlernen. Und je mehr auf beiden Seiten des Atlantiks mit den gleichen Wert- und Zielvorstellungen Politik gemacht wird, desto leichter ist dies.

Neuer Antiamerikanismus = Fortsetzung des klassischen Antisemitismus?

Werte und Zielvorstellungen werden heute in Europa mehr denn je transnational verglichen und diskutiert, nachdem es alle fünf Jahre Europawahlen gibt. Dies ist ohne Zweifel das erfreuliche (Neben-)Resultat der Europawahlen. Eine solche Diskussion gibt es heute kaum noch in transatlantischen Dialogen, von Punktwirkungen der "Atlantikbrücke" und anderer Austauschorganisationen abgesehen. Ihre Wirkung vergrößert sich langsam, aber die Praxis mancher, statt der die Wertidentitäten Feststellenden die Kritiker einzuladen, mag wenig hilfreich sein. Trotzdem ist das Reagan-Kohl-Projekt des Jugendaustausches ermutigend und erfreulich.

Ob aber der hier grassierende Antiamerikanismus auf einen kleinen linken Kreis begrenzt ist, fragen sich allmählich auch US-Medien. Zahlreiche Thesen lauten hier vereinfacht: Während die französischen Intellektuellen, die früher unter Sartres Einfluß traditionelle Gegner Amerikas waren, heute einen "nouveau atlantisme" vertreten, seien die deutschen Geister in die Epoche eines Sartre zurückgefallen und predigen Antiamerikanismus. Glucksmann Theorie ist wahrscheinlich richtig: Der deutsche Antiamerikanismus ist eine Fortsetzung des klassischen Antisemitismus, der Buhmann des Geistes schlechthin (vielleicht sind heute die Türken in Deutschland der Buhmann der Klein-Geister?). John Vinocur in "New York Times Magazine" entdeckt in Grass, in Merseburger, Neid und Unbehagen an Amerikas Vitalität, seiner Kreativität, seiner positiven Einstellung zu Technologie und Modernismus. In der Tat ist es eine Verwirrung des Geistes, wenn man die politische Folge des Äquidistanz darin sieht, daß Deutschland und Europa von USA wertmäßig genauso weit weg sein müssen wie von der Sowjetunion. Der Hintergrund der Bahr'schen Äquidistanz wird in einigen Jahren bei der gesamten SPD verbreitet sein – denn ein Helmut Schmidt wurde mit Blümchen auf dem letzten SPD-Parteitag endgültig verabschiedet. Die Stimmen eines Cortesier, eines Leber – sie werden gegen eine Oppositions-umder-Opposition-willen-Phalanx von Bahr bis Eppler, Lafontaine und letzten Endes auch Vogel nicht ankommen. Die Frage ist, ob sie stumm oder nicht stumm den Kopf schütteln werden.

Es gibt heute junge Deutsche, die in atemberaubender Ignoranz bei der Bemerkung des Wortes Polen im Zusammenhang mit El Salvador oder Nicaragua die These aufstellen, die USA seien ein größerer Aggressor als die Sowjetunion. Die USA sind in bedenklicher Weise Grund und Ziel eines kirchlichen-intellektuellen-grün-roten Chorgesangs des "Wir fürchten uns" geworden. Die Antiamerikanisten hier sind in einer Reihe und oft identisch mit den Neutralisten, den Neonationalisten und Pazifisten zu sehen. Hier wird eine der Hauptfelder der geistigen Auseinandersetzung in Deutschland in den kommenden Jahren liegen, und es ist zu hoffen, daß die kleine liberale und die große christdemokratische Partei in der nächsten Zeit sich darauf wappnen. Wenn sie nicht diese Diskussion in einer Offensivhaltung durchführen und eigentlich beginnen, wenn möglich zusammen mit Amerikanern, werden sie nur reagieren können, nicht agieren. Dies aber hat ihnen bei vielen anderen Diskussionen, nicht zuletzt bei der großen "Friedensrunde" geschadet.

Europa und Amerika sind nicht zwei Sterne, es sind zwei Partner. Vielleicht haben dies beide nur nicht in der gebotenen umfassenden Weise begriffen. Demokratie, Menschenrechte, soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit des Einzelnen – dies sind aber Werte, die von beiden geteilt werden. Als Inseln in einer Welt, in der es von gegenteiligen Werten als Staatszielen und -formen nur so wimmelt. Die transatlantische Werteunion muß also neu formuliert werden, von einer neuen Generation, die bereit ist, sie zu vertreten. Es gibt diese Generation, und es gibt diese Werte. Sie zu verbinden, ist eine der politischen Pionieraufgaben nicht der nächsten Jahre, sondern von heute.

Seminar-Probleme ???



Wir helfen Ihnen, sie zu lösen! Seminare sollen ein Erfolg werden – pädagogisch, wirtschaftlich, publizistisch, bezüglich des „Drumherum“, hinsichtlich der Referenten.

Für die internationale LIBERTAS-Mannschaft ist kein Seminarproblem zu groß. Wir haben Erfahrung: Referatensuche, Finanzplanung, Örtlichkeiten, Themenkonzeption, Materialsichtung, Medienecho, Dokumentationen. LIBERTAS hilft Ihnen beim Seminarprogrammieren: in ganz Europa. In den Themenbereichen Europa, internationale Politik, Dritte Welt.

Wenn Sie also ein Seminar planen: Sprechen Sie zuerst mit uns!

**LIBERTAS, Schwenninger Str. 32, D-7032 Sindelfingen 6,
Tel. 07031/81855, Telex 7 265 320.**

Lehrbeispiel USA-Steuerpolitik:

absetzbare Kreditzinsen zur Konjunkturförderung

Zwischen vielem Störfeuer bekommt man jetzt aus der Münchner CSU-Zentrale endlich einmal etwas Konstruktives zu hören. Wie von gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen als gezielte Indiskretion verbreitet wird, plant die bayerische Union eine Initiative zur steuerlichen Behandlung von Kreditzinsen im privaten Bereich.

Man hat über den großen Teich geblickt und im US-Steuersystem etwas gefunden, was der Applikation auf hiesige Verhältnisse würdig ist. Die US-Steuerzahler können nämlich Zinsen für alle privaten Anschaffungskredite von ihrem zu versteuernden Einkommen absetzen. In Deutschland schafft man das nur als Hauslebauer; im Bereich der gewerblichen Wirtschaft werden (Dauer-)Schuldzinsen sogar noch zum Anlaß einer gewerbesteuerlichen Bestrafung genommen.

Was wären nun – sieht man von der Wohltat jeder steuerlichen Erleichterung ab – die positiven Auswirkungen, die eine Übernahme des amerikanischen Prinzips auf die hiesige Volkswirtschaft hätte? Nun, die Folge liegt so klar auf der Hand, daß bisher wirklich niemand auf den in seiner Einfachheit ans Geniale grenzenden Gedanken kommen konnte: Es würde zu einer erheblichen Ankurbelung der privaten Nachfrage kommen, die allein dauerhaft eine Konjunktur zu stützen vermag. Würden sich die Kreditzinsen de facto um den Steuersatz, den jeder einzelne zahlt, vermindern, dann käme es automatisch zu einer deutlichen Steigerung des privaten Konsums. Nicht nur die tatsächliche Ersparnis in barem (Steuer-)Geld würde der Motor einer solchen Marktreaktion sein, allein schon der Gedanke, dem Finanzamt ein Paar Mark ganz legal vor-enthalten zu können, könnte zum Anlaß für einen Run auf die Kredit-schalter der Banken werden.

Vor allem aber gilt: die Einnahmen, die dem Staat durch eine solche Maßnahme verlorengingen, können gar nicht besser angelegt sein. Eine derartige Auswirkung auf den Markt könnte mit kaum einer anderen fiskalischen Operation erzielt werden. Wie das Beispiel USA mit ununterbrochen hohem, realen Wachstum von 8,3 % im ersten Quartal '84 zeigt, ist ein derartiger Konsumanreiz kein wirtschaftspolitisches Strohfeuer, sondern eine nachhaltig tragfähige, ordnungspolitische Voraussetzung für einen Aufschwung, dessen Wohlergehen nicht nur vom nervösen Puls der Investitionsgüterkonjunktur abhängen darf.

Außer Frage steht, daß eine Steuersparmöglichkeit, würde sie auf diese Weise geschaffen, durch ihre auf den Markt durchschlagenden Auswirkungen um ein Vielfaches sinnvoller wäre, als beispielsweise das Verschwenden von Steuermilliarden für Subventionen oder künstliche Beschäftigungsprogramme, die doch alle nichts weiter als statistische Kosmetik darstellen.

Gleichzeitig könnte diese Steuerbegünstigung dem Damoklesschwert, das über unserem Mini-Aufschwung schwebt, einiges von seiner Schärfe nehmen: der Gefahr einer erheblichen Zinssteigerung der DM im Kielwasser des US-Dollars. Kurz- bis mittelfristig ist diese Gefahr zwar gering, denn die amerikanische Wirtschaftspolitik hat bis zur Präsidentenwahl im November '84 kein vorrangigeres Ziel, als die Zinsen knapp unter der Schmerzschwelle zu halten...aber danach?

Natürlich muß man auch generell die außenwirtschaftlichen Auswirkungen dieser finanzpolitischen Maßnahme überdenken. Gestützt würde z.B. nicht allein die Konjunktur deutscher Produzenten, sondern auch die des gesamten EG-Raumes, soweit von dort Konsumgüter in die Bundesrepublik geliefert werden. Selbstverständlich bekämen auch die Japaner ihren Teil ab, aber diesem Wermutstropfen müssen wir in Kauf nehmen, wenn wir uns nicht dem mittelalterlichen Raubritter- und Wegelagerer-Denken von Protektionisten oder gar Autarkisten anschließen wollen. Eine sich in stabiler, anhaltender Konjunktur befindliche Bundesrepublik wäre überdies ganz gewiß für auswärtige Kapitalanleger verlockend, die ihre Gewinne durch den Absatz ihrer Produkte auf dem deutschen Markt erwirtschaftet hätten.

Sicher ist auch, daß die Bundesbank mit einer äußerst vorsichtigen Zinspolitik gefordert wäre, käme es zu diesem steuerlichen "Gottesgeschenk". Sie hätte ein wachsames Auge darauf zu haben, daß im Rahmen einer geringeren Zinsempfindlichkeit des Verbrauchers nicht plötzlich der Preis des Geldes steigt. Dies hätte nicht nur eine Neutralisierung des positiven Effektes der Zins-Absetzbarkeit zur Folge; zudem würde eine zinsmäßig für internationale Geldanleger relevante Attraktivitätssteigerung der DM das Ergebnis sein, das wiederum zu einer Festigung des DM-Kurses und damit zu Exportproblemen führen würde.

H.W.

Reisetagebuch aus dem Land der Plastics

von

Heiner Wehn

16.3.'84 über dem Atlantik. Bin noch nie "drüben" gewesen und entsprechend erwartungsfroh. Langsam beginne ich mich vom schnellsten check-in in der Geschichte der transatlantischen Luftfahrt zu erholen (15 Minuten zwischen Erwerb des Tickets und planmäßigem Abflug).

16.3. Spätnachmittag in New York. Bisher nahm ich an, ich spräche einigermaßen leidlich englisch. Doch schon der immigration officer, der zu prüfen hat, ob ich etwa illegal einzuwandern gedenke, belehrt mich eines Besseren. Der Sinn seiner Worte enthüllt sich für mich erst im zweiten Anlauf; auch meine in vermeintlich wohlgesetztem Englisch gesprochenen Antworten bedürfen einer Wiederholung, um verstanden zu werden. Am baggage claim erlebe ich eine der selten freudigen Überraschungen im Leben eines Flugreisenden: kaum trete ich ans Fließband, da purzelt mir schon mein Koffer entgegen, obwohl die vollautomatische Gepäck-Fehlleitungsanlage in Frankfurt ob des überzogenen Check-in-Termins zuerst seine Annahme verweigert hatte.

Der Zöllner ist der erste Mensch hier, der mich auf Anhieb versteht. Er glaubt mir sofort, daß ich kein Schmuggler bin und ich stehe – kaum faßbar – 18 Minuten nach der Landung wieder als freier Mensch in der Halle des John F. Kennedy-Airports. Nach all den Schauergeschichten über die Einreisekontrolle in den Vereinigten Staaten müßte ich eigentlich noch irgendwo in einer nicht endwollenden Schlange stehen, um darauf zu warten, hochnotpeinliche Fragen beantworten zu dürfen.

Stattdessen steht jetzt die Planung des Weiterflugs nach Washington auf dem Programm. Der PanAm-Schalter läuft mir über den Weg. Washington? Aber sicher, in einer Dreiviertelstunde, 99 Dollar. Sicherheitshalber gleich mal reservieren.

Dann fällt mir zum Glück noch ein, daß ich mich im Kernland des Kapitalismus und der freien Marktwirtschaft befinde. Nichts läuft hier mit den Kartell-Wucherpreisen, die Linienflüge in Europa zu einem extravaganten Vergnügen machen, das man sich höchstens auf steuerabzugsfähigen Geschäftsreisen leisten kann. So drängt es sich mir förmlich auf, daß TWA für nur 45 Dollar nach Washington fliegt, wenn auch erst zwei Stunden später. Dafür müßten wir auf die Stand-by-Liste. Wie auch immer, mit dem gesparten Geld werden wir die Wartezeit schon überleben. Am check-in-counter ist der Computer anderer Meinung als der beim Ticketverkauf. Natürlich könnten wir die frühere Maschine bekommen. Für 109 Dollar. Wir verzichten dankend.

Befreit vom Gepäck, beschließen wir, die ersparten Dollars (jetzt sind das schon zweimal 64 grüne Scheine!) zumindest teilweise in Nahrungs- und Genußmittel umzusetzen und einige tiefsinnige Betrachtungen dem Wirtschaftssystem unserer Gastgeber zu widmen. Man stelle sich das in Europa vor, wo leere Lufthansa-Boeings die wenigen, die sich deren Preise leisten können, über kurze Zubringerstrecken schaukeln, auf denen kleine Turboprops wesentlich billiger fliegen könnten! Aber zum Glück haben wir ja ein Bundesverkehrsministerium, das jeden Wettbewerb unterbindet und andere Anbieter erst gar nicht zuläßt.

Was dagegen hier verblüfft, ist die Freundlichkeit aller Leute, mit denen wir bisher zu tun hatten. Ist man es bei uns doch gewohnt, bei allen Institutionen mit Publikumsverkehr vorwiegend auf mürrische Gesichter zu stoßen. Selbst Einwanderungs- und Zollbehörden begegnen einem hier mit Lächeln, während man in Deutschland nur mit Beamten zu tun pflegt, die sich ob der Belästigung durch einen gewöhnlichen Bürger in der Regel schlichtweg empört zeigen, – wobei freilich Ausnahmen hüben wie drüben dazu da sind, die Regeln zu bestätigen.

Muß mal für Caballeros. Ja, hier auf dem Flughafen sind schon die meisten Beschriftungen zweisprachig: "Men – Caballeros" steht über der bewußten Tür. Die einheimischen Hispanics sind auf dem Vormarsch. Wie bei uns die Gastarbeiter vermehren sie sich bedeutend schneller als der Rest. Dazu kommen die mehr oder weniger legalen Einwanderer aus dem lateinamerikanischen Raum.

16.3. Abend, Washington, D.C. Erstaunlich, wie diszipliniert die Amerikaner ihre Autos fahren. Unter brutaler Ausnutzung dieses Umstandes gelingt es uns, den gemieteten Pontiac tatsächlich zum geplanten Zeitpunkt vor dem Hotel zu parken und pünktlich zur ersten Verabredung zu erscheinen.

Das Restaurant, in dem wir schließlich landen, ist ein italienisches. Das Steak ist eher deutsche Hausfrauenart: durchgehärtet. Offenbar ist "medium" das amerikanische Wort für Schuhsohle.

Die Gespräche, die sich jetzt entwickeln, sind allerdings wesentlich interessanter als die kulinarischen Begleiterscheinungen. Wir versuchen, in die Hintergründe amerikanischer Politik einzudringen und zugleich – als inoffizielle Botschafter Europas – die Verschrobenheiten der Politik unseres guten alten Kontinentes verständlicher zu machen. Unser wichtigster Gesprächspartner ist Mitglied der Democratic Party, er hält Mondale allerdings für einen Linken. Überhaupt: man kommt hier mit unseren ideologischen Wertmaßstäben und Positionsbestimmungen nicht weit. Die Amerikaner lassen sich nicht in Kategorien wie "rechts-links", "konservativ-progressiv" einordnen. Auch bei der Sprachregelung muß man aufpassen. Ein Liberaler ist hier nicht das, was wir darunter verstehen, sondern eine Art Sozialist, Umverteilungspolitiker, Anhänger staatlicher Reglementierungen...also das krasse Gegenteil dessen, was man in Europa mit dem Begriff "liberal" zu verbinden geneigt ist. Wer wundert sich da noch über politische Verständigungsschwierigkeiten im atlantischen Bündnis? Wie sich die Demokraten von den Republikanern grundsatzpolitisch abgrenzen, kann hier keiner so genau definieren. Man ist halt Republikaner oder man ist halt Demokrat. Vielleicht findet man die äußersten Rechten eher bei den Republikanern, die äußersten Linken eher bei den Demokraten – zumindest, was die Ostküste und California betrifft, während in den Südstaaten wiederum eher das Umgekehrte gilt. Zwischen den jeweiligen äußeren Randpositionen liegt aber eine breite Masse, die ideologisch überhaupt nicht festgelegt ist. Wenn ein junger Mann aus demokratischer Familie ein junges Mädchen aus republikanischer Familie heiratet, dann ist das eine Art Mischehe oder gar Mesalliance. Warum auch soll es im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ausgerechnet das Romeo-und-Julia-Syndrom nicht geben?

Sieht man von solchen Dingen ab, die mehr den persönlichen Bereich betreffen, dann herrschen im politischen Geschäft hierzulande Pragmatismus und Geschäftsmäßigkeit vor. Den Amerikanern wird das oft sogar vorgeworfen: Wo bleibt denn der Anstand in der Politik, wenn keine hehren ideologischen Ziele

verfolgt werden, sondern schlicht "business" gemacht wird? Doch abgesehen davon, daß man den Anstand in der europäischen Politik, wo man im Zeichen unverträglicher Ideologien aufeinander eindrischt, füglich anzweifeln darf, fragt man sich, ob ein Land mit sachbezogener Politik nicht manchmal besser verwaltet wird, als eines, in dem jedes sachliche, flexible Reagieren auf aktuelle Probleme dadurch gebremst oder gar verhindert wird, daß man erst einmal prüfen muß, ob das Geplante denn eigentlich mit dem Parteiprogramm vereinbar sei. Um das politische "Geschäft" in den USA zu verstehen, muß man erst einmal das Verhältnis der Amerikaner zum Geld begreifen lernen. Es ist sachlich, ohne die peinlichen Verklemmtheiten, die im guten alten Europa jeden pekuniären Vorgang camouflieren. Es gilt hier jedenfalls nicht als unanständig, Geld zu verdienen. Man kann offen zugeben, Unternehmer zu sein, ohne deshalb als Ausbeuter der "Arbeiterklasse" angesehen zu werden. Geld ist für den Amerikaner unter anderem ein angemessenes, geeignetes Mittel, Leistung und Erfolg zu honorieren.

Wenn deshalb in der Politik wohlverstandene Eigen- und Gruppeninteressen nicht in diskret-verruchter Lobby-Atmosphäre, sondern in aller Öffentlichkeit vertreten werden, so ist dies ein ganz normaler Vorgang, der niemanden aufregt ... außer den Europäern, die die Hintergründe nicht kennen. Natürlich hat auch diese Praxis Licht- und Schattenseiten sowie ihre Auswüchse: einer dieser Auswüchse ist der kometenhafte Aufstieg eines Gary Hart zum ernsthaften Anwärter auf das Präsidentenamt. In Deutschland wäre es nicht auszudenken, daß irgendein unbekannter Provinzpolitiker an aller Parteibürokratie vorbei etablierten Kandidaten schlaflose Nächte bereitet. Da hätten wir sicher einen klaren Vorteil des amerikanischen Systems, das keine pseudo-demokratische Herrschaft der Parteiapparatschiks kennt. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, daß Gary Hart nicht wie im utopischen Märchen einer Traum-Demokratie der Kandidat des Volkes ist, der auf einer Welle des Hasses auf das Establishment nach oben geschwommen ist. Er ist das Produkt nüchterner Marktforschung, die den Amerikanern ein Anforderungsprofil entlockte, wie sie sich ihren Traum-Präsidenten vorstellten. Sachpolitisch steht hinter Hart nur heiße Luft, angefüllt mit zunächst wohlklingenden Sprüchen.

Doch auch diese Tatsache spricht sich herum, wofür die Gegenseite in gewohnter wie unbehinderter Rührigkeit Sorge trägt. Auf die Namensänderung Harts (der früher "Hartpence" hieß) anspielend, geht das Bonmot um, er sei der einzige Präsidentschaftskandidat, der seine Hosen verloren, sprich: "runtergelassen habe" ("he lost his pants").

Doch das sind nur die Schattenseiten. Der Zwang, auf den Wähler und seine Wünsche mehr einzugehen, ihm zu gefallen, führt nicht ausschließlich zu den Auswüchsen der Television-Kultur, die aus Politikern Dressmen macht. Er führt auch dazu, daß sich die einzelnen Abgeordneten intensiver um ihre Wähler kümmern müssen, als dies etwa bei uns üblich ist. Die Regel sind ausgefeilte Textverarbeitungssysteme, die einzelne Wähler gezielt zu sie interessierenden Fragen ansprechen können.

Man kann dabei natürlich von Orwellschen Schreckensvisionen sprechen, was ja in diesem Jahr zur publizistischen Pflichtübung gehört, sobald das Thema "Computer" auch nur im Entferntesten angerissen wird. Man kann aber auch die Frage stellen, ob die undifferenzierten, ans Bornierte grenzenden Holzhammer-Wahlkampagnen deutscher Prägung etwa besser seien oder doch eher vorrangig dazu beitragen, das politische Klima nachhaltig zu vergiften?

17.3. morgens, Washington, D.C. Auf dem Frühstückstisch steht ein Behältnis, das wie die mißlungene Kreuzung zwischen einer Blumenvase und einer Orangensaftflasche wirkt. Darüber stülpt sich ein Pappdeckel. Darin befindet sich wieder Erwartung der bestellte Kaffee. Von dem amerikanischen Kaffee hatte ich bisher nur Schlechtes gehört, weshalb ich ernsthaft überlegte, ob ich meinem schon etwas lädierten Magen die Bestellung eines solchen antun sollte. Doch der Kaffee ist trotz der ungewohnten Darreichungsform gut, wohlschmeckend und nicht zu stark. Wesentlich gewöhnungsbedürftiger für europäische Verdauungssysteme ist das Gebäck, das unter dem Namen "Danish Pastries" auf den Teller kommt - etwas Blätterteigähnliches, dekoriert mit Marmelade. Radikales Umdenken der Geschmacksnerven erfordert die dazu gereichte Salzbutter.

Der grauhaarige Neger, der am Tisch nebenan sitzt, läßt in mir die Frage aufkommen, ob seiner Rasse, die in dieser Stadt immerhin 70 % der Bevölkerung stellt, tatsächlich eine untermenschenartige Behandlung durch das US-Herrenvolk widerfährt. Zumindest wird er von der weißhäutigen Serviererin auf das Zuverlässigste bedient: "Yes, Sir!"

Gesättigt probieren wir die soeben im hoteleigenen "Gift Shop" erstandenen Zigarillos. Sie schmecken so, als wollten sie der deutschen Bedeutung des Namens ihrer Verkaufsstelle alle Ehre tun. Der Packungsaufschrift belehrt uns: "These cigars are predominantly natural tobacco with non-tobacco ingredients added". Was wollen wir noch, besteht doch die Marke "Crusaders - Antonio y Cleopatra" hauptsächlich aus natürlichem Tabak.

17.3. nachts, Washington, D.C. Habe soeben mit George Bush zu Abend gegessen. Auch wenn noch ca. 500 Republikaner und ein Demokrat dabei waren, in Zukunft werde ich locker ins Gespräch einfließen lassen können, daß ich erst neulich mit dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten diniert habe. Als eine Art Exoten wurden wir Europäer und der anwesende Demokrat auch noch namentlich begrüßt, wozu wir uns förmlich zu erheben hatten. Ab jetzt darf ich also auch sagen, daß George Bush meine Anwesenheit durch frenetischen Applaus begrüßt hat.

Offizieller Anlaß dieses Essens ist die Ehrung eines arrivierten Bierbrauers, der sich um ein hohes Staatsamt bewirbt und der wohl der Financier dieser äußerst formellen Veranstaltung sein dürfte. Dem festlichen Charakter tut es nur wenig Abbruch, daß sein Bier direkt aus der Flasche getrunken wird und daß auf dem Podium, das auch den Vizepräsidenten beherbergt, die Sixpacks angerissen auf den Tischen herumstehen.

Einer der Anwesenden fühlt sich bemüht, uns auf die Reinheit dieses Bieres aufmerksam zu machen: dem Etikett ist deutlich zu entnehmen, daß es "no preservatives" enthält. Hoffentlich nimmt er es uns nicht übel, daß wir lauthals loslachen müssen, weiß er doch anscheinend, daß wir aus dem Mutterland des ältesten Lebensmittelgesetzes der Welt kommen, mit dem uns im 16. Jahrhundert einer der weniger verrückten bayerischen Herrscher gesegnet hat. Schwankend zwischen internationaler und gesellschaftlicher Höflichkeit entscheiden wir uns schließlich trotz der am Tisch sitzenden Damen dafür, das Mißverständnis

nis aufzuklären. Die Entscheidung scheint richtig gewesen zu sein, denn sie fördert die Stimmung ungemein.

Ein paar Ansprachen rufen jetzt ins Gedächtnis zurück, daß dies hier doch vorrangig eine politische Veranstaltung ist. Dabei wird auch das Problem "Schulgebet" berührt, das bei uns zu Hause in letzter Zeit immer wieder als ein medienwirksamer Beweis für die Bigotterie der Reagan-Administration angeführt worden war. (Auch so ein Punkt: die US-Administration übersetzen unsere Journalisten vorzugsweise im besten Schulbuch-Englisch mit "Verwaltung", wohingegen sie das Government nach bestem Wissen und Gewissen als "Regierung" bezeichnen. Das ist natürlich ungenau bis irreführend. Unter Government versteht man in den USA exekutive Amtsführung, ja Amtsausübung, an deren Autorität allenfalls die (mittlerweile vom Kongress vielfach eingeschränkte) Autorität des Präsidenten herankommt. Als Administration gilt dagegen die Regierungsmannschaft sowie die Beraterstäbe des Präsidenten, die von ihm sowie von beiden Häusern des Parlamentes stark abhängen.) Hier erfahren wir nun, daß es den Republikanern offenbar um nichts Schlimmeres geht, als das bestehende Verbot des Schulgebets aufzuheben; nicht etwa, wie wir bisher aufgrund der in Deutschland vorherrschenden Berichterstattung annehmen mußten, diese Sache als Zwangsveranstaltung einzuführen.

Da heute Abend offizielle Delegationen aus allen Bundesstaaten anwesend sind, muß natürlich etwas für die Ehre jedes einzelnen dieser Staaten getan werden. Dafür sorgt die Kapelle, die nacheinander die halboffiziellen Sauflieder aller Staaten spielt. Dazu erheben sich jeweils die entsprechenden Delegationen, um in angemessener Lautstärke mitzugrölen: von "California, here I come" bis zur "Yellow rose of Texas". Die Texaner entpuppen sich dabei als die einzigen, die der durchschnittliche deutsche Medienkonsument sich genauso vorstellt, wie sie wirklich sind: die Bayern der Vereinigten Staaten – oder: Dallas live.

18.3. abends, Washington, D.C. Vor dem National Air and Space Museum stehend, überlege ich mir, wieviele Leute es mir wohl nie verzeihen würden, trüge ich nicht die Ehrenschuld eines jeden Reisenden ab, Postkarten zu verschicken. An einem Kiosk werden mir diese von einer Negerin verkauft, die ihre Brust durch ein Namensschild mit dem stolzen Titel "Souvenir Manager" geschmückt hat. Das Studium amerikanischer Berufsbezeichnungen böte Lehrreiches für deutsche Unternehmer im Hinblick darauf, wie man das Sozialprestige von Arbeitnehmern in Motivation umsetzen kann. So geht beispielsweise die Mär um, daß in den sechziger Jahren, als in allen Industrienationen Arbeitskräfte knapp waren, eine amerikanische Fluggesellschaft ihr Problem, Hilfsarbeiter zum Heranschieben der Treppen an die Flugzeugtüren zu finden, dadurch löste, daß sie diesen Leuten den Titel "gangway engineer" verpaßte.

Vorsichtig muß man auch sein, wenn man Vizepräsidenten begegnet (nein, George Bush ist in diesem Fall nicht gemeint). "Vice President" irgendeiner Gesellschaft scheint nämlich jeder zu sein, der über einen eigenen Schreibtisch und mindestens einen Untergebenen verfügt. Da gibt es "Junior Vice Presidents", "Senior Vice Presidents", "Assistant Vice Presidents" und dergleichen. Ich glaube, der "Executive Vice President" ist tatsächlich der zweite Mann in einem Unternehmen.

Was würde übrigens ein europäischer Hotelier machen, widerführe ihm das Mißgeschick, daß in seinen Räumlichkeiten die Mitarbeiter eines Richard Nixon ihren mißlungenen Lauschangriff auf das Wahlkampfleitungsbüro des politischen Gegners durchgeführt hätten? Er würde sich zu Tode schämen und sein Unternehmen zumindest umbenennen, wenn nicht gar eilig verkaufen, sofern sich überhaupt ein Interessent dafür fände. Doch was entdecke ich hier als Headline einer ganzseitigen Anzeige in der vom Hotel ausgelegten Programmzeitschrift? "It's all happening at the Watergate". Verdammte, welches andere Hotel hat schon einen Namen, den die ganze Welt kennt?

Nachdem heute kein offizielles Besprechungsprogramm stattfindet, leisten wir uns den Luxus eines Abendessens in aller Ruhe und ohne einheimische Gastgeber, um über unsere Eindrücke zu reflektieren und zu räsonieren. Aller Vorsicht zum Trotz bestellen wir Bier. Wir wollen die Gläser erheben, um uns zuzuprosten. Gläser? Plastikbecher! Nein, wir sind nicht bei MacDonalds, sondern in einem durchaus fashionablen Restaurant. Vor Schreck lehne ich mich tief in meinen Stuhl zurück. Dabei trifft mein Oberkörper hart auf das Fenster auf, das darob aber nicht zerbricht, denn es ist ebenfalls aus Plastik. Wir riskieren einen intensiven, prüfenden Blick auf die Wandtäfelung. Ist es nun oder ist es nicht? Ich stelle die Plastik-Doktrin auf: wenn's schmilzt, ist es Plastik, wenn's brennt, ist es Holz. Auf einen praktischen Test verzichten wir aus Höflichkeit.

19.3. abends, York, PA Heute früh haben wir zum Abschied von Washington unsere literarischen Bedürfnisse befriedigt und "Kramer's Bookshop & Afterwords" geplündert. Hinter dem herrlichen, aber unübersetzbaren Wortspiel "Afterwords" verbirgt sich ein an die Buchhandlung angrenzendes Cafe, sodaß sich hier eine einmalige Verbindung zur Befriedigung geistiger wie körperlicher Bedürfnisse ergibt. Das wäre bei uns mal eine Geschäftsidee...doch ich sehe schon die Blutkreisläufe diverser Beamten in Baurechts-, Gewerbeaufsichts- und sonstigen Ämtern kollabieren, wenn sie an rauchende Cafegäste in einer Buchhandlung, halb in der Küche sitzend, denken.

Jetzt müssen wir erst einmal den Mietwagen wechseln, wenn wir weiter wollen nach Harrisburg. Der bis dato von uns bewegte Pontiac gehört zur Klasse der Kleinwagen (mit Automatikgetriebe, Servolenkung und Klimaanlage...), die nicht für die Rückgabe an anderen Orten vorgesehen ist. Minuten später besteige ich einen Buick, aus dessen Gesamtlänge von reichlich fünf Metern sich ein putzig kleines Passagierabteil erhebt, denn es handelt sich um ein Coupe, was hier wie zu Hause heißt: weniger Auto für mehr Geld. Ungefähr ein Meter des Hinterteils ragt über einen Abgrund und die Anzeige des Automatikgetriebes am Armaturenbrett steht genau zwischen Vorwärts- und Rückwärtsgang – sie läßt sich auch nirgends genau einrasten. "Full insurance?" "Yeah!" Na, dann los. Wir reißen uns in den Stadtverkehr ein und lassen uns in Generalrichtung Baltimore treiben. Verirren kann man sich in Washington so gut wie nicht. Hat man einmal den Plan mit seinen A-Z-Streets und seinen ersten bis x-ten Straßen angeschaut, dann weiß man nach einem halben Tag ohne jeden Blick auf die Karte immer, wo man sich befindet. Wie dankbar wäre ich für ein solches System in einigen europäischen Großstädten, in denen ich schon zu völlig unfrei-

willigen Stadtrundfahrten kam!

Da wir erst spät die Hauptstadt verlassen haben, beschließen wir, in York zu übernachten. Von da aus schaffen wir es morgen früh problemlos nach Harrisburg, ohne uns durch unchristliche Weckzeiten zu kasteien. York macht durch die Schriftgröße auf der Landkarte einen einigermaßen urbanen Eindruck. Nachdem wir den Baltimore Belt Drive verlassen haben und endgültig auf der richtigen Interstate sind – zwischendurch hatten wir uns kurzzeitig in Richtung Annapolis verfranz –, halten wir nur noch einmal kurz auf einem "Rest Area". Die von mir erhoffte Gastronomie scheint nicht vorhanden zu sein; mein Begleiter kann jedoch seine diametral entgegengesetzten Bedürfnisse dort befriedigen. Völlig verstört kommt er aus dem adretten Gebäude mit dem der Landschaft harmonisch angepaßten Zeltdach heraus: "Geh' doch mal da rein und schau, ob ich 'ne Halluzination hab' oder ob da wirklich keine Türen an den Scheißhäusern sind!?" Konterniert folge ich dieser Aufforderung und erblicke dort alles andere als stille Örtchen. Ich kann mich zwar nicht erinnern, auf einer deutschen Autobahntoilette jemals eine derartig klinische Sauberkeit angetroffen zu haben, aber trotzdem...dieser Anblick spornt den Schließmuskel zu neuen Höchstleistungen an. Nachdem ich mich vergewissert habe, daß ich hier wirklich alleine bin – eine Aufgabe, die die fehlenden Türen wesentlich erleichtern –, ziehe ich die Nikon aus der Tasche und banne diesen für europäische Augen unfassbaren Anblick auf Zelluloid (Verzeihung, bevor ich von Kodak dafür gesteinigt werde: es dürfte wohl eher Tri-Acetate oder Ektar sein). York hat insgesamt vier Autobahnausfahrten, was uns in der Meinung bestätigt, hier wohl eine angemessene Übernachtungsmöglichkeit zu finden. Wir wählen die Ausfahrt "Market Street", denn das klingt zentral. Die relevanten Hotelketten sind dort auch vertreten, sodaß wir uns unverzüglich einquartieren können. "So und jetzt fahren wir downtown, essen" – höre ich. "Wo soll hier denn downtown sein?" In mir nagt der Verdacht, daß wir an diesem ruhigen Ort direkt an der träge schlagenden Pulsader Yorks sitzen. Nachdem wir die Market Street auf und ab gefahren sind und einige Absteher in dunkle Nebengassen (kilometerweit totes Einfamilienhaus an totes Einfamilienhaus) gemacht haben, beschließe ich, daß downtown wohl unser Ausgangspunkt war. Schließlich kommen wir in unserem eigenen Hotel doch noch zum Abendessen. Zuerst wollen wir protestieren, als uns zum Brot dieser Icecream-Becher hingestellt wird. Dann stellen wir fest, daß die vermeintlichen Eiskugeln aus Butter sind. Auch nach einstündigem Herumstehen auf unserem Tisch, nachdem wir das Hauptgericht längst vertilgt haben, bleiben die Kugeln in Form, ohne zu schmelzen oder in sich zusammenzusacken. "This butter is predominantly natural milk..."

20.3. Nachmittag, Harrisburg, PA Entgegen einer weitverbreiteten Annahme ist nicht Philadelphia die Hauptstadt von Pennsylvania, sondern Harrisburg, dessen Ruf Europa erst durch einige Pannen des dort beheimateten Atomkraftwerks erreichte. Harrisburg hat mit sechzigtausend Seelen ungefähr doppelt soviel Einwohner wie unsere letzte Schlafstätte York. Dabei war in York keine einzige Wohnmaschine zu sehen, Harrisburg hat immerhin ein paar Hochhäuser. Jeder europäische Bürgermeister einer Stadt dieser Größenordnung würde sich schämen, so wenig Beton ins Bild gebracht zu haben.

Statt dessen hat Harrisburg mit dem State Capitol ein Parlamentsgebäude, das man eher in Italien vermuten und dort als Renaissance-Palazzo bewundern würde. Dieses Gebäude wirkt durchaus nicht so, wie sich Lieschen Müller den amerikanischen Antik-Abklatsch vorstellt... nicht wie Pappmache, sondern wesentlich echter als beispielsweise unser Neuschwanstein. Trotzdem walten darin die IBM-PC's und im Sitzungssaal zeigt bei namentlicher Abstimmung ein Leuchtdioden-Display an der Wand, welcher Abgeordnete wie votiert hat.

Was ist die AECYA?

Anzeige

Seit etwa einem Jahr hat die AECYA, die American-European Community Youth Association auch eine deutsche Sektion. Bereits länger besteht der Verband in den USA, in Europa gibt es außerdem noch eine britische Sektion, in Frankreich steht die Gründung einer Sektion kurz bevor. Die AECYA will dafür sorgen, daß die auf beiden Seiten des Atlantiks bestehenden großen Informationslücken nach und nach beseitigt werden. Sie will für eine engere Bindung der Menschen an die befreundeten Völker sorgen. Sie will vor allem junge Leute an eine sachliche Einstellung zum europäisch-amerikanischen Verhältnis herangeführen.

Gerade bei dieser Altersgruppe liegt eine außerordentliche Gefahr für die atlantischen Beziehungen vor, wenn sie ohne weitere, tiefer gehende Informationen in den kommenden Jahrzehnten in die politische Verantwortung hineinwachsen sollte. Deshalb wendet sich die AECYA vorrangig an junge Multiplikatoren, die das erworbene Wissen auch weitergeben können, um in einer Art von Schneeballsystem Kenntnis und Verständnis zu verbreiten. Dabei versteht sie sich aber keineswegs als ein esoterischer Club. Im Gegenteil: man will möglichst vielen Gelegenheit geben, Mitglied in der AECYA zu werden. Kennzeichnend dafür ist das Beitragsgefüge, das für Einzelmitgliedschaften einen Jahresbeitrag von nur 20.-DM vorsieht; Hemmschwellen für Schüler und Studenten sollen vermieden werden.

Auch Institutionen (Verbände, Firmen) können und sollten AECYA-Mitglied werden. Hier liegt die Höhe des Mitgliedschaftsbeitrags bei 100.-DM jährlich. Alle Interessenten können sich an die Geschäftsstelle der Deutschen Sektion der AECYA, Hintere Gasse 35/1, 7032 Sindelfingen wenden.

Der AECYA ist es in Deutschland binnen kürzester Frist gelungen, wegen ihrer Funktion zur Förderung der Völkerverständigung als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt zu werden. Deshalb sind alle Mitgliedschaftsbeiträge steuerlich absetzbar. Dasselbe gilt für Spenden, auf die die AECYA angewiesen ist: trotz ehrenamtlicher Arbeit aller ihrer Vorstandsmitglieder und trotz vieler unentgeltlich erbrachter Sachleistungen ist gerade die Informationsarbeit mit erheblichen Kosten verbunden.

Diese äußerst wichtige Aufgabe der AECYA ist wirklich unterstützenswert. Deshalb sei hier auch die Spendenkontonummer der AECYA bekanntgegeben: 9 800 004 bei der Deutschen Bank, Bankleitzahl 600 700 70. Neben der Förderung einer guten Sache bekommt der Spender mit seiner Steuerersparnis ja auch gleich noch eine Belohnung.

H.W.

Nach einem anstrengenden Sitzungs-Vormittag sei den Parlamentariern ihre Mittagspause gegönnt. Trotzdem bleibt der Bekannte unseres Freundes ohne die leiseste Ungeduld stehen und begrüßt uns mit "Guten Tag. Wie geht es Dir?", womit er kundtut, daß ein anständiger Pennsylvanier entweder deutscher oder holländischer Abstammung ist. Die Chance, sich aus erster Hand über die europäische Politik, das unbekannte Wesen, zu informieren, nutzt er begeistert. Bald bildet sich ein parteienübergreifender Gesprächszirkel, dem sich auch der schwarze Parlamentspräsident anschließt, welcher stolz seine holländische Herkunft bekundet.

Demokratische wie republikanische "State Representatives" lauschen fasziniert der Information, daß es so etwas, wie ein Europäisches Parlament gibt. Fakten über die Hintergründe des sich ausbreitenden Anti-Amerikanismus in Europa saugen sie gierig auf. Ja, um Himmels willen, haben die denn gar keine Ahnung? Das sind immerhin Parlamentarier, vergleichbar mit deutschen Landtagsabgeordneten!

Nun, sie sind keineswegs borniert-isolationistisch. Ganz im Gegenteil, sie sind geradezu lerneifrig, machen eine ganz neue Erfahrung, lernen Europa gerne mit ganz anderen Augen sehen. Was bisher in ihren Augen eine völlig unverständliche Ansichtskarten-Idylle war, deren Politik sich jeglichem Begriffsvermögen entzog, wird begreifbare Realität.

Am International Airport werden wir unseren Buick los und checken unser Gepäck gleich nach Deutschland durch. Das Mädchen am Counter der US AIR, das wir fragen, ob diese Durchcheck-Möglichkeit das einzig Internationale am Harrisburg International Airport sei, antwortet mit gespieltem Entsetzen "Oh no!". 1979 sei Amy Carter einmal von hier aus nach London geflogen, wozu man einen der Hangars zum "International Terminal" deklariert habe; außerdem flöge ab und an eine Chartermaschine nach Barbados. Es ist herzerfrischend, wie die Leute sich selber hier auf die Schippe nehmen können. Ein deutscher Provinzflughafen-Angestellter hätte vermutlich äußerst indigniert auf Anspielungen wie die unseren reagiert.

20.3. abends, New York, NY Nachdem die erste Attraktion des Fluges, die Überquerung des berüchtigten Atomkraftwerkes Three Mile Island verstrichen ist, fliegen wir schon geraume Zeit über vorstädtische Gegenden. Einfamilienhäuser mit ein bißchen Grün drumrum und – wenn's irgend geht – einem Swimming Pool. Das alles ist schon New York. Noch lange keine Wolkenkratzer. Außer den unübersehbaren Wohngebieten haben wir noch nichts von dem gesehen, was man gemeinhin mit New York assoziiert. Eine ungefähre Vorstellung von der Größe und der Bedeutung dieses Gemeinwesens vermittelt einem der "bus shuttle" zum U-Bahnhof. Minutenlang fährt er an nichts anderem als Parkplätzen vorbei.

Die Subway ist wieder ein Kapitel für sich. Verrufen genug, um einem deutschen Krimiautor Stoff für sein Lebenswerk zu liefern. Wir steigen ein und können uns nicht darüber einigen, ob die Subway hier oder die Metro in Paris dreckiger ist. Wir fahren schon fünf Minuten und noch immer sind wir nicht überfallen worden. In den vielen U-Bahnhöfen, die der unterirdische Airport-Sonderzug durchquert, fallen einem die Graffiti auf den herumstehenden Zügen auf. Natürlich fanden sich auch in New York ein paar Spießbürger, die sich darüber aufregten (in Stuttgart hätte man von denen sicher mehr gefunden...).

Aber die Subway-Verantwortlichen faßten den weisen Ratschluß, daß jede Farbe auf ihren grauen Zügen eigentlich nur eine Verbesserung darstellen könne... und seitdem fand sich niemand mehr, der die Wagen besprühen wollte. Die Lösung des Problems bestand darin, daß man ein paar Leute anheuerte, die Sprayer und Maler verjagen sollten, wodurch wiederum der sportliche Ehrgeiz der Gejagten angefacht wurde...und seitdem sind die Züge so bunt.

Eine Dreiviertelstunde hat die Fahrt vom Airport bis Downtown Manhattan gedauert. Jetzt beginnt die Terminplanung: wann müssen wir zurück, um unsere DC-10 nach Frankfurt noch zu erwischen? Das effizienteste innerstädtische Verkehrsmittel ist und bleibt in New York der Hubschrauber. Der nächste Helicopter-Terminal soll angeblich direkt beim World Trade Center sein, in dem wir uns gerade befinden.

Der Taxifahrer, dessen Chevy wir vor dem World Trade Center besteigen, ist dazu geeignet, einem endgültig alle Rassenurteile zu nehmen. Als wir ihm, der eifertig vorgefahren war, als wir an den Randstein traten, erklären, daß wir zum Helicopter-Terminal wollen, bekommen wir zur Antwort: "Oh, you don't need a taxi, it's just around the corner!" Ich versuche verzweifelt, mir irgendeine andere Stadt, irgendeinen anderen Taxifahrer auszumalen, der mir jemals gesagt hätte, ich brauche ihn nicht, mein Zielort sei gleich um die Ecke...

Das Helicopter-Terminal ist tatsächlich gleich um die Ecke, wenn wir es auch nicht gleich als solches erkennen. Erst als eine dieser Kaffeemühlen auf eine Ansammlung größerer Wohnwagen zufliegt und direkt davor landet, identifizieren wir die Trailors als unser Ziel. Nach einem in der späten Abenddämmerung besonders eindrucksvollen Rundflug landen wir wieder am TWA-Terminal auf dem John F. Kennedy-International Airport – zwischen dem World Trade Center und dem TWA-Terminal machen wir zweimal Zwischenlandung: an der 34. Straße und auf dem La Guardia-Airport.

24. 3. morgens Leonberg, Württ. In meinem Briefkasten befindet sich ein kurzes Dankschreiben eines der in Harrisburg visitierten Parlamentsmitglieder. Diesem liegt ein Handzettel bei, was alles er für seine Bürger zu tun bereit ist, angefangen bei den kleinsten Hilfestellungen in bürokratischen Fragen. Leider kann ich auch diesem Handzettel nicht entnehmen, ob der gute Junge eigentlich Demokrat oder Republikaner ist...

Wer verteidigt Irland?

Die Neutralität der Grünen Insel und die europäische Verteidigung

Irland ist das einzige EG-Mitgliedsland, das nicht gleichzeitig Mitglied der NATO ist. Traditionell neutral, gibt es für die Grüne Insel zwei Hauptgründe für seinen sicherheitspolitischen Status:

Einmal waren zu Beginn des Zweiten Weltkrieges irische Häfen noch britischen Nutzungsrechten unterworfen. Wäre hier keine Neutralität erklärt worden, so befürchtete der irisch-republikanische Präsident Eamon de Valera, wären die Häfen als deutsche Kriegsziele gefährdet und somit die junge Republik in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen gewesen.

Hauptgrund jedoch dürfte eine „Unabhängigkeits-Psychologie“ von Grossbritannien gewesen sein. Kritiker sprechen eher von einer Psychose, Verständnisvolle von einem bewußten und wohl verständlichen Abheben, einer Demonstration der Souveränität und Unabhängigkeit zu Großbritannien.

Der Preis, den Irland dafür zahlte, war der offen ausgesprochene sowjetische Verdacht, Sympathisant der Achsenmächte zu sein – weshalb Irland erst 1955 UNO-Mitglied werden konnte.

Die irische Sicherheitspolitik engagiert sich im Rahmen der UNO vorbildlich: Irren sind beteiligt am Einsatz von UNO-Friedenstruppen, irische Diplomaten engagierten sich im Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle. In jeder Phase des kalten Krieges – in den 50-er Jahren, aber auch in dem fortbestehenden Ost-West-Konflikt der Post-Detente – haben die Irren nie Zweifel daran gelassen, daß ihr Platz an der Seite derjenigen ist, die die christliche Zivilisation bewahren wollen im Angesicht einer kommunistischen Bedrohung. Dennoch blieben Irlands politische Kräfte besonders sensiblen in einer sonst in der EG nicht vorliegenden Weise: der Falkland-Konflikt, die US-Außenpolitik – dies sind eher Distanzfaktoren als Gegenstände irischer Politik der Zustimmung.

Warum sind Gedanken zum Thema Irland und europäische Verteidigung angebracht?

Irland hat, wie Finnland oder Österreich, keine effektive oder glaubwürdige Verteidigungsstreitmacht im Sinne anderer neutraler Länder (wie z.B. Schweiz, Schweden oder sogar Jugoslawien) bzw. der übrigen europäischen NATO-Mitgliedstaaten. Und nur langsam scheint man in Dublin darüber nachzudenken, daß Irland noch im Bereich der sowjetischen SS 20 Raketen liegt.

Irland hat weiter ein großes Mißtrauen gegenüber der NATO und allem, wo sein größerer Nachbar sicherheitspolitisch engagiert ist. Der neue Vertrag für eine Europäische Union, der in den nächsten Jahren die Entscheidung über sein Schicksal sehen wird, scheint das geeignete Instrument zu sein, einschließlich der Grünen Insel eine neue Struktur europäischer Verteidigung zu bieten, die auch ein neutrales EG-Mitglied akzeptieren kann. Die irischen Parteien haben durch ihre transnationale Einbindung in europaweite Fraktionen erste Impulse erhalten, die aber die dünne europapolitische Heim-Front noch kaum durchbrochen haben, als das Europaparlament in den letzten Jahren einige Male bahnbrechend über Sicherheitspolitik diskutierte.

So, wie die übrigen EG-Länder gegenüber Irland regionalpolitische Solidarität schulden, wird sich wohl in Dublin eine sicherheitspolitische Solidarität Irlands gegenüber der EG anbahnen. Irlands Rolle im Nordatlantik würde dabei sogar erheblich aufgewertet.

Z.

Weltraumrüstung und Science Fiction

von

Steffen Meier

Es gehört vor allem hierzulande oft zum guten Ton, Schreckensbilder eines atomaren Holocausts heraufzubeschwören, von vor kurzem noch als utopisch eingestuft. Laser- und Partikelstrahlwaffen ernsthaft zu spekulieren oder uns gar einen Weltraumkrieg a la "Star Wars" in Aussicht zu stellen. In der Tat hört sich die Entscheidung der amerikanischen Regierung, den Weltraum als wichtiges, wenn nicht gar entscheidendes Element in ihre militärstrategischen Pläne mit einzubeziehen, als Zukunftsmusik an. Solche Pläne existieren freilich schon seit geraumer Zeit. Ein ähnlich angelegtes "Project Defender" wurde bereits 1958 in Angriff genommen.

Dieses Projekt erlebt nun in den Plänen der Regierung, die von Präsident Reagan auf den Namen "High Frontier" getauft wurden, eine Wiedergeburt. Grundlage des ganzen Vorhabens ist es, sich nicht mehr nur auf die Drohung mit dem atomaren Zweit- oder Revanche-Schlag zu verlassen, sondern eine atomare Aggression präventiv, mit Hilfe eines gut ausgebauten Verteidigungssystems unmöglich zu machen oder zumindest extrem zu erschweren. Dieses Verteidigungssystem basiert dabei auf zwei Faktoren, nämlich auf der Boden- und auf der Weltraumverteidigung. Die Bodenverteidigung, mit deren Hilfe bereits heute der Gefahr eines sowjetischen Angriffsschlages gegen landgestützte amerikanische Streitkräfte begegnet werden kann, wird bekanntlich von Interkontinentalraketen (ICBM, SLBM) getragen, die alsbald von den neuen MX-Raketen abgelöst werden sollten. Die militärische Nutzung des Weltraumes, die sich noch im Planungs- und Experimentierstadium befindet, sollte sich eines Satellitensystems von etwa 400 gürtelförmig angeordneten künstlichen Erdtrabanten bedienen, die kontinuierlich über den sowjetischen Raketenarsenalen auf einer geostationären Umlaufbahn die Erde umkreisen würden.

Daniel O. Graham, Leiter der Planungsgruppe des "High Frontier"-Projektes meint hierzu, daß in diesem Fall "Laser und andere technischen Exoten gar nicht nötig sind", kleine und billige Satelliten könnten mit den bereits heute bekannten Möglichkeiten konventioneller Art bei einem sowjetischen Angriff etwa 90% der Raketen abfangen. Ein solcher Satellitengürtel hat laut Graham noch einen weiteren Vorteil: man müßte sich nämlich, um seine Raketen effektiv (ein wohl sehr nüchternes Wort für kalkulierte Massenvernichtung) an das Ziel zu bringen, zuerst einmal einen Korridor durch das Satellitenverteidigungssystem bahnen, was, sofern technisch überhaupt möglich, viel zu viel Zeit kosten würde, weshalb von einem überraschenden Erstschatz gar nicht mehr die Rede sein könnte. Kurzfristig würde dieser Satellitengürtel eine amerikanische Überlegenheit bedeuten, die sich aber, wie Graham es versichert, niemals Anlaß zu einem amerikanischen Erstschatz geben könnte. Langfristig wäre dieses "High Frontier"-System ein erster Schritt zu einem totalen Verteidigungssystem, das einmal vielleicht sogar land- wie seegestützte Laserwaffen einschließen würde, um dadurch jedweden Einsatz atomarer Waffen zu verhindern. Der Kosten-Nutzen-Koeffizient würde jedenfalls positiv ausfallen. Nach Graham kostet ein solches System etwa 25 Milliarden Dollar, was etwa auch den Angaben des Pentagon entspricht. Auch der Nutzen für die friedliche Erschließung des Weltraums wäre langfristig betrachtet außerordentlich groß. Schließlich lassen sich

Erkenntnisse der Laser- und Satellitenforschung in zivilen Forschungs- und Produktionsbereichen ebenfalls sehr gut anwenden. Sollte es gar eines Tages zum Bau einer Raumstation kommen, so könnten Forschungsprogramme durchgeführt werden, von denen Wissenschaftler heute aus Kostengründen nur träumen können.

Die Verwirklichung des "High Frontier"-Programms wird von der US-Regierung schrittweise vorangetrieben. Das US-Parlament billigte bereits 1983 ein Weltraumrüstungsbudget von offiziell 19,4 Milliarden Dollar. Diese Mittel werden von einem Planungsstab im Pentagon ("Space Command") bei der technologischen, wirtschaftlichen und militärischen Planung des "High Frontier"-Programms verwendet. Die US-Luftwaffe hat zugleich die ersten Versuche mit neuen Anti-Satelliten-Raketen gestartet. Für die nächsten Schritte der Entwicklung des "High Frontier"-Programms, für die "Strategischen Verteidigungsinitiativen" (Strategic Defense Initiatives) beantragte die US-Regierung etwa 4 Milliarden Dollar. Über die Bewilligung dieser Mittel wird das Parlament bei den Beratungen des Verteidigungshaushaltes entscheiden. Die Regierung hat letztlich gute Chancen, die Zustimmung des Parlamentes in dieser Frage zu erhalten. Das Parlament hat 1983 bei der Bewilligung des Weltraumrüstungsbudgets die Bewilligung der Mittel für die "Strategischen Verteidigungsinitiativen" mit der Erfüllung zweier Auflagen durch den Präsidenten verknüpft. Präsident Reagan erfüllte diese Auflagen, indem er erstens dem Parlament seine globalen Abrüstungsinitiativen erläuterte und indem er zweitens die Realisierung des "High Frontier"-Programms für "notwendig zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit" erklärte. Obwohl an der langfristigen Durchführung des gesamten "High Frontier"-Programms kaum Zweifel angebracht sind, ist es im Wahljahr 1984 damit zu rechnen, daß die Mehrheit der Parlamentarier die Spielräume des Repräsentantenhauses gegenüber dem Präsidenten zwecks parteipolitischen Taktierens nutzen und die Freigabe der Mittel für einzelne Teile des Programms vorübergehend blockieren wird. So strich das Repräsentantenhaus bei den Haushaltsberatungen Ende Mai vorübergehend und im Rahmen genereller Haushaltskürzungen den Teil der Mittel, der zur serienmäßigen Produktion von Anti-Satelliten-Raketen vorgesehen war und auch die vom Verteidigungsausschuß bereits bewilligten Mittel zur Fortentwicklung dieses Teilprogramms. Ausmaß und Zeitpunkt dieser Streichungen zeugen eindeutig davon, daß das gesamte "High Frontier"-Programm dadurch lediglich eine vorübergehende Verzögerung erfährt.

Was die europäischen Verbündeten betrifft, so wurden sie von US-Verteidigungsminister Weinberger über das "High Frontier"-Programm (auch im Hinblick auf die Sicherheit Europas) erstmals im April 1984 unterrichtet. US-Unterstaatssekretär Perle erklärte zusätzlich, daß das Programm einzig dem Ziel dient, jeden nuklearen Krieg zu verhindern und auch die Sicherheit Europas in erhöhtem Maße zu garantieren, wobei die US-Regierung auch im Falle einer eigenen militärischen Überlegenheit diese niemals zu einem atomaren Erstschlag ausnützen würde. Während in Großbritannien und in der Bundesrepublik die regierungsamtliche Meinungsbildung über eine europäische Beteiligung am "High Frontier"-Programm noch voll im Gange ist, hat der französische Staatspräsident Mitterrand lebhaftes Interesse an einer solchen Beteiligung signalisiert.

Die Pläne der amerikanischen Regierung haben natürlich etliche Kritiker im In- und Ausland auf den Plan gerufen, die dem "High Frontier"-Programm jede Effizienz absprechen. Am Häufigsten wird dabei die Kostenberechnung der Regierung angezweifelt, manche Kritiker rechnen fast mit den zehnfachen Ausgaben,

was allerdings bei nüchterner Betrachtung doch etwas zu hoch gegriffen scheint. Des Weiteren wird angezweifelt, ob ein solches Verteidigungsnetz überhaupt sinnvoll wäre. Man befürchtet, man könnte erst dadurch einen sowjetischen Erstschlag provozieren, sähen sich doch die Sowjets in diesem Fall, ohne selbst ein solches System zu besitzen, endgültig überrundet und ins Abseits gedrängt. Zudem könne ein solches Sicherheitsnetz trotz allem nie hundertprozentige Sicherheit garantieren. Die Sowjetunion bräuhete nur die Zahl ihrer Interkontinentalraketen beträchtlich zu erhöhen, schon würde sie ihre mögliche "Trefferzahl" ebenfalls erhöhen. Diese Einwände rechnen freilich nicht damit, daß auch das sowjetische Angriffspotential bestimmten Unsicherheiten seiner Einsatzfähigkeit unterliegt und daß gerade ein Satellitenverteidigungssystem, wie es im "High Frontier"-Programm vorgesehen ist, den Effekt althergebrachter Trefferzahlsteigerungsmethoden sowie heute noch bedrohlicher Erstschlagoptionen auf ein Minimum reduziert.

Anderer Kritiker des "High Frontier"-Programms spielen auf den sog. "elektromagnetischen Impuls" an: man könnte mit einer einzigen in großer Höhe gezündeten Wasserstoffbombe im großen Umkreis die Elektronik zahlreicher Satelliten nachhaltig funktionsunfähig machen. Ein 1967 geschlossener Vertrag verbietet zwar die Stationierung von Massenvernichtungsmitteln im Weltraum, doch ist fraglich, ob er im Ernstfall auch tatsächlich eingehalten würde. Dieser elektromagnetische Impuls beschädigt zwar auch die eigenen Satelliten, bei einem günstigen Einsatz ließe jedoch der Verlust derselben in einer strategisch hinnehmbaren, begrenzten Größenordnung halten. Zudem ist das militärische Kommunikationssystem der UdSSR nicht in dem Maße von einem Satellitennetz abhängig wie das der USA. Die gegenwärtige Lage ist für den Westen gewiß nicht unproblematisch. Denn noch verfügen die USA über ein einsatzbereites Weltraumverteidigungssystem nicht; noch ist die UdSSR bisher die einzige Militärmacht, die einsatzbereite Killersatelliten auf einer Erdumlaufbahn besitzt. Somit ist es nicht undenkbar, daß die sowjetische Militärführung versucht sein könnte, die Kommunikationssatelliten des Typs "Milstar" (Military Strategic Tactical and Relay System) und die "globalen Positionsbestimmungssysteme" (Global Positioning System) mit Hilfe ihrer Killersatelliten zu beseitigen und damit die Einsatzfähigkeit der weit von der Heimatbasis entfernt operierenden Fernbomber sowie Atom-U-Boote der westlichen Supermacht empfindlich zu stören bzw. zu beeinträchtigen.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es als überaus verständlich, wenn Präsident Reagan Verhandlungen mit der Sowjetunion über das Verbot von Weltraumwaffen strikt ablehnt. Einen diesbezüglichen Vertrag mit der Sowjetunion anzustreben wäre nach dem Präsidenten "aussichtslos", da die damit verbundenen Abmachungen "technisch nicht überprüfbar" seien. Diese Haltung verschönert nun nicht gerade das Bild Amerikas in der westeuropäischen Öffentlichkeit, was wiederum die Sowjets zu keineswegs uneigennütigen Versuchen zu verleiten pflegt, eben diese Öffentlichkeit im Sinne eines sowjetfreundlichen Drucks auf die eigene Regierung zu beeinflussen. Die Amerikaner betrachten jedenfalls allgemein anerkennungsfähige Überprüfungsgarantien als integralen Bestandteil eines solchen Abkommens, während die Sowjets lediglich einen Abschluß anstreben und am Liebsten erst gar nicht über Verifikationsregelungen reden wollen.

Auch lassen sich Verhandlungen über Einstellung oder Begrenzung von Weltraumwaffen nicht nach den selben Regeln führen, wie etwa im Falle nicht weltraumgestützter Angriffs- oder Verteidigungssysteme. Bei einem generellen Ver-

bot wären auch die Transportsysteme eingeschlossen und man kann es sich leicht vorstellen, was das für die amerikanische Raumfahrt bedeutete. Das Mißtrauen spielt auf diesem Felde eine wesentlich größere Rolle, als bei den sonstigen Diskussionen der Rüstungskontrolle, wirkt sich doch eine Verschiebung des Mächtigkeitsgleichgewichts, der berühmten "balance of power" im Weltraum entscheidender aus, als ein Vor- oder Nachteil auf anderen Gebieten der Rüstung. Man darf also annehmen, daß solche Verträge nur in einem verifizierbaren Rahmen und nur nach Einstellung eines realen Gleichgewichts der Kräfte im irdischen Weltraum geschlossen werden könnten.

Nichtsdestotrotz sind die Möglichkeiten, die sich auch nur aus einer militärischen "Erschließung" des Weltraums ergeben, vom größten wissenschaftlichen, technologischen, wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Interesse. Sie sind dementsprechend oft auch Gegenstand von Diskussionen und Spekulationen. Die Möglichkeit eines "Krieges im Weltraum" ist nun einmal gegeben und sie wird es nach erfolgter Installation des "High Frontier"-Systems in erhöhtem Maße sein. Diesen Gedankenspielerien liegt natürlich die Idee eines atomaren Schlagabtausches, ja sogar eines viel beschworenen Holocausts zugrunde. Was noch vor wenigen Jahren ein Hirngespinnst von Science Fiction-Autoren zu sein schien, erweist sich heute zunehmend als Realität, der man sich im vollen Bewußtsein der daraus resultierenden ethischen und sittlichen Problematik stellen sollte.

Dieser Stand der Dinge enthüllt zugleich, daß die einschlägige Science Fiction-Literatur offenbar mehr Problembewußtsein und auch mehr Realitätsnähe besitzt als man ihr das zugestehen bereit ist. So spielen aggressives Verhalten, Kampfhandlungen und Krieg seit jeher eine wichtige Rolle in den Werken dieser Literatur, nur daß eben fremde Planeten oder die endlose Weite des Weltraums als Austragungsort der kämpferischen Handlung dienen. Nicht nur die Literatur hat sich der Extrapolation solcher Stoffe in die Zukunft angenommen, sondern auch Film und Fernsehen. So hatte der Film "Star Wars", der von diesem Thema, einem Krieg im Weltraum handelt, einen der größten Kassenerfolge der Filmgeschichte erzielt. Von der "Space Shuttle" führt möglicherweise ein weiter Weg zu einem "Todesstern" oder zu schnellen "Raumjägern", wie sie von diesem Film suggeriert wurden und auch die dort vorgeführten Laserwaffen sind heute noch Utopie, — allerdings eine zunehmend greifbar werdende Utopie, schaut man sich auf dem Gebiet der Antriebs- und Lasertechnologie genauer um.

Doch zurück vom Film zur Literatur. Hier scheint es fast zu einer wechselseitigen Befruchtung zwischen wissenschaftlicher Forscherelite und Science Fiction-Autoren gekommen zu sein: Wissenschaftler treten immer häufiger als Science Fiction-Autoren auf und mancher der Science Fiction-Autoren veröffentlichte auch schon mal etwas Wissenschaftliches oder zumindest Populärwissenschaftliches. Es ist nicht auszuschließen, daß mancher Wissenschaftler, der sich zum hobbymäßigen Ausgleich der vielfach verwandten, phantasiebedürftigen und informationshungrigen Science Fiction zugewandt hat — als prominente Beispiele mögen hier Jesco von Puttkamer, Isaac Asimow oder Ziolkowski stehen — hieraus irgendwelche Anregungen für sich oder für seine Kollegen bezogen hat. Autoren, die sozusagen ein Bindeglied zwischen beiden Gebieten, zwischen abstrakter Wissenschaft und utopischer Science Fiction bilden, sind trotz alledem auch heute noch dünn gesät.

Daß sich diese Literaturgattung immer schon "brennend aktuellen Problemen" zugewandt hat, zeigt die Geschichte der Science Fiction. So drehten sich die

Science Fiction-Romane bis Mitte unseres Jahrhunderts vornehmlich um die Existenz außerirdischen Lebens (inspiriert nicht zuletzt von der UFO-Welle der 40-er und der 50-er Jahre) und um die "Eroberung" des Weltraumes. Bei der Beschreibung der Weltraumgefährte war seit Jules Verne von Kanonenkugeln, Segelschiffen über Hyperantrieb-Giganttrauer bis relativ realistischen Vorwegnahmen der heutigen Weltraumschiffe nach Art der Space Shuttle so ziemlich alles nur Erdenkliche vertreten. Auch die Sputnik-Ära und die Mondlandung fanden ihren Niederschlag in der Science Fiction, — und sogar der Vietnam-Krieg. Als Beispiel dafür möge hier der seinerzeit viel beachtete Roman "The Forever War" des Vietnam-Kämpfers Joe Haldeman dienen, der die Fragwürdigkeit jeglichen Krieges, wie er sie empfand, in einer Science Fiction zu demonstrieren suchte. Sein Roman handelte von einem in ferner Zukunft spielenden Krieg zwischen Menschen und Außerirdischen, der lediglich aufgrund eines Mißverständnisses ausbricht.

Ein weiterer, sehr wichtiger Autor ist Isaac Asimow, der wie viele anderen nicht nur Science Fiction, sondern auch populärwissenschaftliche Essays schrieb und in seinen Werken schon vor vielen Jahren etwa die Problematik eines Atomkrieges oder größerer Raumfahrtunternehmungen anriß. Als komplementär dazu könnten die Atomkriegs- und Weltraumrüstungswettbewerbszenarios des vor kurzem verstorbenen Hermann Kahn gelten, der ein sehr gefragter Futurologe sowie ein ausgewiesener Naturwissenschaftler war.

In letzter Zeit hat Richard H. Lupoff Rassenkonflikte und deren kriegsartige Austragung im Weltraum zum Thema eines Science Fiction-Romans gemacht. In seinem Roman "Space War Blues" geht Lupoff sehr detailliert auf die mögliche Eskalation eines von Ideologen genährten und im Rassenwahn wurzelnden Konfliktes ein, der alsbald auf den gesamten Weltraum übergreift und dessen banaler Auslöser lediglich in der unterschiedlichen Anzahl der Hautpigmente bei schwarzen, weißen und gelben Rassengruppen besteht. Selbst in einer, sich hochentwickelter Technologien der Informationsverarbeitung, der Produktverfertigung und der Raumfahrt bedienenden Zukunftsgesellschaft bleibt die Möglichkeit dummer Kurzschlüsse und fataler Verbrechen eine ständige Bedrohung, — lehrt uns Lupoff.

Es bleibt nur zu hoffen, daß die Verwendung der Weltraumrüstung nicht weniger im Zeichen humaner Phantasie stehen wird als die oft ungewöhnlichen, zuweilen atemberaubenden Erkundungen über Möglichen sowie Künftiges, die wir immer schon der Science Fiction verdanken.

ASIEN IST EIN KÖRPER AUS WASSER UND ERDE,
DAS HERZ HEISST AFGHANISTAN,
SCHLÄGT DAS HERZ NICHT MEHR,
DANN IST DER KÖRPER TOT.

Was geschieht in Afghanistan?

von

Khalid Ahmad Dayani

Afghanistan hat zum ersten Mal größere Beachtung in der heutigen Weltöffentlichkeit gefunden, als es im Jahre 1979 von den Sowjets überfallen wurde. Wenn heute über dieses Land gesprochen wird, meinen manche, es könne zum "Vietnam der Sowjets" werden.

Das unbekannte Afghanistan existierte allerdings schon tausend Jahre vor Christi Geburt. Es hieß Aryana und seine hellenistischen, zoroastrischen und buddhistischen Kultureinflüssen ausgesetzte, indo-iranische Bevölkerung nannte man ursprünglich Arier. Im dritten Jahrhundert nach Christus bezeichnete man Afghanistan als "Chorasan", was soviel hieß, wie "Land des Sonnenaufgangs". Den heute allgemein bekannten Namen Afghanistan gab man dem Land erst im Jahre 1747, dem Geburtsjahr des modernen Afghanistan. In diesem Jahr gründete der Stammesführer der Paschtunen, Ahmad Schah ein großes Afghanenreich, das im Osten bis an den Indischen Ozean, im Norden bis nach Samarkand und Buchara und im Westen bis Mesched und Isfahan reichte. Dieses Königreich zerbröckelte nach seinem Tode — nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Interessen der einzelnen afghanischen Stämme.

In der Kolonialzeit stieß das expandierende Britische Imperium auch auf die tapferen und auf ihre Unabhängigkeit stolzen Afghanen. Insgesamt dreimal (1839-1842; 1878-1879 und 1919) biß sich der britische Löwe am harten afghanischen Knochen die Zähne aus. Die ersten beiden britisch-afghanischen Waffengänge endeten letztlich mit der völligen Niederlage der für damalige Verhältnisse modern ausgerüsteten Eindringlinge und sie zogen opferreiche britische Strafexpeditionen nach sich. Der dritte Waffengang war dagegen ein formeller: er wurde vom afghanischen Emir Amanullah mit dem politischen Ziel ausgelöst, durch ein kalkulierbares Friedensabkommen mit dem Britischen Imperium die heißbegehrte afghanische Souveränität endlich zu besiegeln.

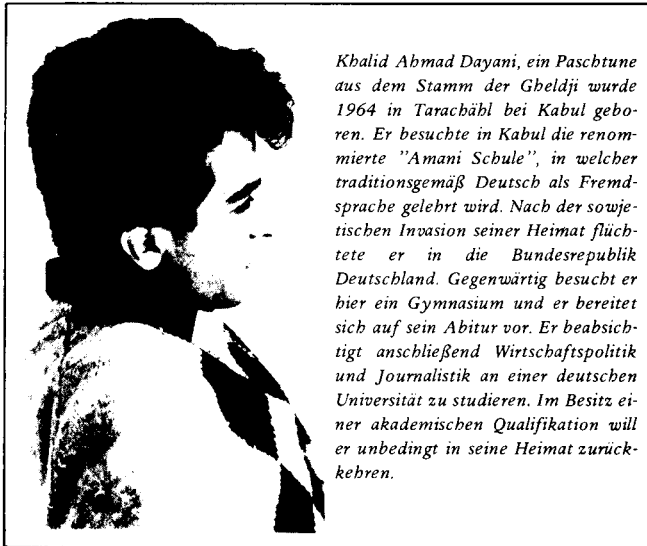
Die Engländer waren dank der kriegerischen Leistungen sowie Fertigkeiten der Afghanen niemals direkt im Lande vertreten. Sie vermochten dennoch, sich erfolgreich in die afghanischen Angelegenheiten einzumischen. Dank ihrer raffinierten Politik verstanden sie es immer wieder, Einfluß auf das afghanische Königshaus zu nehmen, das bei seinen Entscheidungen häufig mehr die britischen als die afghanischen Anliegen berücksichtigte. Mitten im britisch-afghanischen Krieg von 1878/79 installierte z.B. England den vom Volk verhaßten Marionetten-Herrscher Jakub Khan, der die Hälfte Beludschistans und Paschtunistans sowie den Khyber-Paß an Britisch-Indien abtrat — diese Gebiete verblieben bis heute bei Pakistan.

Hauptziel der englischen Afghanistan-Politik war es, durch die Einflußnahme auf Afghanistan einen Pufferstaat gegen die ebenfalls in dieser Region agieren-

den Russen zu schaffen. Das von den Briten beeinflusste Afghanistan sollte den russischen Imperialisten den Weg nach dem britischen Vizekönigreich Indien versperren und auf diese Weise den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen der britischen Kolonialmacht dienen. Diese ausbalancierende und zugleich abgrenzende Funktion behielt es trotz seiner formellen Unabhängigkeit, die es im Jahre 1880 erklärt hatte und 1919 im Vertrag von Rawalpindi auch von England endgültig und verbindlich anerkennen ließ, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Afghanistan war damit endgültig ein souveräner, unabhängiger Staat, der in einer geopolitischen Pufferzone die britische Einflusssphäre von der russischen trennte.

Nicht zuletzt dieser, teils lediglich geographisch, teils sogar von Außen gesetzten Zweckbestimmung des souveränen Staates Afghanistan ist es auch zuzuschreiben, daß eine staatspolitische Homogenisierung der einzelnen afghanischen Stämme nicht im gleichen Maße erfolgte, wie die Anmeldung des Anspruches auf Souveränität nach Außen. Diese Homogenisierung ist bis zum heutigen Tage nicht abgeschlossen und sie ist unter den gegenwärtig sehr ungünstigen Bedingungen im Entstehen begriffen.

Das afghanische Herrscherhaus machte nur unter dem seit 1926 als König regierenden, jedoch schon bald (1929) entmachteten Amanullah den Versuch, das mittelalterlich geprägte Land dem westlichen Fortschritt zu öffnen. Er reiste 1921 nach Moskau und vereinbarte mit den Sowjets die gegenseitige Anerkennung. 1927 reiste dieser König dann auch nach Deutschland und er traf sich mit Reichspräsident Hindenburg. Gemeinsam war Deutschen und Afghanen die



Khalid Ahmad Dayani, ein Paschtune aus dem Stamm der Ghelji wurde 1964 in Tarachäbl bei Kabul geboren. Er besuchte in Kabul die renommierte "Amani Schule", in welcher traditionsgemäß Deutsch als Fremdsprache gelehrt wird. Nach der sowjetischen Invasion seiner Heimat flüchtete er in die Bundesrepublik Deutschland. Gegenwärtig besucht er hier ein Gymnasium und er bereitet sich auf sein Abitur vor. Er beabsichtigt anschließend Wirtschaftspolitik und Journalistik an einer deutschen Universität zu studieren. Im Besitz einer akademischen Qualifikation will er unbedingt in seine Heimat zurückkehren.

Gegnerschaft zu England, wobei Deutschland auch deswegen von den Afghanen gerne akzeptiert wurde, weil es im Gegensatz zu den anderen europäischen Staaten keine Kolonialmacht war. Als Folge der Politik Amanullahs studierten afghanische Studenten in Europa, um die Kenntnisse zu erlangen, die zur Hinausführung des Landes aus seiner Rückständigkeit erforderlich waren. Sie wollten den Weg des Fortschritts gehen, der aber wurde ihnen durch die gelegentlich auch von den Engländern aufgewiegelte, alles in allem sehr konservativ eingestellte und fromme Bevölkerung versperrt. Der König mußte schließlich wegen dieser in bewaffneten Auseinandersetzungen artikulierten Widerstände abdanken und das Land verlassen; eine spätere diplomatische Intervention Deutschlands, die darauf abzielte, ihn wieder an die Macht zu bringen, scheiterte am "Njet" der Sowjets.

Seit diesen Geschehnissen hat es keine Versuche des Königshauses oder der politischen Führung mehr gegeben, das Land planmäßig zu entwickeln. Afghanische Politik befaßte sich nur mit den auswärtigen Angelegenheiten, eine afghanische Innenpolitik gab es so gut wie überhaupt nicht. Nach wievor wird die afghanische Innenpolitik von den einzelnen Volksgruppen bzw. Stämmen bestimmt, die ihre selbst betreffenden Entscheidungen unabhängig von der Zentralregierung treffen. Sie führen gemeinsame Beratungen nur in sehr seltenen Angelegenheiten durch, die ganz ohne Zweifel ihre gemeinsamen Interessen berühren, wie z.B. der Heilige Krieg gegen die sowjetische Besatzungsmacht, über den in einer "Loya Jirga" (Nationalversammlung) beraten wurde. Kennzeichnend für die innere politische Verfassung Afghanistans dürfte auch heute noch das alte Sprichwort sein: "Afghanen sind untereinander wie Vettern, gegenüber Fremden wie Brüder." Vettern können nun mal sehr unterschiedlicher Meinung sein.

Was Afghanistan von anderen Ländern der Dritten Welt unterscheidet, ist, daß es niemals eine Kolonie war, daß es in seinem territorialen und ethnischen Bestand weitgehend erhalten geblieben ist. Das heutige Afghanistan ist zwar kleiner als das von Ahmad Schah im 18. Jahrhundert geschaffene afghanische Großreich, — die Zaren haben im Nordwesten afghanisches Land erbeutet (Pandschde, Eshkabad) und zu Britisch Indien kam im Osten ein Teil Paschtunistans sowie Beludschistans mit 8 Millionen Einwohnern — aber das Reich Ahmad Schahs besteht in seinem Kernbereich heute noch. Afghanistan ist auch heute noch etwa doppelt so groß wie die Bundesrepublik. Es hat dabei nur 17 Millionen Einwohner. Über 4 Millionen Afghanen leben seit dem sowjetischen Überfall nunmehr in Flüchtlingslagern außerhalb des Landes, vor allem in Pakistan und im Iran. Die Zahl der Märtyrer, die infolge der sowjetischen Invasion im Kampf oder als notleidende Zivilbevölkerung von den Sowjets getötet wurden, dürfte nach zuverlässigen Schätzungen zwischen 800.000 und 1.000.000 liegen. Das Land ist sehr gebirgig und es hat vorwiegend Berge, die höher als 5.000 m sind. Die Hauptstadt Kabul liegt etwa 2.000 m über dem Meeresspiegel. Das Land ist trotz seiner einheitlich hohen Lage in verschiedene Klimazonen unterteilt.

Seit dem Ende des Britischen Imperiums hat sich der britische Einfluß auf Afghanistan zugunsten eines sowjetischen Einflusses allmählich verringert. Der russische Traum von einem eisfreien Hafen für die Landmacht Rußland, den man seit Peter dem Großen träumt, war schon immer eine Triebkraft für die Russen, Einfluß auf Afghanistan auszuüben. Dieser Traum rückte nun in greifbare Nähe, nachdem die Russen bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts an der afghanischen Grenze standen. Dabei hat der russische Einfluß auf Afgha-

nistan nicht erst mit dem Einmarsch der Roten Armee begonnen, sondern bereits ab 1953, nachdem Mohammad Daud vom König Zahir Schah zum Ministerpräsidenten berufen worden war. Den später ins Land eingefallenen Soldaten der Roten Armee verschafften russische Ingenieure, die in den 50-er und 60-er Jahren gewiß nicht uneigennützig afghanische Fernstraßen bauten die Aufmarschwege. Russische Techniker halfen die afghanischen Erdgasvorkommen sowie weitere Bodenschätze (Kohle, Schwefel, Eisen, Chrom, Gold, Silber, Beryll, Kupfer, Zink, Barit, Merkurium, Antimonium, Wolfram, Fluorit, Bauxit, Uran) zu erschließen und den Abtransport dieser Rohstoffe in die Sowjetunion zur Bezahlung russischer Waffenlieferungen zu sichern. Die afghanischen Rohstoffe werden dabei von den Sowjets weit unter dem Weltmarktpreis abgerechnet. Die afghanische Armee wurde zunehmend von sowjetischen Militärberatern ausgebildet und diese betrieben ungehindert die Indoktrination des afghanischen Offizierskorps mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Die Folge des andauernden sowjetischen Einflusses auf das Land war schließlich, im Jahre 1973 der Staatsstreich gegen die mittlerweile konstitutionelle Monarchie durch den 1963 vom König Zahir Schah entlassenen Ministerpräsidenten Mohammad Daud.

Daud wollte die Unabhängigkeit des Landes ganz gewiß erhalten, er mußte aber politische Rücksicht auf diejenigen nehmen, die ihm den Putsch mit Hilfe in Moskau ausgebildeter, marxistisch-leninistisch geschulter Offiziere ermöglicht hatten: auf seine sowjetischen Freunde. Diese verlangten von ihm lediglich, daß er den sowjetischen Einfluß auf Afghanistan wachsen ließ und sie nahmen es sogar im beschränkten Rahmen hin, daß er die afghanischen Kommunisten, ja sogar die moskaufreundlichen und sehr vorsichtigen Kommunisten nach Möglichkeit von der Macht fernhielt, — sie sorgten aber gleichzeitig dafür, daß im Lande ein streng moskauhöriges, kommunistisches Bürgerkriegspotential eingerichtet wurde, mit dessen Hilfe Moskau den Verlauf des späteren Bürgerkrieges erfolgreich bestimmen konnte. Dauds diktatorische Art, seine Neigung, Entscheidungen allein zu treffen mögen viel von seinen wertvollen politischen Führungsqualitäten verdeckt haben. Sein Ende kam 1978, als er seine russischen Gehilfen in einem, von seiner früheren Politik abweichenden Umfang aus dem Lande entfernen wollte, um das Land — der Idee der Blockfreiheit entsprechend — auch dem Westen wieder zu öffnen. Dieses Verhalten war nicht etwa von grobem Undank geprägt, sondern es resultierte nur aus der Erfahrung, daß die Russen nur sehr bedingt halfen, wenn es um die wirklichen Interessen des Landes ging. Ein weiterer, ebenfalls sehr wichtiger Grund für Dauds Sturz war die vorausgegangene Berufung unqualifizierter Mitarbeiter in Schlüsselpositionen. Es kam somit erneut zum Putsch, diesmal aber gegen Daud und wieder unter ausdrücklicher Unterstützung der Sowjetunion. Die neue Regierung nannte sich sozialistisch.

Am 27. April 1978 kam nun die Khalq-Fraktion der moskautreuen Kommunistischen Partei, die bis dahin bzw. bis heute nur sehr wenige Mitglieder hatte mit ihrem Parteichef Taraki an die Macht. Taraki wurde Staatspräsident, sein Ministerpräsident hieß Amin, ein Mann, dem sehr gute Beziehungen zur Armeeführung nachgesagt wurden. In September 1979 wurde Taraki unmittelbar nach seiner Rückkehr von einem Moskau-Besuch und noch bevor er hätte gegen Amin vorgehen können im Laufe eines erneuten Militärputsches entmachtet und hingerichtet: an die Spitze gelangte nun Amin. Auch er wurde nach kurzer Amtszeit auf Anweisung Moskaus und schon mitten in der sowjetischen Invasion im Dezember 1979 von politischen Gesinnungsgenossen ermordet. Wie zu-

vor Taraki, so erschien nun auch Amin der Sowjetführung als zu unzuverlässig.

Die Sowjets befürchteten, weder Taraki, noch Amin könnten mit dem immer heftiger gewordenen Widerstand des Volkes gegen das afghanische Modell der "sozialistischen Revolution" fertigwerden und die Fäden noch länger in der Hand halten. Sie entschieden sich deshalb zu einer direkten militärischen Intervention, um über das strategisch wichtige Afghanistan zu verfügen. Am 27. Dezember 1979 marschierte die Rote Armee in Afghanistan ein und setzte den moskauhörigen, der Parcham-Fraktion seiner Partei angehörenden Kommunisten Babrak Karmal als Chef einer Marionettenregierung an die Spitze des Staatsapparates. Karmal, der früher einem der kurzlebigen Kabinette Dauds angehörte und später auf den Posten des afghanischen Botschafters in Prag abgeschoben wurde, lebte seit geraumer Zeit in sowjetischem Exil; er wurde im Verlauf der Invasion nach Kabul eingeflogen, um die Sowjets um eine Intervention zu bitten. Unter seiner Regierung vollzog sich eine beispiellose Erosion des afghanischen Staatsapparates, wobei Fachkräfte aus Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Bildungswesen, Sport und Medienbereich massenweise ins Ausland flüchteten; Dreiviertel des Personalbestandes der afghanischen Armee desertierte oder lief unmittelbar zu den Freiheitskämpfern über.

Mit dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan vor mehr als vier Jahren begann die unbeschreibliche Tragödie eines ganzen Volkes. Dieser grausame Überfall forderte bis heute eine Zahl von Toten, die die Kriterien des Genozid erfüllt. Die hauptsächliche Leidtragende dieses Überfalls ist die wehrlose afghanische Zivilbevölkerung, wobei die sowjetische Frühjahrsoffensive dieses Jahres davon zeugt, daß die Rote Armee im Rahmen einer neuen Strategie die Angriffe auf zivile Ziele massiv verstärkt. Die vier Millionen Afghanen, die in die ohnehin armen Länder Pakistan und Iran flüchteten, leben dort in Lagern unter teils menschenunwürdigen Verhältnissen. Die sowjetische Führung läßt sich von den entsprechenden, unter großer Mehrheit gefaßten Resolutionen der UNO, oder gar von den entsprechenden Stellungnahmen der US-Regierung und des Europäischen Parlamentes, die allesamt eine politische Lösung des Afghanistan-Konfliktes bei Abzug aller sowjetischen Truppen und bei Wiederherstellung der afghanischen Souveränität vorschlugen in keinster Weise beeindrucken. Auch pakistanische, iranische und indische Vermittlungsbemühungen, die eine ähnliche Lösung anstrebten und die aus der Sorge dieser Länder geboren wurden, der Konflikt könnte mit unabsehbaren Folgen eskalieren, scheiterten an der Haltung der Sowjets. Die Rote Armee bombardiert und verwüstet nach wie vor afghanische Dörfer, landwirtschaftliche Anbaugelände und Bewässerungssysteme sowie Städte. Sie tötet dabei unschuldige Kinder, Frauen, Männer und Greise auch unter Verwendung chemischer Waffen. Man schätzt, daß etwa 70% des nutzbaren Landes zerstört und teilweise durch die chemische Kriegsführung verseucht ist.

Als in Vietnam der US-Oberleutnant Calley im Dorf My Lai rund 200 Zivilisten umbringen ließ, hörte die Weltöffentlichkeit davon und sie war so empört wie zuvor schon wegen Lidice, Oradour, Babij Jar und Katyn. Die Amerikaner mußten Calley vor Militärgericht stellen und aburteilen lassen. In Afghanistan gibt es heute unzählige sowjetische Calleys. Massenerschießungen in afghanischen Dörfern sind die grausame, die Menschenrechte wie das Völkerrecht eindeutig verletzende Folge. Ein Beispiel: das Dorf Zawah im östlichen Afghanistan. Die Sowjets griffen das 1000 Häuser zählende Dorf gleichzeitig mit Kampfhubschraubern vom Typ Mi 25 und mit Jagdbombern vom Typ Mig 21 sowie mit



Zwei afghanische Freiheitskämpfer beim Fototermin. Auffallend sind ihre Schußwaffen: die eine ist veraltet, die andere selbstgemacht.

Panzer- und gepanzerten Fahrzeugen an und machten es dem Erdboden gleich. Bei diesem "Ausradieren" der Ortschaft kamen viele Zivilisten um, nur einige konnten sich durch Flucht vor dem Massaker retten.

Trotz sowjetischer Bombardierungen, Erschießungen und Ausrottungsversuchen an der afghanischen Zivilbevölkerung wehrt sich mein Volk unerbittlich und zäh. Die afghanischen Freiheitskämpfer leisten erbitterten und erfolgreichen Widerstand gegen die sowjetischen Imperialisten. Durch hohe Kampfmoral und durch große Mobilität haben wir den Sowjets schon empfindliche Niederlagen und hohen Schaden zugefügt. Nach zuverlässigen Schätzungen wurden bis jetzt etwa 30.000 Rotarmisten in Kampfhandlungen getötet. Die Zahl gefangenommener Sowjetsoldaten steigt ständig, wobei diese Gefangenen oft Deserteure sind und unter dem Eindruck ihrer Kriegserlebnisse dem Kommunismus endgültig den Rücken kehren. Gelegentlich kam es sogar zu Hilfeleistungen moslemischer Rotarmisten für die Freiheitskämpfer ("Mudschahedin") bei deren Angriffen auf sowjetische Stützpunkte. Die im Frühjahr 1984 mit Schwerpunkt Pandschir-Tal eröffnete sowjetische Offensive, die im Zeichen massierten Menschen- und Materialeinsatzes stand, erwies sich für die Sowjets angesichts der Eigenarten des Guerilla-Kampfes als sehr opferreich und so gut wie unergiebig.

Der gerechte Kampf der Mudschahedins wird von allen Teilen der Bevölkerung unterstützt. Diese ist zu 99% auf ihrer Seite, denn sie teilt deren islamische Weltanschauung und nationale Gesinnung. Gerade der Glaube bestärkt die Menschen in Afghanistan, ihren Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit fortzusetzen. Dank der Befreiungsbewegung und der Solidarität des afghanischen Volkes sind inzwischen über 80% des Landes von der Roten Armee befreit. Diese kontrolliert außer ihren Stützpunkten und Versorgungswegen lediglich einige größere Städte, — die letzteren allerdings nur tagsüber, wobei sie zunehmend auch polizeiliche Funktionen erfüllen muß. Auch so mehren sich die Angriffe der Mudschahedin auf städtische Einrichtungen bei Tageslicht und die Versorgungslinien der Roten Armee werden von ähnlichen Angriffen oft unterbrochen. Ein Teil der von den Sowjets kontrollierten, mit Hilfe von Zwangsrekrutierungen am Leben erhaltenen afghanischen Armee kooperiert zum Teil ganz offen mit den Mudschahedin.

Die Auseinandersetzung mit imperialen Großmächten war und ist sozusagen Teil unserer ethnischen, nationalen und politischen Folklore. Der Kampf des 19. Jahrhunderts gegen den britischen Imperialismus ist nicht vergessen. Die Erinnerung an ihn trägt ganz entscheidend zum Selbstverständnis des kämpferischen, in der Not kriegerischen, sich keiner Unterdrückung beugenden Afghanen bei. Der zyklische, die Archetypen der Geschehnisse im ewigen Kreislauf wiederholende Zeitbegriff der Afghanen, die bis zu 85% Analphabeten sind und die Geschichte anekdotisch erfahren, läßt sie heute die Geschichte sozusagen noch einmal neu erleben. Wieder kämpfen wir gegen eine sich in unsere Angelegenheiten einmischende Großmacht mit imperialistischen Interessen und wieder kämpfen wir zugleich gegen eine verhaßte Zentralgewalt in unserer Hauptstadt Kabul. Auch ein einfacher Landsmann von mir vergleicht den Kommunisten Karmal mit Schah Schuja, der im 19. Jahrhundert von einer anderen Großmacht, von England vorübergehend als Marionetten-Emir eingesetzt worden war. Wie unsere Vorväter, die die Engländer vertrieben haben, so werden wir, — das ist meine und meiner afghanischen Brüder und Schwestern feste Überzeugung — auch diese neue Großmacht, die Sowjetunion aus Afghanistan vertreiben.

Es wird für die Sowjets und für andere Großmächte eine gute Lehre sein, erfahren zu müssen, daß Afghanistan zwar überrumpelt werden, vielleicht für kurze Zeit auch besetzt werden kann, daß am Ende aber wir Afghanen siegen werden, weil wir für unser Vaterland zu kämpfen wissen, mögen unsere Mittel noch so geringfügig, ja dürftig sein. Die Motive für den Freiheitskampf der Afghanen sind: Wahrung der Souveränität des Landes sowie der persönlichen und religiösen Freiheit und der stolze Wille, keinem fremden Herren zu dienen. Denen, die an unseren Sieg nicht glauben können oder wollen, weil sie ihn für einen Traum halten, kann ich nur entgegenhalten: jeder Traum kann mit Hilfe Allahs wahr werden, wenn man sich dafür in Tat und Wort einsetzt.



Dr. Jürgen Todenböfer, MdB händigt Medikamente an den afghanischen Freiheitskämpfer-Führer Junos Kholes im Februar 1984 an der pakistanisch-afghanischen Grenze aus.

Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages bat am 26. Mai 1982 einen Entschließungsantrag zur Lage in Afghanistan einstimmig verabschiedet und beschlossen, diesen Antrag dem Plenum des Bundestages zur Annahme zu empfehlen. Das Plenum des Deutschen Bundestages nahm diesen Antrag am 28. Mai einstimmig an. Unter einheitlicher Beteiligung aller Fraktionen beschloß damals der Bundestag unter anderem Folgendes: "Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf: a.) die afghanischen Flüchtlinge und die Freiheitskämpfer durch die Gewährung humanitärer Hilfe – insbesondere von Nahrungsmitteln und Medikamenten – zu unterstützen..."

Am 9. Juni 1984 debattierte der Bundestag erneut über die Lage in Afghanistan. Dabei wurde in einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen die Bundesregierung aufgefordert, die humanitäre Hilfe für afghanische Freiheitskämpfer und Flüchtlinge zu verstärken.

Das Zustandekommen dieses Parlamentsbeschlusses war unter anderem ein Verdienst des Bundestagsabgeordneten Dr. Jürgen Todenhöfer, der seit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan die dortigen Ereignisse mit besonders engagierter Aufmerksamkeit verfolgte. Er kümmerte sich von Anfang an um die Belange hilfsbedürftiger Afghanen sowohl vor Ort als auch hierzulande. Er unternahm einige Monate nach der sowjetischen Invasion Afghanistans dort einen spektakulären wie mutigen "fact finding visit" und er überreichte erst vor kurzem, in Februar 1984 während eines von der Konrad Adenauer Stiftung ermöglichten Aufenthaltes an der pakistanisch-afghanischen Grenze den afghanischen Freiheitskämpfern sowie Flüchtlingen Medikamente im Wert von 200.000,-DM. Im Laufe einer vielbeachteten Transaktion sorgte er anschließend dafür, daß ein schwerverletzter afghanischer Freiheitskämpfer, für dessen Genesung in Pakistan sogut wie keine Chancen mehr bestanden in eine Tübinger Universitätsklinik aufgenommen und dort auf den Weg der Heilung gebracht werden konnte.

Aktionen, wie die von Dr. Todenhöfer betreuten setzen die Hilfsbereitschaft unserer Öffentlichkeit voraus. Sie beruhen auf Spenden, auf die uns Sittlichkeit wie Vernunft gleichermaßen drängen. Wir veröffentlichen deshalb zwei Spendenkonten, auf die bitter benötigte Hilfsbeträge für afghanische Flüchtlinge sowie Freiheitskämpfer einbezahlt werden können und deren Inhaber dem Spender gerne eine Spendenbescheinigung ausstellen:

1. Kennwort: "Humanitäre Hilfe für afghanische Freiheitskämpfer"
Konto Nr. 074811106 (BLZ 38070059) Deutsche Bank, 5300 Bonn 1
Zuständig für Spendenbescheinigungen: VAF – Verein für afghanische Flüchtlingshilfe e.V. Kaiserplatz 3, 5300 Bonn 1

2. Kennwort: "Sanitäter für Afghanistan"
Konto Nr.: 9019 Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)
Zuständig für Spendenbescheinigungen: Bonner Friedensforum/ Bonner Afghanistan Komitee, Reuterstr.187, 5300 Bonn 1

KEIN ENDE DES BÜRGERKRIEGES IN CHILE?

Erinnern wir uns: in der stabilsten repräsentativen Demokratie Lateinamerikas, in Chile mündete die von dem Christdemokraten Edoardo Frei ab 1964 eingeleitete Ära sozial-liberaler Reformen in eine Ära sozialistischer Volksfrontpolitik. Liberale und Konservative haben sich 1966 nach schweren Wahlniederlagen zu einer "Nationalen Partei" zusammengeschlossen, während die demokratische Zustimmungsfähigkeit der reformerischen Christdemokraten rasch abgenommen hat. Damit verlagerte sich der Gegensatz von Regierung und Opposition zunehmend auf den Gegensatz von zwei politischen Standpunkten, die sich in der Deutung der Kriterien legitimer Herrschaft radikal unterschieden. Die regierenden Christdemokraten betrachteten Nationale wie Sozialisten als Teile derselben parlamentarischen Opposition und die Nationalen opponierten der Regierung im Sinne der gleichen Verfassungsauslegung. Die Sozialisten, die einerseits abbröckelnde Sozial-Liberale (aus allen Parteien), andererseits Kommunisten um sich versammelten, bekämpften jedoch Nationale wie Christdemokraten als einen einzigen politischen Feind, als ein mit dem Fortleben des Rechtsstaates und der repräsentativen Demokratie unlösbar verbundenes Hindernis auf dem Wege zu einem demokratisch herbeizuführenden Sozialismus. 1969 schlossen sich die Sozialisten sowie ihre sozial-liberalen und kommunistischen Verbündeten zu einem Volksfrontwahlbündnis (Unidad Popular) zusammen und sie erreichten 1970 bei den Präsidentschaftswahlen mit ihrem Kandidaten Salvador Allende 36,3% der Stimmen. Das war mehr als der jeweilige Stimmanteil der Christdemokraten und der Nationalen. Da sich diese jedoch nachwies als politische Gegner betrachteten, bildeten sie keine Koalition miteinander. Bei der Wahl des Präsidenten durch den Kongress zog der Christdemokrat Tomic seine Kandidatur zurück und der Kongress wählte Allende zum Präsidenten.

Seit 1968 versuchten linke und rechte Extremisten in Chile Voraussetzungen für einen Bürgerkrieg zu schaffen. Während der Amtszeit Allendes reifte die Polarisierung der Kräfte rasch heran und es entstand eine Situation, die als latenter Bürgerkrieg bezeichnet werden kann. Allendes umfassendes Nationalisierungs- und Umverteilungsprogramm hatte fatale Folgen: bis zu 1000% angestiegene Inflationsrate, zerrüttete Wirtschaft sowie Finanzen, bis zu 55% der Bevölkerung in der Rolle einer immer radikaler gewordenen Opposition, regierungsamtliche Feinderklärung an Unternehmer sowie an ausländische Investoren, Entstehung einer Zone möglicher sowjetischer Einflüsse mit der Folge wirtschafts- und sicherheitspolitischer Gegenmaßnahmen der US-Regierung, bedrohliche Überhandnahme der politischen Gewaltkriminalität links- und rechts-extremistischer Gruppen. Diese Faktoren verstärkten sich obendrein wechselseitig. Die Unidad Popular erreichte 1971 den Höhepunkt ihrer Akzeptanz, sie erzielte über 50% bei den Kommunalwahlen. Von nun an verschärfte sich die Krise dramatisch. Bei den Parlamentswahlen im April 1973 erzielte die Unidad Popular nur noch 44% der Stimmen, was angesichts der beispiellosen Aktivierung und Polarisierung der Wählerschaft einer kampfbereiten Opposition von 56% entsprach. Diese breite, sehr wohl international unterstützte Opposition bildete sich Schicht für Schicht gegen die ebenfalls international unterstützte Unidad Popular. Sie war eine Opposition, die zunehmend von ihren legalen politischen Kampfmitteln Gebrauch zu machen wußte (Demonstrationen, Streiks usw.), während die Linksextremisten auf bewaffnete Machtergreifung

sowie auf die Errichtung einer Tyrannei drängten und unter allmählicher Einschränkung der taktischen Spielräume Allendes die dazu erforderlichen Vorbereitungen trafen. Der offene Bürgerkrieg rückte in greifbare Nähe. Allende lieferte nur noch einen legalen Schutz für dieses Treiben und er schien bereit gewesen zu sein, seine persönliche und politische Existenz mit dieser Taktik unwiderruflich und ohne Kompromißbereitschaft verbunden zu haben. Am 22. August 1973 beschloß das chilenische Parlament eine Erklärung mit 81- gegen 47 Stimmen, in welcher mit dem Legitimationsgrad einer Verfassungsklage Allende eines umfassenden Verfassungsbruchs bezichtigt wurde und die Tolerierung der Regierungstätigkeit Allendes durch die mittlerweile einheitlich operierende Parlamentsmehrheit von der sofortigen Beendigung dieses Verfassungsbruchs abhängig gemacht wurde. Allende lebte diese Auflage am 24. August kategorisch ab. Die Streitkräfte haben zwar bis zu diesem Zeitpunkt verschiedene Abwehrmaßnahmen gegen Extremisten durchgeführt, sie blieben jedoch trotz provokativer Anschläge auf Generäle ihrer verfassungsmäßigen Loyalitätspflicht treu. Nun stellte sich die gleiche Loyalitätspflicht an der Schwelle zum offenen Bürgerkrieg neu. Das Exekutivorgan Armee konnte diese Pflicht nur erfüllen, wenn es als eine *pouvoir neutre* die Aufrechterhaltung der legalen staatlichen Ordnung durch die Ausrufung eines homogenisierenden Ausnahmezustandes sicherte. Die dazu benötigten Maßnahmen, die eine vorübergehende Außerkraftsetzung der Grundrechte zuließen, waren durch die chilenische Verfassung voll gedeckt und sie galten als eine Beseitigung von Hindernissen auf dem Wege zur Wiederherstellung der Gültigkeit der Verfassung. Die Armee war dementsprechend verpflichtet, bei steigender Gefahr eines offenen Bürgerkrieges durch die zwangsweise Einrichtung einer Diktatur vorübergehend für die Ausübung jeglicher politischer Macht zu sorgen, die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung einer repräsentativen Demokratie zu betreiben und die Diktatur in diese wiederhergestellte Ordnung überzuführen. In der Tat bildeten die Befehlshaber der drei Waffengattungen sowie der Chef der Polizei unter der Leitung Augusto Pinochets eine Junta, die am 11. September 1973 Allende ultimativ zum Rücktritt aufforderte. Nachdem Allende sich geweigert hatte, zurückzutreten und sich im Präsidentenpalast auf einen bewaffneten Widerstand vorbereitete, übernahmen die Militärs unter bewaffneter Gewaltanwendung die politische Macht im ganzen Land. Allende kam während des militärischen Angriffs auf seinen Amtssitz ums Leben. Die von breiten Volksschichten und von allen oppositionellen Parteien willkommen geheißen Diktatur der Junta führte allerdings nicht zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung Chiles. Die Befehlshaber der Waffengattungen schieden zwischenzeitlich aus der Junta aus, während General Pinochet, der sich reichlich mit Technokraten umgab, zunehmend Ambitionen entwickelte, an der Spitze eines rechtsextremistischen, mit Scheinparlamentarismus ausgestatteten und ständestaatlich organisierten Terrorregimes als "Caudillo" zu herrschen. Diese Ambitionen gipfelten bislang in dem Entwurf einer neuen, nicht liberalen, ständestaatlichen und anti-demokratischen Verfassung. Die Grundrechte blieben eingeschränkt, oft sogar mit den Füßen getreten, die demokratischen politischen Parteien und die Gewerkschaften blieben verboten, die Presse blieb zensiert, die Universitäten blieben gleichgeschaltet. In Ermangelung einer wirksamen öffentlichen Kontrolle mit Folgen für demokratische Wil-

lensbildungen, schlugen selbst die von qualifizierten Beratern vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sanierung von Wirtschaft und Finanzen letztlich fehl. Trotz internationaler Diffamierungskampagnen erklärten sich namhafte Vertreter der monetaristisch eingestellten "Chicagoer Schule" der Volkswirtschaftslehre wie Friedman, Stigler und von Hayek bereit, Anregungen für die erwähnten Sanierungsmaßnahmen zu geben. Während die monetaristische Theorie als maßvoll dosierte Impulsgeberin umfassender Wirtschaftsstrategien sich etwa in den USA nach 1980 und neuerdings auch in Großbritannien voll bewährt hatte, konnte sie in Pinochets Regime von subalternen wie dilettantischen chilenischen Epigonen der Chicagoer Schule, – nicht zuletzt wegen des Bedarfs des Regimes an materiell erkaufte politische Gleichgültigkeit, sowie wegen der unkontrollierten Korruption regimetreuer Technokraten – lediglich zur Herbeiführung eines Kollapses der chilenischen Volkswirtschaft mißbraucht werden. Ein allzu abrupter Abbau der staatlicher Subventionen sowie der Zollschränken ruinierte die chilenischen Unternehmen selbst auf dem Binnenmarkt, wo sie nun der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen waren; die allzu abrupte und keineswegs billige Gesundschumpfung des Staatsapparates ergänzte noch die Masse der Arbeitslosen, die sich aus dem Zusammenbruch chilenischer Wirtschaftsunternehmen und Banken ergab. Chile hatte 1983 eine Arbeitslosenrate von 30%. Unter diesen, durch den allzu hohen Ausrüstungsbedarf der Armee noch verschlimmerten Bedingungen führte der geförderte Zufluß von Auslandskapital allenfalls zu hohen Auslandsschulden – sie lagen 1983 bei 18 Milliarden Dollar. Die von der monetaristischen Theorie zur Ergänzung der Marktbefreiung sowie des knappen Geldes vorgeschriebene Flexibilität des Wechselkurses wurde zugleich nicht hergestellt und der Wechselkurs wurde zu lange künstlich hochgehalten. Die zunächst radikal gesenkte Inflationsrate blieb im Rahmen dieser Entwicklung bei immer noch etwa 10% stehen. Die weltwirtschaftliche Dekonjunktur erfaßte schließlich Chile mit sinkenden Kupferpreisen Anfang der 80-er Jahre mit voller Wucht. 1983 mußten sieben Banken vom Staat übernommen werden. Finanzminister Luder mußte entlassen werden und er wurde alsbald wegen Verstöße gegen das Bankengesetz, die er in seiner früheren Position als Vize-Präsident der chilenischen Hypo-Bank begangen haben soll, verhaftet und unter Anklage gestellt.

Der rasche Boom, an dem sich zwielichtige Glücksritter bereicherten und mit dem Pinochet 1978 ein Plebiszit zu seiner Amtsbestätigung mit 75% der Stimmen und noch 1980 ein weiteres Plebiszit über eine neue "Verfassung" mit fast 70% der Stimmen von einer politisch gleichgültigen und ohnmächtigen Bevölkerung erkaufte, ist nun endgültig dahin. Eine neue, an dem erhöhten und auf Verschuldungen fußenden Wohlstand gemessenen schmerzliche Welle der Verelendung machte sich breit, die auch die urbanen Mittelschichten und die Landwirtschaft erfaßte. Zugleich meldete sich erneut politischer Protest. Trotz geheimpolizeilicher Repression, trotz sich abzeichnender Tyrannei begannen die verbotenen Gewerkschaften und Parteien sich 1983 mit sechs "nationalen Protesttagen" wieder zu artikulieren. Politische Gewaltkriminalität machte sich am Rande des Protestes bemerkbar und das Regime reagierte mit einer Mischung von taktischen Kompromissen und verschärfter Repression. Welchen Verlauf das politische Geschehen in der langgestreckten Andenrepublik an der Pazifikküste sowie in der Nachbarschaft Argentiniens nehmen wird, ist im Lichte der Lateinamerika Politik der US-Administration ebenso wichtig wie im Hinblick auf die Möglichkeiten chilenisch-europäischer Kooperationen. Im diesjährigen Jahresbericht des State Department in Washington wurde beispielsweise die er-

neute Zunahme von Menschenrechtsverletzungen in Chile bei allen gleichzeitigen gegenteiligen Entwicklungen aufmerksam registriert. Unter den Bedingungen des Pinochet-Regimes könnte eine neue Antwort auf die Frage fällig werden, ob derjenige, der heute in Chile aus politischen Motiven Gewalt anwendet, von seinem legitimen Widerstandsrecht Gebrauch macht oder sich der Gewaltkriminalität schuldig macht. In Chile gärt es wieder und das Regime des General Pinochet dürfte kaum das sein, worauf diese Gärung möglicherweise hinauslaufen wird. Wir veröffentlichen deshalb einen aktuellen Erlebnisbericht über die gegenwärtige Lage der politischen Opposition in Chile aus der Feder der Münchner Journalistin Thea Schmitt, die erst vor kurzem einige Wochen in mehreren chilenischen Großstädten verbracht hat und dort auch einige Fotoaufnahmen machen konnte. I.B.

Chile: der überforderte Caudillismus

von

Thea Schmitt

Das Pinochet-Regime begann noch mitten im inzwischen zusammengebrochenen Wirtschaftsboom Chiles seine demokratisch nicht legitimierte Macht für längere Zeit durch ein neues Institutionensystem bzw. durch eine neue "Verfassung" abzusichern. Die neue "Verfassung", die 1980 beschlossen wurde, manifestiert folgendes politische Modell: das Militärregime bereitet langfristig die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für ein zukünftiges politisches Regime – die sogenannte "geschützte Demokratie" – vor. Dieses Regime zeichnet sich – unter letzlicher Kontrolle der Militärs – durch eingeschränkte politische Vertretungsmöglichkeiten aus. Die Herrschaftszeit der Militärjunta wird "Übergangsprozeß" (d.h. Übergang zur erwähnten "geschützten Demokratie") genannt.

Die neue "Verfassung" tritt jedoch erst 1989 gänzlich in Kraft. Bis dahin gelten folgende Übergangsbestimmungen:

- Die Militärjunta (Junta de Gobierno) führt die Funktionen des Nationalkongresses aus.
- Der Präsident der Republik scheidet sechs Monate nach Inkrafttreten der Verfassung (1989) aus der Junta de Gobierno aus und beschränkt sich auf die in der Verfassung festgelegten Verpflichtungen.
- Die zukünftige Rolle der politischen Parteien wird durch ein besonderes Gesetz (Artikel 19) geregelt.
- Die Bürgermeister werden direkt vom Präsidenten ernannt.
- Der Präsident kann im Falle von gewaltsamen und terroristischen Akten, die eine Änderung der öffentlichen Ordnung oder Störung des öffentlichen Friedens anstreben, den Ausnahmezustand verhängen (Artikel 24).
- Der Präsidentschaftskandidat wird im Jahre 1989 von den Kommandanten der Streitkräfte ernannt. Seine Billigung erfolgt durch eine Volksbefragung.
- Der Staatsrat beendet mit der Wahl des ersten nationalen Parlaments seine Tätigkeit.
- Das Abgeordnetenhaus und der Senat nehmen erst im Jahre 1990 ihre verfassungsmäßigen Funktionen auf.

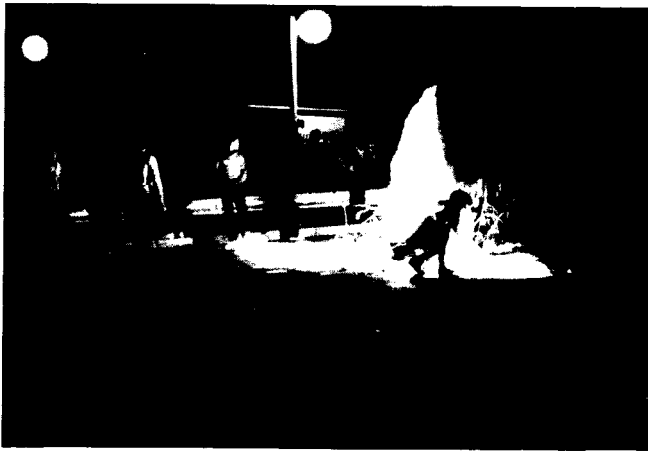
Innerhalb der Übergangsbestimmungen ragen die Artikel 13 und 14 hervor, die verfügen, daß der gegenwärtige Präsident, General Pinochet während der sogenannten Übergangszeit im Amt bleiben wird.

Diese Bestimmungen wurden von der Mehrheit des chilenischen Volkes akzeptiert, solange der Glaube an das Wirtschaftswunder anhielt. Als Ende 1981 praktisch das ganze Wirtschaftssystem des Landes wie ein Kartenhaus in sich zusammenstürzte, begann sich erstmals nach der Errichtung der Militärdiktatur im Jahre 1973 eine ernsthafte politische Opposition zu rühren. Es wurde mit einem Mal deutlich, daß die zum caudillistischen Regime entwickelte Militärdiktatur auf breiter Front versagt hatte: der Wiederaufbau des Wirtschaftssystems mißlang, die von der Mehrheit erhoffte parlamentarische Demokratie schien unverändert in unerreichbare Ferne entrückt zu sein und weder materielle Geschenke noch polizeiliche Repression vermochten die Entstehung einer zum Teil radikalen und schwere Krisen in Kauf nehmenden Opposition zu verhindern. Diese Entwicklung zeigte, daß eine caudillistische Herrschaft schlichtweg überfordert ist, langfristig die Politik eines Landes wie Chile zu bestimmen, wobei die Geschichte der Militärdiktaturen Argentiniens und Brasiliens auf ein ähnliches Fazit hinausläuft. General Pinochet, der sich geweigert hatte, die parlamentarische Demokratie wiederherzustellen, konnte unter diesen Umständen die legitimierende Autorität eines Caudillo nicht erringen. Er übernahm sich auf mehreren Gebieten der Politik und breite Schichten des Volkes sehen in ihm längst keine nationale Führungsfigur mehr, sondern nur noch ein Symbol des zunehmend verhaßten Regimes.

Gewerkschaften und Parteien suchten nun angesichts der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Krise Chiles nach neuen Formen, sich zu organisieren und zu vereinigen. Erste Ergebnisse dieser Bemühungen wurden Ende 1982 sichtbar, als die Gewerkschaftsdachorganisationen, die die 621 Einzelgewerkschaften des Landes repräsentieren, größere Garantien gegen Entlassungen und für die Sicherheit der Löhne verlangten. Weitere Forderungen betrafen das (abgeschaffte) Recht auf Streik sowie das Recht der Gewerkschaften, für ganze Wirtschaftszweige allgemein verbindliche Tarifverhandlungen führen zu können, was ihnen bis zu diesem Datum nur für einzelne Betriebe zuerkannt worden war.

Gabriel Valdes, Nachfolger von Eduardo Frei als Führer der Christdemokratischen Partei Chiles, schrieb bereits am 1. November 1982 in einem Brief an "El Mercurio", an Chiles größte Tageszeitung: "Es wird als unerlässlich angesehen, daß der Prozeß der Demokratisierung gegenüber dem Establishment sofort beginnen muß. Es sollte beginnen mit dem Ende des seit nunmehr neunjährigen Ausnahmezustands, der Wiederherstellung der Meinungsfreiheit, dem Recht, Versammlungen abzuhalten, der Sicherheit des Individuums; mit dem Ende der "de facto"-Gewalt des CNI (chilenische Geheimpolizei), Leute zu verhaften und zu vernehmen, mit dem Ende der Ausweisungen und einer Lösung der Probleme der Chilenen im Exil und juristischer Garantien für persönliche Freiheiten."

All diese Forderungen waren ein halbes Jahr später in dem "demokratischen Manifest" enthalten, das die sogenannte "Multipartidaria", die spätere "Demokratische Allianz" am 14. März 1983 an General Pinochet richtete. Darüber hinaus forderten die Vertreter des politischen Mitte-rechts-Bündnisses die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung sowie die Einführung eines demokratischen Wahlsystems. Zusätzlich verlangten sie ein sofortiges Programm für die Wiederbelebung der Wirtschaft.



Armenbehausung in Valparaíso

Ausbrüche symbolischer Gewalt am Abend eines "nationalen Protesttages" in Valparaíso am 27. März 1984



Doch nicht die Parteien oder Parteivertreter waren es, die am 11. Mai 1983 den ersten großen Massenprotest auslösten. Die Gewerkschaft der Kupferminenarbeiter beschloß auf einem Kongress vom 18. bis 21. April 1983, für den 11. Mai einen Nationalstreik auszurufen. Doch die Truppenmobilisierung, die Stationierung von Panzern in den Städten und die Drohung von Seiten der Militärs, alle Vertreter dieser Gewerkschaft zu entlassen, veranlaßten den Vorsitzenden der Gewerkschaft, Rodolfo Seguel am 9. Mai den Streikaufruf in einen "Tag des nationalen Protestes" umzuwandeln. Die Gewerkschaften hatten die Initiative ergriffen und die gesamte Bevölkerung leistete dem Aufruf Folge: Schüler und Studenten blieben dem Unterricht fern, partiell wurde gestreikt, allgemein das Arbeitstempo gedrosselt, der Verkehr lahmgelegt, auf leeren Kochtöpfen wurde unüberhörbar getrommelt, Schweigemärsche und lautstarke Demonstrationen wechselten sich ab und die ersten Parolen wurden geboren — "el va caer": er wird stürzen.

Die Massenbeteiligung hielt auch an den nächsten fünf "nationalen Protesttagen" im Juni, Juli, August, September und Oktober an, ja sie verstärkte sich sogar. Solange die Führung der Opposition in den Händen der Gewerkschaften lag, die sich zum "Nationalen Arbeiterkommando" zusammenschlossen, war eine breite Beteiligung des Mittelstandes und selbst der vom Wirtschaftschaos betroffenen Oberschicht zu verzeichnen. Mit der offiziellen Gründung der "Demokratischen Allianz" im August 1983 veränderte sich die Massenreaktion kaum. Zwar waren die Gewerkschaften durch die massiven Repressionen der Junta erheblich geschwächt, wodurch der "Demokratischen Allianz" bereits in ihrer Geburtsstunde die wesentliche Führungsrolle zufiel, doch einigte man sich rasch auf ein gemeinsames Vorgehen und konnte so die Einheitlichkeit der Proteste aufrechterhalten.

Erste Anzeichen für die Spaltung der Opposition zeigten sich, als die "Demokratische Allianz" in einen Dialog mit der Junta eintrat, um einen Kompromiß zwischen der rigorosen Forderung nach "Demokratie jetzt" und dem Beharren General Pinochets auf seinem Zeitplan, der eine schein-demokratische Lockerung der Verhältnisse erst 1989 vorsieht, zu erzielen. Im gleichen Zeitraum nämlich formierten sich die linken Parteien, — eine Fraktion der Sozialisten, die christliche Linke, die Kommunisten und die Untergrundbewegung MIR — zur sogenannten "Demokratischen Volksbewegung", die nach ihrer Darstellung ein Gegengewicht zur "Demokratischen Allianz" bilden sollte. Gleichzeitig einigten sich die verschiedenen Fraktionen der mehrfach gespaltenen Sozialistischen Partei zu einem "Sozialistischen Block".

Die Gesprächsbereitschaft der "Demokratischen Allianz" dem Regime gegenüber stieß in der Bevölkerung nicht nur auf Zustimmung, was die "Demokratische Volksbewegung" dazu nutzte, die Gegner dieses Dialogs ihren Reihen zuzuführen. Als die Gespräche mit Innenminister Onotre Jarpa zum Jahresende 1983 (vor der chilenischen Sommerpause) erfolglos abgebrochen wurden, sah sich die "Demokratische Volksbewegung" in ihrer Auffassung bestätigt, wonach jegliches Gespräch mit der Junta nutzlos sei. Auch die Befürworter dieses Dialogs sahen sich in ihren Hoffnungen enttäuscht, zumal General Pinochet immer wieder betont, daß er bis 1989 im Amt bleiben wolle und daß er sich dabei in keiner Weise "nötigen" lasse und zu keinerlei Zugeständnissen bereit sei.

Der erste Protesttag nach der Sommerpause am 27. März 1984 charakterisierte die veränderte und angespannte Situation der politischen Opposition deutlich: die Beteiligung der Bevölkerung lag nach einem Jahr erfolgloser Protestaktionen erheblich unter der erwarteten Stärke. Doch der Protest jener, die auf

die Straße gingen, gestaltete sich aggressiver als jemals zuvor. Die Tageszeitung "La Estrella" berichtete am 28. März von einer "Nacht des Infernos". Die tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Protestteilnehmern und Ordnungskräften fielen erheblich härter aus, als im Jahr zuvor und nicht nur am Protesttag überstürzten sich nun die Meldungen von Attentaten aus allen Regionen des Landes. Die Städte Santiago, Concepcion und Vina del Mar wurden durch eine Serie von 19 Bombenanschlägen erschüttert, die sich gegen Banken, Unternehmen, städtische Verwaltungsgebäude und Stromleitungen richteten. Die Junta antwortete darauf mit einer Verschärfung der Repression: sie verhängte für die Hauptstadt Santiago ein nächtliches Fahrverbot (zwischen 1 und 5 Uhr) und sie erließ eine (als "Gesetz" bezeichnete) Verordnung, die die Vollmachten der Geheimpolizei für Verhaftungen und für das Festhalten von Verdächtigen fest schreibt.

Eine Welle aggressiver Gewaltausbrüche und politisch kalkulierter Terrorakte überrollte nun Chile, obwohl die Bevölkerung mehrheitlich einen gewaltlosen, demokratisch legitimierten und im politischen Protest verwurzelten Weg aus der Militärdiktatur zu gehen versucht. Doch nachdem alle Gesprächsversuche zwischen Opposition und Regime gescheitert sind, macht sich unter weiten Teilen der Bevölkerung Resignation breit. Wer nicht aufgeben will, proklamiert nunmehr die härtere Auseinandersetzung mit dem Regime. "Man muß Pinochet zum Aufgeben zwingen!" ist heute eine in der Bevölkerung häufig vertretene Meinung, für deren Veröffentlichung der Chefredakteur des Journals "analysis" Anfang April 1984 verhaftet wurde. Doch dieses Aufbegehren läßt sich nicht mehr unterdrücken. Erneut rufen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf, der im Juli 1984 stattfinden soll. Doch selbst, wenn General Pinochet auf diesem Wege zur vorzeitigen demokratischen Öffnung des Landes gezwungen wird, bleibt die Frage immer noch offen, wie der gänzlich desolate Zustand der chilenischen Wirtschaft behoben kann.

Hermann Haken: Erfolgsgeheimnisse der Natur. Synergetik: die Lehre vom Zusammenwirken. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1981. 256 S.

Der ganzheitliche, systemtheoretische oder holistische Denkansatz setzt sich im heuristischen Hintergrund der Naturwissenschaften zäh und unaufhaltsam durch. Davon zeugen auch die Überlegungen Professor Hakens, eines vielfach ausgewiesenen Fachmannes der theoretischen Physik, der zudem an der Entwicklung der Laser-Technologie mit Erfolg beteiligt war.

Der vorliegende Band faßt das Thema eines aufsehenerregenden Buches, das der Autor unter dem Titel "Synergetics" (Springer, New York-Heidelberg-Berlin 1978) veröffentlicht hat, nunmehr für den Laien soweit wie möglich anschaulich zusammen. Bei diesem Thema geht es um eine formalwissenschaftlich gebaute, exakt formulierte Theorie geradezu philosophischer Tiefe und Breite: um eine Theorie der Systeme in allen natürlichen Prozessen, deren gesetzmäßige Struktur beim Aufbau und Abbau ebendieser Systeme eine ausschlaggebende Rolle spielt. Die Synergetik schneidet aus diesem weiten Feld allerdings einen speziellen Problemkreis für sich heraus. Sie bezieht sich insbesondere auf die prozessuale Entstehung, Störung sowie Auflösung von Gleichgewichtszuständen in mikro- und makrophysikalischen, chemischen, biologischen sowie sozio-kulturellen und geistigen Vorgängen. Damit grenzt sie im Grunde dasjenige Gebiet der universalen Stabilitätsprobleme ab, auf dem in der Thermodynamik, in der Hydrodynamik, in der statistischen Mechanik, in der Theorie dynamischer Systeme, in der topologischen Dynamik, in verschiedenen, z.T. kybernetischen Theorien der Optimierung, in den stochastischen Prozeßanalysen sowie in der

mathematischen Katastrophentheorie bereits Bedeutendes geleistet wurde. Das besondere Interesse des Autors gilt nun den Strukturgesetzen der Phasenübergänge, die sich beim prozeßhaften Überwechseln von destabilisierten Gleichgewichtszuständen in neue, stabile Gleichgewichtszustände ergeben. Dies geschieht z.B. beim Wechseln des Aggregatzustandes am Gefrierpunkt oder am Siedepunkt einer Flüssigkeit. Der Autor weist nun nach, daß solche Phasenübergänge sowohl zufällig als auch notwendig sind, ja Notwendiges zugleich als Zufälliges und umgekehrt: Zufälliges zugleich als Notwendiges auftreten lassen. Aus den instabilen Schwankungen eines Systems wird durch Zufall eine der möglichen Ablaufstrukturen bevorzugt, bis diese – falls es zu keiner Korrektur der Bevorzugung kommt – einem "Ordnner" gleich alle Systemteile in ihrem Verhalten sprunghaft "versklavt". Gleichwohl bringen diese Systemteile die Schwankungen notwendigerweise hervor, während die "Ordnner" selbst zufallsträchtig sind. Der mit einem einzigen Freiheitsgrad erzeugte Zerfall des energetischen Potentials in unzählige Freiheitsgrade wird durch Zufall wieder zu einem einzigen Freiheitsgrad zusammengebündelt. Trotzdem sind katastrophenähnliche Zusammenbrüche und Explosionen sowie chaotische Turbulenzen im neuen Gleichgewichtszustand bereits angelegt.

Der Zustand des instabilen Phasenübergangs läßt sich als ein offenes, selbstorganisierendes System deuten, was der Autor am Beispiel des Lasers, der "chemischen Uhren", der Evolution sowie der genetischen Codierung nachweist. Die heuristische Bedeutung dieses allgemeinen Erklärungsmodells ist unschätzbar. Faßt man Gleichgewichtszustände als Ordnungen auf, so zeigt es sich nun, daß nicht nur Chaos aus Ordnung, son-

dem immer auch Ordnung aus dem Chaos hervorgeht. Zugleich sind offene und selbstorganisierende Systeme bereits im anorganischen Naturprozeß nachweisbar, weshalb das Wesen des Lebens, das solche Systeme auch beinhaltet, sich in ihnen nicht erschöpfen kann. Im konkreten, ereignishaften Geflecht der Naturgesetze bilden sich gerade bei Phasenübergängen Ordnungsstrukturen und ihre Muster (Kristallgitter, Flüssigkeits- und Gasrollen, Ringe, Waben, Wellen, Spirale, Plasmaströmungsmuster usw.) heraus. Sie haben universale Gültigkeit in der Natur und sie folgen aus dem jeweiligen natürlichen Vorgang keineswegs rein notwendig.

Die Verallgemeinerung dieser Theorie auf die Gehirnforschung sowie auf Volkswirtschaft und Politik verspricht selbstverständlich nicht so viel, wie ihre Verwendung in der Heuristik und in der philosophischen Deutung der Naturwissenschaften. Die Einsicht, daß nur gleichzeitige Innovationen und Investitionen einen Rationalisierungstrend in der Wirtschaft stabilisierend ausgleichen können, ist z.B. seit längerem bekannt. Ebenso erfaßt die Synergetik aus dem Phasenübergang einer politischen Revolution lediglich etwas allzu Abstraktes, wenn auch nicht Falsches. Auch das vom Autor angeführte "Denken in Blöcken" dürfte für die Gehirnforschung spätestens seit der Gestaltpsychologie, der genetischen Epistemologie sowie der Neurokybernetik ein bekanntes Phänomen sein. Dagegen vermag der Autor über die öffentliche Meinung als "Ordner" in den Massendemokratien mit wertvollen Anregungen aufzuwarten.

Schließlich ist die Vermutung des Autors, Gödels Unentscheidbarkeitsatz (1931) bewiese, daß es absolut unlösbare Probleme gäbe, schlichtweg falsch. Gödel bewies nur, daß für jeden, noch so exakten Kalkül we-

nigstens eine, im Kalkül selbst auf ihre Wahrheit hin nicht entscheidbare Aussage konstruieren läßt, die genau dann wahr, wenn (nach den Beweisverfahren des Kalküls) nicht ableitbar und genau dann ableitbar, wenn falsch ist. Er zeigte damit lediglich, daß an einem Punkt jeder einzelne Kalkül auf seine Schranken stößt, ohne, daß er damit gleich bei den Schranken der gesamten, wohl kalkülwechselnden Erkenntnis angelangt wäre. Nichts könnte Gödels tatsächliche Einsicht plausibler bestätigen und die irrtümliche Gödel-Deutung des Autors zutreffender widerlegen als die Synergetik selbst, deren Ausbau weitgehend sein Verdienst ist.

Ladislaus Barlay

Bruce Nussbaum: Das Ende unserer Zukunft. Kindler Verlag, München 1984. 316 S.

Der Verfasser ist Mitherausgeber der "Business Week", er gilt als Experte für internationale Wirtschafts- und Finanzbeziehungen und sein Buch gilt in den USA als Bestseller. Die deutsche Ausgabe enthält ein äußerst problembewußtes und maßnahmenorientiertes Vorwort aus der Feder von Konrad Seitz, Planungsstabchef im Auswärtigen Amt. Nussbaum hat sein Buch um eine einzige Behauptung herum gruppiert: infolge des Terraingewinns sogenannter Leittechnologien (Zukunftstechnologien) würde notwendigerweise eine weltweite Umverteilung der politischen Macht unter den großen Erdregionen stattfinden. Unter Leittechnologien versteht Nussbaum die sich abzeichnenden Ergebnisse gegenwärtiger Innovations- und Investitionsschübe auf den Gebieten vollautomatisierter Industrieproduktion (Roboter), gentechnologischer Massenverfertigung und mikroprozessorenbedingter Umorganisation von Informationsflüssen und

Kommunikationssystemen.

Nussbaum entwickelt nun eine optimistische und eine pessimistische Prognose angesichts der Herausforderung, mit welcher die einzelnen Erdregionen unter dem Aspekt der Leittechnologien zu tun bekommen werden. Wichtig sind dabei zunächst die gemeinsamen Elemente beider Prognosen: die Leittechnologien werden im Wesentlichen nur von den USA und von Japan entwickelt, wodurch die wirtschaftliche und politische Macht dieser Länder weiter anwachsen wird; die Bedeutung des Rohöls geht weltweit zurück und die OPEC steht kurz vor dem Zerfall; der Untergang des Sowjet-Imperiums ist selbst bei westeuropäisch-sowjetischer Kooperation nicht aufzuhalten. Zu diesen konstanten Elementen gesellen sich in Nussbaums Prognose nun einige, alternative Szenarios. Die USA könnten die Herausforderung durch die Leittechnologien harmonisch, sprich: im Zeichen einer liberal-konservativen Politik meistern oder durch Entstehung eines Superlumpenproletariates sowie einer vorübergehenden Diktatur bis an den Rand des (auch so immer noch abwendbaren) Bürgerkrieges geraten. Die EG könnte, folgte sie nicht einem liberal-konservativen Imperativ im Rahmen des atlantischen Bündnisses, leicht zerfallen, wobei die westlich von Deutschland liegenden Länder sich technologisch länger unmittelbar unterhalb der Weltspitze halten könnten als Deutschland, das als Lieferant veralteter Industrieprodukte zunehmend in politische Abhängigkeit von den Sowjets geraten müßte. In der Dritten Welt kann eine Welle der De-Industrialisierung, je nach gewählter Strategie, zu einer Rückkehr zur reinen Agrarstruktur oder zum Ausbau von Zuliefererproduktionen für die Leittechnologien führen. Die Information wird, wenn nur die prognostizierte Entwicklung anhält,

zunehmend zu einem Gegenstand militärischer Konflikte sowie krimineller Aktivitäten.

Nussbaum begnügt sich freilich nicht damit, seine Zukunftsprojektionen allein aus dem technologischen Wandel herzuleiten. Er fragt vielmehr danach, wie die Mentalität, die in den einzelnen Erdregionen bzw. Ländern vorherrscht, jeweils mit den Herausforderungen technologischen (und wirtschaftlichen) Wandels fertigwerden könnte. Er meint z.B., die zum Perfektionismus sowie Ordnungsliebe neigenden Deutschen wären im Zeitalter mechanisch ausgerichteter Industrieproduktionen massenhaft zu Höchstleistungen befähigt gewesen, während sie im elektronischen Zeitalter, welches nach Geschwindigkeit sowie nach Flexibilität verlangt, geradezu gehemmt wären. Sie huldigten langsamen, vorsichtigen, marktfremden und bürokratisch formalisierten Verhaltensmustern. Das ist eine ernst zu nehmende Diagnose. Umsomehr, da sie von anderen, namhaften Zeugen der Epoche mehr oder weniger geteilt wird. Ein von Nussbaum zitierter Japaner geht sogar soweit, daß er feststellen zu müssen meint, die deutschen Unternehmer hätten "den tierischen Instinkt" eingebüßt, ohne den es bei allen staatlichen Dienstleistungen sowie Rechtsgarantien und bei allem sozialpolitischen Interessenausgleich kein wirtschaftliches Überleben möglich ist.

Nussbaum erntet selbst in liberal-konservativen Kreisen keineswegs nur Zustimmung. Das liegt nicht nur an den offensichtlich abstrakten Überreibungen seines Buches oder an seinen alles in allem doch nicht allzu wichtigen Paradoxien, auf die der Leser stellenweise stößt. Der Grund dieser Reserviertheit liegt hierzulande z.B. an den, mittlerweile zum Gemeingut gewordenen Maßstäben und Voreingenommenheiten, gegen die Nussbaums Pamphlet gerade an-

kämpft. So wirft Jürgen Jeske in der Frankfurter Allgemeinen Nussbaum vor, er empfähe der Regierung der USA eine Großmachtpolitik, — was diese auch immer sein mag und warum diese auch immer von vornherein von der Aura des Anrühigen umgeben sein sollte. Bei alledem: was um Himmels willen sollte Nussbaum der Regierung einer Großmacht, ja Supermacht empfehlen, wenn nicht eine Großmachtpolitik? Geradezu komisch nimmt sich auch Jeskes Mockieren über die Einwanderungsrichtlinien künftiger US-Regierungen aus, die in Nussbaums Sicht eine Bevorzugung qualifizierter Einwanderer implizieren, wenn man bedenkt, mit welchem Pathos nationalistiche Gemüter bei den ersten Kalamitäten auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Gastarbeiterintegration einem laufend versichern, Deutschland sei "kein Einwanderungsland". Den Vogel schießt Jeske jedoch ab, indem er in Nussbaums Vorschlag, den Technologietransfer mit dem Mechanismus eines freien Marktes kompatibel zu machen die gefährliche Konsequenz wittert, dieser Vorschlag führe zur Abschaffung des freien technologischen Informationsflusses. Wer ohne jenen Marktmechanismus (und ohne die staatlichen Schutzgarantien für die durch ihn betroffenen Rechtsgüter) noch an der Erzeugung, an der rechtmäßigen Aneignung sowie an dem nicht unrechtmäßigen Austausch technologischer Informationen interessiert wäre, verrät uns Jeske bedauerlicherweise nicht. Nussbaums Prognose ist sicherlich abstrakt, wie bis zu einem gewissen Grade alle Prognosen. Sie vernachlässigt vor allem einige Gesichtspunkte, die rein politischer Natur sind. Daher erkennt Nussbaum auch die politischen Notwendigkeiten, die bei allem technologischen wie wirtschaftlichen Wandel für das Fortbestehen des Atlantischen Bündnisses sorgen und dies

insbesondere nicht von einigen eventuell in Krise geratenen Mitgliedern des Bündnisses abhängig werden lassen.

Überdies zeichnet Nussbaum die Lage Japans ganz bewußt optimistischer (unter Ausklammerung der fehlenden Kreativität japanischer Fachkräfte sowie der japanischer Haushaltsfinanzierungsprobleme) als das gerechtfertigt sein dürfte, während er die Lage der nordatlantischen Region, besonders die Europas bewußt in düsteren Farben erscheinen läßt. Dieser Umstand zeugt davon, daß Nussbaum zuweilen eine Art Schocktherapie dem Leser verpassen will, was angesichts der noch so milden Realitäten kein Fehler sein kann.

Ladislaus Barlay

Derek Leebeart (ed.): *European Security: Prospects for the Eighties*. Lexington Books, Toronto-Lexington 1979. 302 S.

It is not possible to do justice to each contribution portrayal of European security problems. The submissions are dominated by two fears: that NATO has not become more than a mere military alliance and now faces the criticism of a fresh generation, and that, as predicted by Senator Vandenburg in 1949, the Soviet Union is becoming more flexible and patient in launching a "peace offensive" to destabilize opinion in Europe. In general respect for the intelligence of the Soviet Union outweighs the perception of reasonableness among Europeans, who, in this primarily US study appear to suffer from the division of their national interests and a lack of collaboration.

Specific problems are dealt with in detail from the lack of clarity in US decision-making to the issue of weapon standardization in NATO. Al-

tough a discussion of the media and public opinion in European countries is not included, the study suggests that, despite the inclusion of communists in West European government, and although Europe is no longer more than *primus inter pares* in US global vision, the machinery of NATO, OECD and EEC will adequately maintain the US-European alliance. The issue of defence is complicated because arms limitation talks tend to produce increased defence spending as the superpowers build up bargaining positions. Specific US anxiety is directed at Soviet surprise attack capacity and shortwar organisation, which NATO has neglected. In consequence Mr. Haig aims to improve the readiness of in-place forces, forward defence, reinforcement capability and ensure fire power increase, though European fears of incineration while the superpowers remain distributors rather than receivers of destruction are admitted. The energy security problem is also outlined and clearly leaves room for European initiatives. The study points out that "oil nationalism" tends to split the West European countries, and that, despite the key problems relating to dealing with OPEC, the US must implement an energy policy to reduce pressure on the EEC states.

In general the study implies that the lack of European integration in various areas is disquieting. The absence of European defence R&D integration is mentioned and Europe's readiness to collaborate is criticized as being based on ad hoc solutions to unit cost production, not part of a plan or strategy of defence, although it is granted that national defence may require individual as well as collaborative efforts.

The analysis of Soviet interests in Europe is testimony to US respect for a well-organized adversary working as a single unit. Mr. Blacker sta-

tes that the Soviet Union sees the US as the driving force behind NATO. Moscow is employing patience and subtlety in awaiting the growth of West European resentment of US hegemony while offering conciliatory and reasonable gestures towards a pacific Europe. He sees the Soviet fear as being the perception that economic cooperation in the EEC could spill over into military and foreign policy (— a move explicitly desired by Mr. Genscher, one notes, by CDU leaders, and by Lord Carrington in Britain.) The apparent superiority of Moscow in studying and following the behaviour of free opinion in democratic states is offset slightly by the analysis of problems in Eastern Europe (before the acceleration of developments in Poland, and before the current situation arose in Iran and Iraq) and the hope that the CSCE might slowly adjust East-West agreement on single problems as time passes. In sum the study suggests that the strains between US and USSR are such that a weapons build-up is likely as a condition to any agreement on strategic balance. In my opinion the study does not adequately analyse the potential role of East and West Germany in central European detente with respect to their joint responsibility for the German people within their boundaries. However, the book is a first class introduction to the parameters of European security, implying that the US will regard attempts to unsettle the EEC, NATO or OECD, for whatever reasons, as pro-Moscow.

Chris Terry

Franco Damasco Marengo: *Rules of the Italian Political Game*. Gower, Aldershot 1981. 134 S.

This book was written by Franco Damasco Marengo from the Centre for

European Studies at the University of Bath. The book is a revised version of the Ph. D. dissertation Mr. Marengo submitted to the University of Chicago in March 1976. It describes in systematic fashion the behaviour of contemporary Italian politicians as they practice their profession.

In his examination, Mr. Marengo looks at Italian politics as a game in which the politicians are the players and the political posts the stakes. The rules of the game are the players' assumptions upon which their tactics are based.

What Mr. Marengo does is to analyse how these assumptions are made by studying the players' behaviour during the more important faces of the game (presidential elections, governmental crises and party congresses) between 1948 and 1972. The advantages of this approach is that Mr. Marengo is able to give a satisfactory explanation of the behaviour of Italian politicians. And he claims that in focussing on such behaviour it could be possible to make reliable predictions on Italian politics in the near future. Mr. Marengo also notes how Italian politicians choose on which side of the political spectrum they stand, what they describe a being left, centre or right and how they adopt the criteria for fixing the size and composition of their minority or majority. He also points to the search for psychological factors for the further development of this analysis. The Italian political press is looked upon as the "observers" although it too behaves as a participant in the "game". — The author himself presents his analysis in the language of a non-participant observer.

Mark R. Jones

Ralf Dahrendorf: *Der Liberalismus und Europa. Fragen von Vincenzo Ferrari.* o.J. 180 S.

Das Buch gibt ein freimütiges Ge-

spräch wieder, das Ralf Dahrendorf, ehemaliger EG-Kommissär und von 1974 bis 1982 Direktor der London School of Economics mit dem italienischen Anwalt und Publizisten Vincenzo Ferrari führte und das in einer Art tour d'horizon den Versuch unternimmt, die Aufgaben und Chancen liberaler Politik angesichts der grundlegenden Probleme der Gegenwart und naher Zukunft auszuloten. Der Titel des Buches ist allerdings irreführend, denn über Liberalismus und Europa handelt nur der letzte Abschnitt unter dem Titel "Europa im Spannungsfeld zwischen abstrakten Entwürfen und realen Möglichkeiten".

Ansonsten ist dies ein teilweise spannendes Gespräch über eine Reihe von Fragen, die — wenn auch nicht ausschließlich, aber doch vorwiegend — heute Liberale bewegen. Dazu gehören Fragen, wie etwa nach dem Verhältnis von Liberalismus und Kapitalismus, nach den Kontinuitäten — aber auch Bruchstellen — in der parteipolitischen Entwicklung der FDP, deren Stellung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft, über das Verhältnis der Liberalen zur Macht, die Möglichkeiten von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, über Wirtschaftswachstum und Rohstoffknappheit, Arbeit und Freizeit.

Bei dieser Fülle von Themen kann fairerweise nicht erwartet werden, daß in dem gegebenen Rahmen eine alle Problemkreise erschöpfende Analyse vorgelegt wird. Dahrendorf plädiert dabei entschieden für einen "engagierten" Liberalismus, der gesellschaftlich-politische Bedingungen formuliert, in deren Rahmen rechtsstaatliche Garantien jedem einzelnen Bürger zugute kommen müssen.

Er fordert beispielsweise mehr "institutionelle Phantasie" und meint damit, man sollte sich nicht nur mit der Lösung akuter Probleme beschäftigen. Wichtig sei die "Veränderung

der Ziele menschlichen Handelns": nicht Arbeit und Wirtschaftswachstum seien die Probleme unserer Zukunft, sondern z.B. die Tatsache, daß immer besser ausgebildete Menschen immer weniger Arbeit fänden.

In dem Gespräch Dahrendorfs mit Ferrari äußert sich dieser auch in oft sehr persönlicher Form über seine eigene Entwicklung. Aufschlußreich ist vor allem auch seine Meinung über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Dahrendorf, selbst ursprünglich (ab 1947) SPD-Mitglied, spart dabei auch nicht mit Kritik an der FDP. Er wünscht und hofft jedoch, daß gerade sie nicht nur den status quo verwalte, sondern "vor allen anderen für neue auftauchende Probleme in der Gesellschaft auch neue und eigenständige Lösungsmöglichkeiten anbiete".

Ernest F. Enzelsberger

Tom J.M. Zuidwijk: *Petitioning the United Nations — A Study in Human Rights.* Gower, Aldershot 1982. 397 S.

This is a thorough study of the UN in its work defending human rights. The dilemma of the contradicting concept of national sovereignty and idea of protecting human rights through an international organisation is examined and a suggestion for a permanent body to be set up without the constraints of the present organisation, and of resolution 1503 is made. How can an individual be guaranteed his rights and allowed to petition against his country and yet that country be allowed to veto the petition or refuse to transmit it to the UN at the same time! Mr. Zuidwijk attempts to extrapolate such a law against it from articles 12 and 9 of the declaration; but UN and state practice do not support such a right.

The book gives a review of a wide spectrum of UN bodies and their procedures which give individuals a chan-

ce to submit written statements or an opportunity to be heard. It shows that the position adopted by the Human Rights Commission in 1947, that it had no power to take any action on petitions, has been reversed by the adoption of a general procedure for the systematic examination of human right petitions in ECOSOC resolution 1503. The book also demonstrates that hearers of petitions and witnesses as well as the reception of communications have become part of the UN practice. Also interesting is how the author notes for what reasons the UN enters a country for investigation, be it out of political or other reasons, although Mr. Zuidwijk does conclude at the end that the UN investigates primarily on political and not legal grounds.

Mark R. Jones

Guido van den Berghe: *Political Rights for European Citizens.* Gower, Aldershot 1982. 245 S.

Political rights are one of the most fundamental principles inherent in any democratic entity under the rule of law. As such a democracy, therefore, the European Community should ensure these rights. However, this is not so.

van den Berghe, a research fellow at the Department of Law, European University Institute in Florence, gives a full study of the whole problem. The principles of the *Trattato* establishing the European Communities is analyzed, the interrelationship between "special rights", fundamental rights and political rights to be granted is looked at. The evolution in thinking by the institutions of the ECs on the issue of voting rights is examined, then the Euro-elections of June 1979 are reviewed and a study is offered of the participation of Member State citizens abroad. The

right to vote is covered as well as the right to stand in elections. In the last chapter, the possibility of making use of the machinery of international protection is discussed. So this is indeed a very complete study, and there is also given a sound argument for electoral reform on the basis of the importance of Europe and Europeans.

If citizens (of Member States) living abroad in Europe cannot vote in direct elections to the European Parliament, this is not only discrimination but it brings to the fore the whole question of the individual in his relationship not only with the European Parliament as such but with the whole of the European Community. Indeed, it is a vital for citizens of the Member States to sense that they share a common destiny with citizens of other Member States. Furthermore they should be able to perceive that their influence counts. Most important is that they can get some grip on Community institutions, which for the majority of people, are still far too technical, administrative or technocratic, far too detached from real life or simply unknown.

To give the citizens of the Member States "abroad" the right to vote and the right to stand in elections in the Member States in which they are permanently resident would afford tangible proof of such a shared destiny.

Mark R. Jones

Wilhelm Kopf: Saudi-Arabien – Insel der Araber. Seewald, Stuttgart 1982. 231 S.

Ein ungewöhnliches Buch über Saudi-Arabien hat Dr. Wilhelm Kopf, langjähriger Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Saudi-Arabien vorgelegt. Der gelehrte Orientalist – dem durch seine Sprachkenntnisse viele Zugänge geöffnet wurden –

zeichnet darin ein faszinierendes Porträt eines Staates, der Geschichte einer Staatsbildung und das Profil eines Königshauses. Eingebettet in die Lehre des Propheten Mohammed, in tief verwurzelte Traditionen und die für viele Europäer nicht einfach kalkulierbare politische Umwelt arabischer Staaten, attestiert Kopf dem Königreich zwischen Rotem Meer und Persischem Golf eine religiös-geistige Führungsposition in der arabischen Welt. Die vielfältigen Spannungsfelder, die sich aus der außenpolitischen Aktivität des Ostblocks, Israels, der arabischen Staaten, Europas und der USA ergeben, stellen für

Saudi Arabien eine einzigartige Herausforderung dar. Bemerkenswert ist dabei die Theorie, daß Saudi-Arabien eigentlich kein pro-westliches Land ist, sondern einen eigenständigen Kurs verfolgt, wobei es aus sicherheitspolitischem Pragmatismus die Partnerschaft mit den USA sucht. Interessant ist auch für jeden Beobachter der politischen Szene im Nahen Osten das Erinnern des ehemaligen Botschafters Dr. Kopf, daß der Hauptgegner für Saudi-Arabien der Staat Israel ist, der einen natürlichen Expansionsdrang besitze, und dessen vermeintliche Okkupation von Jerusalem eine tödliche politische Beleidigung für den islamischen Gottesstaat darstelle. Der Weg Saudi-Arabiens von einer Kamelreitertruppe um Abdul Aziz Ibn Saud aus der Zeit der Jahrhundertwende über die Könige Faisal und Khalid entspricht der rapiden Verlegung des Lebensumfeldes von Beduinen in eine Neuzeit voller modernen Technologien. Die Spannung, zahlreiche "Gastarbeiter" aus fremden Kulturkreise im Lande zu haben und dabei den islamischen Fundamentalismus zu vertreten, beantwortet Kopf mit der These, wonach die eigentliche Existenzfrage des Königreiches Saudi-Arabien die

Einheit von Glaube und Herrschaft sei.

Man muß Kopf sehr dankbar sein, daß er mitten in eine stark wogende Diskussion über die Nahost-Politik dieses Buch gestellt hat, welches vollkommen unberücksichtigt gebliebene Aspekte dieser Politik anspricht. Ob diese Aspekte freilich Aspekte der Ausgewogenheit sind und insbesondere die Interessen des Staates Israel im Sinne eines legitimen Existenzrechts berücksichtigen, mag dahingestellt bleiben, wobei die Sympathie des Autors für "sein" Land durchaus überzeugend wirkt. Die profunde Kenntnis des Orientalisten Kopf läßt auch nicht zu, daß dieses Buch, das zum 50 jährigen Jubiläum des Königreiches Saudi-Arabien geschrieben wurde, als "Hofberichterstattung" betrachtet werden könnte. "Wir erleben bei uns die Bewältigung der Deutschen durch ihre Vergangenheit. Auf der Insel der Araber können sie erleben, wie sie ihre komplizierte und wahrhaft bedrohte Gegenwart mit Hilfe ihrer Vergangenheit bewältigen" – diese Konsequenz und Konklusion ist um so mehr von spannender Zerbrechlichkeit, als die Saudis immer noch am Wert von Garantien der Amerikaner zweifeln das Bild Süd-Vietnams vor Augen. So schließt Kopf, obwohl über dem Buch gerade diesbezüglich ein Fragezeichen steht, mit der Empfehlung des Fundamentalismus für die Saudis seine Beschreibung, die er liebevoll mit zahlreichen kleinen Episoden aus dem Leben eines humanistisch orientierten Diplomaten garniert hat.

Hans-Jürgen Zaborka

Walt W. Rostow: The Division of Europe after World War II. 1946. Gower, Aldershot 1982. 212 S.

Dr. Rostow is now the Rex G. Baker, Jr. Professor of Political Economy at

the University of Texas, Austin. He was present and played a role, as a member of the US State Department in the events of 1945-46.

The book asks the question whether the negotiation of the post-war treaties should have been pursued separately or within the framework of a general European settlement. The debate on this fundamental foreign policy issue which has only left faint tracks in the documentary records is fully explored here for the first time.

During the post-war period, there was a fear amongst the US State Department members that communism would be able to dominate a united Germany (and the whole of Europe for that matter) in view of the disastrous state it was in after 1945; a fear confirmed by Stalin's reply at Potsdam to Averell Harriman when the latter congratulated him on arriving in Berlin "after all the struggle and tragedy": "Csar Alexander got to Paris, didn't he?" So for this reason, it was argued by some to salvage as much as Germany as possible and to sacrifice, if it came to it, Germany east of the Elbe (the Russian zone). Yalta then was not as essential to the split of Europe as some make out. On the other hand, the Acheson-Clayton proposal argued for a united Germany with a firm stand by America; Russia's position depended to a great extent on America's position since then Stalin knew how far he could go if violation proved safe. It was also accepted universally in Western Europe that a united Europe must be a main aim of the peace treaties since nationalistic interests had only brought war and destruction with no gains at all. Nevertheless Britain and France still feared a united Germany even if it meant that Europe was to be split in two along the Elbe. Stalin was also satisfied by such a split since he could then consolidate communist rule in the Russian zo-

nes such as Poland and Hungary where the candle of democracy still flickered. The greatest problem though for the Acheson-Clayton proposal was that it was not presented to the President, the only man who could have brought about the climate in which the proposal could have been executed. But Byrnes, the Secretary of State did not accept the proposal and furthermore did not get on well with President Truman, preferring to work in his own small group of advisors.

The book's larger theme is the process by which the Cold War came about. Rostow's interpretation differs from either conventional or revisionist views, emphasizing as it does the process of incremental deterioration that occurred in 1946 and the role of uncertainty and weakness in American policy.

There is also included eight appendices consisting of press reports, speeches, telegrams, the three proposals, memoranda etc., all important to the subject and all giving new insights and views into the problems of 1946.

Mark R. Jones

Peter Summerscale: The East European Predicament. Changing Patterns in Poland, Czechoslovakia and Romania. Gower, Aldershot 1982. 143 S.

Peter Summerscale is a member of the British diplomatic service and has CSCE experience. He was given a year's sabbatical by the Foreign and Commonwealth Office, who allowed him to publish this book.

The book presents an analysis of trends, both political and economic, in contemporary Eastern Europe. It concentrates on three countries — Poland, Czechoslovakia and Romania. (The German 'Democratic' Republic and especially Hungary are al-

so looked at whilst USSR's centrality in the post-war development of East Europe is not ignored. In fact its policy is treated in a separate chapter.) In Czechoslovakia and Poland the systems have shown considerable sensitivity to external influences, Western as well as Eastern, while in Romania an autonomous foreign policy has been reconciled with a repressive internal regime. One reason for this, the author believes, is the stronger Western-oriented historical, religious and cultural heritage that the two former countries possess. Though Mr. Summerscale does not ignore the importance of the leaders of the three countries after the death of Stalin when a new atmosphere for change was aroused by Malenkov's ambiguous "New Course".

The study considers that economic failures, which have been so important a factor in the Polish crisis, are the result both of structural weakness and of political constraints. They have additionally been aggravated by vicissitudes in the non-communist world. Increased contacts with the West, stimulated by the signature of the Helsinki Final Act, have helped the process of modernisation, but have also encouraged critical voices to express themselves. The most dramatic example of this has been in Poland, where the Polish authorities failed to evolve a system capable of meeting consumer — and especially working-class — expectations. However it should also be remembered that Romania has many similarities with Poland but the leadership's strongly authoritarian style of government in contrast has been largely successful in stifling eruptions of discontent.

Never the less the author believes that structural weakness are so great as to make a degree of reform inevitable. Meanwhile, Western states may have to recognise that the pace of

change in Eastern Europe is more likely to be lasting if it evolves gradually. It would also be permissible to hope for party's acceptance of some dilution of its monopoly of power. This was seen to some extent in Poland and with the erosion of Soviet influence in the world communist movement the USSR must give some concessions to regain popularity. For this reason too is unlikely that the USSR would practice any forceful intervention, so there is the chance for change. The problem is though, that once the Eastern Bloc countries are given a taste of freedom they are very likely to dare to give too much too quickly. The author believes realistically and unfortunately that any change is only going to be the result of evolution and evolution takes time.

Mark R. Jones

Xing-hu Kuo: Nordkorea — Ein fernöstlicher Gulag. Seewald Verlag, Stuttgart 1983, 260 S.

Wer von Geburt aus Chinese ist, dessen Familie aus der Publizistik kommt, selbst Redakteur einer großen deutschen Tageszeitung ist, mehrere Jahre seines Lebens in ostdeutschen Zuchthäusern verbracht hat, den Fernen Osten laufend bereist, ein detailliertes Buch über Taiwan und eines über Korea schrieb, jetzt an einem weiteren Buch über ein anderes fernöstliches Land beschäftigt ist, kurz: wer die Art von Einblick hat wie Xing-hu Kuo, der einzige chinesische Journalist mit bundesdeutschem Paß, der ist prädestiniert für ein Buch über das nordkoreanische Gulag, über das eine Autorin Luise Rinser einmal ähnliche Elogen verzapfte, wie sie es eine Generation früher über einen deutschen Diktator tat.

Nordkorea führt ein Schattendasein gegenüber seinem südlichen Bruder-

staat, der dem Westen zugewendet ist. Abseits des Wirtschaftswachstums, einer Olympiade, zeichnet es sich durch eine Dynastie, einen systemimmanenten Ideologienepotismus aus, der in seiner Striktheit die Sowjetunion und sogar China in den Schatten stellt, weil hier auch beträchtliche Anstrengungen für einen Export des Gulag nach außen unternommen werden. Und Kuo ist es, der den Finger in eine Wunde legt, die viele vergessen haben: Der nordkoreanische Geheimdienst ist nicht einer der Feinsten auf der Welt, sondern stetig auf revolutionären Export und Terror bedacht.

Eine Dynastie, wie sie altchinesische Herrscher nicht unverhohlener gehabt haben könnten, herrscht in Nordkorea. Ein Land voller Komplexe zu seinem Süden, den es Anfang der 50er-Jahre überfiel. Und ein Land voller Unsicherheit zwischen Peking und Moskau, wie der in Sindelfingen lebende Xing-hu Kuo detailreich schildert. Es ist fast unglaublich, was der geborene Asienkenner schreibt, aber es ist Realität — so ein Land gibt es heute noch auf der Erde!

Ein Land, in dem es heute noch KZ's gibt! KZ's, von denen niemand spricht, weil sie niemand kennt. Kuos Vergleich mit einem mittelalterlich-primitiven Kommunismus despotischer Prägung und albanischer Machart sind belegt und begründet. Und nachdem Bewegung in das Umfeld Koreas gelangt ist, ist auch im Hinblick auf die ständige aussenpolitische Aggressivität Nordkoreas ein intensiveres Beobachten dieses Gulag angebracht. H.J.Z.

Fritjof Capra: Das Tao der Physik. Die Konvergenz von westlicher Wissenschaft und östlicher Philosophie. Scherz Verlag, Bern-München-Wien 1984. 344 S.

Das vorliegende Buch wurde bereits 1975 unter dem Titel "Der kosmi-

sche Reigen" in erster Ausgabe von dem Heisenberg-Schüler Capra veröffentlicht. Die zweite, erweiterte Ausgabe enthält insbesondere Ergänzungen, die sich mit Entwicklungen in der theoretischen Physik befassen und in Capras kulturkritischer Generalabrechnung "Wendezeit" auch enthalten sind.

Vom Pathos und von den Präintentionen der "Wendezeit" ist in diesem Buch so gut wie nichts zu spüren. Hier bewegt sich der Autor auf Gebieten, die er größtenteils gründlich kennt: auf denen der heuristischen Grundlagen der neueren Physik, einiger philosophischer Theorien sowie der ostasiatischen Mystik. Die Folge daraus ist, daß er den Leser über die Grundlagenprobleme dieser Gebiete reichhaltig informiert, wenngleich er den fachkundigen Leser oft zur Diskussion anregt.

Der Grundgedanke des Buches lautet: die Ergebnisse der analytisch und abstrakt verfahrenen, westlichen Naturwissenschaft schossen am Ganzen der Wirklichkeit vorbei, sie bedürften daher einer, von ihnen selbst zunehmend immanent beanspruchten Neufundierung, für die den geeigneten Ansatz die ostasiatische Mystik (Brahmanismus, Buddhismus, Tantraismus, Taoismus, Konfuzianismus und Zen) lieferte. Mag das noch so bestechend klingen, dieser Gedanke kann in solcher Radikalität (und Abstraktheit) nur deshalb so verlockend sein, weil Capra die Folgerungen, die ihn zu ihm veranlassen allzu kurz schließt. Er führt zwar den Leser mit unzweifelhafter Kompetenz in die klassische Physik sowie in die beiden Fundamentaldisziplinen der neueren Physik, in die spezielle und allgemeine Relativitätstheorie und in die klassische Quantenphysik, ferner in einzelne Spezialergebnisse der Quantenfeldtheorie (S-Matrix-Theorie, Quantenchromodynamik und Quarks, Bells Theorem, Bootstrap-

Hypothese, Holomovement-Hypothese usw.) ein. Aber bereits hier fällt auf, daß er bestimmte, gerade heuristisch wichtige Wissensbestände gerne zumindest vernachlässigt (de Sitters These, Relativitätsprinzip, Unschärferelation, Einstein-Bose-Statistik, Einstein-Podolsky-Rosen-Hypothese, von Neumannscher Beweis, Gödels relativistische Zeitkonzeption, Reichenbachs Zeitrichtungslehre usw.). Insgesamt behandelt er die physikalische Anwendung mathematischer Theorien und Modelle ohne die unerläßliche, heuristische Deutung.

Schließlich scheinen ihm wichtige, philosophische Interpretationen der neueren Physik (Peirce, Palagyi, Whitehead, Schlick, Hartmann, Jacoby, Popper, Reichenbach, Nagel, Hempel, Feyerabend, Bunge, Leinfellner, Hübner, Lorenzen, Stegmüller) ebenso entgangen zu sein, wie die gesamte "westliche" philosophische Tradition, die immer schon in die von ihm intendierte Richtung wies (Boethius, Augustinus, Cusanus, Spinoza, Pascal, Hume, Kant, Schelling, Hegel, Whitehead). Selbst die zutreffende Erwähnung von Heraklit, Parmenides, Platon, Leibniz, Newton oder Laplace ändert nichts daran, daß er eine unhaltbar vereinfachte Deutung der Lehren von Aristoteles, Thomas von Aquin sowie Descartes liefert, die sich bei den Autoritäten der neueren Physik (Einstein, Heisenberg, de Broglie, Schrödinger, Bohm, Feynman, Pauli, Minkowski, Dirac, Hoyle, Gell-Mann, Chew, Bohr, Wigner usw.) bestimmt nicht auffinden läßt. Nur die erwähnten Unzulänglichkeiten veranlassen ihn also dazu, einen Mangel an philosophischer Heuristik in der physikalischen Theoriebildung festzustellen. Spannend wird es aber erst, wenn er zwecks Behebung dieses Mangels eine maßvolle, der Grenzen der Erklärungskapazität von Theorien bewußte, philosophische Reflexion empfiehlt, also etwas,

was es in der von ihm leichtsinnig ausgeklammerten Tradition der Philosophie (und auch der Heuristik der Physik) längst gibt. Er kann es nur leider nicht so benennen, wie das in dieser Tradition üblich ist: Ontologie, objektive Dialektik, Metaphysik, Tychismus, Holismus usw. Für die Richtigkeit der Intentionen seiner Suche spricht jedoch, daß er ein quantifiziertes und kybernetisch angereichertes Kapitel der Ontologie, nämlich die allgemeine Systemtheorie als etwas erwähnt, was in etwa dem von ihm vermißten philosophischen Fundament der Physik entsprechen würde. Nicht weniger verräterisch wirkt sein Hinweis auf die Existenz einer "westlichen" Tradition der Mystik, von der er allerdings zu Unrecht annimmt, sie wäre durchgehend wirkungslos für das naturwissenschaftliche Denken des Abendlandes geblieben. Nichtsdestotrotz erweisen sich seine einführenden Kapitel in die klassische sowie in die neuere Physik ebenso wie seine Deutungen neuerer, vorwiegend quantenphysikalischer Ergebnisse in Konfrontation mit der östlichen Mystik überall dort, wo sie die erwähnten Unzulänglichkeiten nicht berühren als außerordentlich geistreich, ja als philosophisch anregend.

Diese Konfrontationen der "westlichen" Physik mit "östlicher" Mystik offerieren ebenso wie seine Einführung in diese Mystik eine ganz andere Schwierigkeit. Verlangte er zuvor von der Physik, die "ganze" Wirklichkeit zu erfassen, auf welche die Paradoxien der neueren Physik ein bedeutsames Licht werfen und welche erfaßt zu haben die Physik für sich niemals beanspruchte, während er die ganzheitsbezogenen Aspekte der physikalischen Heuristik wie der Philosophie einfach für nichtig erklärte, so verfährt er nun umgekehrt. Aus seinem zweifellos einfühlsamen und luziden Bild der östlichen Mystik (aus

dem übrigens der Zoroastrismus schmerzlich fehlt) merzt er nun alles aus, was nach brutaler Faktizität, ja nach Nominalismus und nach Irreversibilität riecht. Vor den Leser tritt somit derjenige Teil dieser Mystik, von dem Capra meint, er befriedigte den Bedarf an Philosophie, dessen Befriedigung er im "westlichen" Denken, wohl zu Unrecht, vermißt. Capras Konfrontation westlicher Physik mit östlicher Mystik leidet unter dieser Methode ganz erheblich. Ein physikalischer Gedankenrohstoff steht jeweils einem aus dem Lebenskontext gerissenen, ätherisch schwebenden Sprachspiel gegenüber. Eine auch nur annähernd überzeugende, weil solide Behandlung dieser Konfrontation hätte allerdings ein Vielfaches des Buchumfangs beansprucht.

So bleibt Capras Buch das metaphysisch keineswegs beunruhigende Schicksal aller begrenzt erklärungs-fähigen, falsifizierbaren, wissenschaftlichen und abstrakten Theorien nicht erspart, zumal die Philosophiebedürftigkeit der modernen Physik, die er zweifellos übertreibt, damit, was er unter östlicher Mystik versteht, nur sehr begrenzt behoben werden kann. Indische, chinesische und japanische Gelehrten, die mehr der westlichen Philosophie verdanken als diejenigen es vermuten, die in der östlichen Mystik endgültige Lösungen suchen, könnten dies eindrucksvoll bestätigen. Fachwissenschaftliches und philosophisches Denken, die jeweils an Personen gebunden sind, befruchten sich gegenseitig völlig frei und sie tun das auch jenseits des eigenen Kulturkreises. Capra scheint das Gewicht dieser interkulturellen Wechselwirkungen zu unterschätzen.

Trotzdem hat Capras Buch neben den erwähnten, vorzüglichen Ausführungen über physikalische Elementarprobleme, die wohl auch in anderen Büchern auffindbar sind, ein be-

trächtliches Verdienst: seine Intention, geistigen Homomorphien in den beiden größten Kulturkreisen der Erde auf die Spur zu kommen ist von größter Bedeutung für die Perspektiven einer vielfältigen Kooperation zwischen der nordatlantischen und der südostasiatischen Region.

Ladislav Barlay

Walt W. Rostow: *Pre-Invasion Bombing Strategy - General Eisenhower's decision of March 25, 1944*. Gower, Aldershot 1982, 157 S.

Dr. Rostow is now the Rex G. Baker, Jr. Professor of Political Economy at the University of Texas in Austin. He also took part in the events described and is therefore an eye-witness and reliable observer.

On Saturday afternoon, March 25, 1944, General Dwight D. Eisenhower met at the Air Ministry in London with all the major military figures in Britain concerned with the application of air power against Germany. The issue was: How should the massive British and American bombing forces be employed in the two months before D-day (invasion in the Normandy) and in the period immediately thereafter to maximize the chance, that a bridgehead would be successfully established and the allied forces built up for a successful break-out?

The choice laid before Eisenhower was simple: a systematic assault on the railroad marshalling yards and repair facilities of northwest Europe or a systematic attack on German oil production. Though Eisenhower opted clearly for the former, implementation of that decision was not so simple.

Substantial modifications continued down to V-E Day as a gruelling struggle developed among his subordinates. And in the end it was decided to do both.

Though the author concludes with a good deal of proof and information that it would have most likely been better if the bombing forces had been concentrated on German oil production, something Albert Speer also confirms in his memoirs. However with this conclusion comes the question why the attacks on German oil production was not started earlier. Had this also been the case the author asserts that the split of Europe along the Elbe may have been avoided, since the Western Allies would have reached the East so much more sooner.

This lively account of a still debated pivotal decision contains a good deal of previously unpublished material as well as six appendixes consisting of highly important minutes, the EOU Doctrine, reports and interesting memoranda of closely involved participants.

Mark R. Jones

Claus-Peter Grotz: *Die Junge Union Deutschlands. Struktur - Funktion - Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969*. N.P. Engel Verlag, Kehl am Rhein - Straßburg 1983, 182 S.

In seinem vor kurzem erschienenen Buch behandelt das baden-württembergische JU-Landesvorstandsmitglied Claus-Peter Grotz die Entwicklung der größten politischen Jugendorganisation Deutschlands seit 1969.

Diese Zeit wurde innerhalb der Jungen Union besonders durch die zehn Amtsjahre Matthias Wissmanns als Bundesvorsitzender von 1973 an geprägt. In diesen Jahren entwickelte sich die Jugendorganisation der CDU/CSU, so Grotz, von einer den CDU-Regierungen treu auf Schritt und Tritt folgenden zu einer selbständigen kritischen

Jugendorganisation mit zu beachtendem Einfluß innerhalb der Partei. Als Höhepunkt dieser Entwicklung bezeichnet Grotz das Jahr 1974, in dem sich die JU gar als innerparteiliche Alternative verstand.

Dieser Reformkurs stieß allerdings, wie der Autor feststellt, Mitte der 70-er Jahre auf Widerstände aus einigen Landesverbänden. Grotz vergleicht diese Unterschiede zwischen den JU-Landesverbänden, unter denen der Landesverband Bayern wie auch seine Mutterpartei, die CSU, eine Sonderstellung innerhalb des Bundesverbandes einnimmt, mit den "theoretischen" Richtungsfractionen innerhalb der Jungsozialisten.

In der JU war dieser Wandel vor allem auf die durch die von Grotz herausgestellte Veränderung in der Mitgliederstruktur bedingt und er war auf eine stärkere Konzentration auf spezifische Probleme der Jugend zurückzuführen gewesen. Mit ihren jugendpolitischen Initiativen nahm die JU innerparteilich sowohl auf die Reform der CDU und auf die Aussagen des Grundsatzprogramms der Partei als auch auf die Willensbildung in der CDU erheblichen Einfluß.

Für den Anfang der 80-er Jahre stellt der Autor eine ständige Standortdiskussion der Jugendorganisation zwischen der Jugend, der Gesellschaft und der Partei fest.

Die über die Zukunft der JU entscheidende Frage sieht Grotz darin, ob es gelingen wird, nach der Übernahme der Regierungsverantwortung in Bonn durch die Mutterpartei im Oktober 1983 weiterhin die Partei kritisch hinterfragend zu begleiten oder ob man, wie es bis 1969 der Fall war, lediglich ein Sprachrohr der Bundesregierung für die Jugend sein wird.

Im vorliegenden Buch behandelt Grotz als aktives Mitglied und als langjähriger Funktionsträger der Jungen Union die geschichtlichen Wandlungen innerhalb der größten politischen Jugendorgani-

sation Deutschlands vorwiegend aus eigener Erfahrung. Er erläutert dem Leser die Struktur der JU und er stellt dem Leser das politische Selbstverständnis der JU vor, wie dieses Selbstverständnis die politische Entwicklung der Bundesrepublik entscheidend mitgeprägt hat.

Klaus Rückert

Cultural Revolution and Alternative Subcultures

by Ladislav Barlay, Ph.D.

The present essay is a pre-print of the last chapter of the author's book: "Geist und Umweltbewusstsein" (Mind and Environment) which will be next published in a second, enlarged edition by Libertas Verlag, Sindelfingen. In this chapter author examines the intimate connection between decision-based dynamics operative in historical change and cultural preferences. They intermesh not only in rare events, unusual states, goals and preferences, interrupting their own autonomous continuity, but also in the long run in a more indirect, in a more hidden way. Spiritual motives stimulating a certain use of culture ultimately set history in motion.

Classical rationalism and idealism have led to the liberally constituted legal state. Freely developed scientific, technological, economic, social, moral and religious outputs of mass-democracies governed in terms of the law can produce synergetically an open alternative of reform or revolution in a legal state of this kind at the great turning points of history. In contrast, left- and right-extremisms relapse into pre-legal civil war. Communistic and fascist/nazi "cultural revolutions" don't create new culture, but they destroy culture as such.

Highly developed and democratically ruled industrial societies began their self-transformation into an information-society (or post-industrial society) with some spiritually initiated and partially extended changes of cultural preferences intended to liberate at a historical turning point. At the same time a limited instability of normative systems inhering in culture and also some uncontrolled trends putting liberation itself at risk have arisen, therefore conservative correction of some cultural changes was necessary for successful transformation into an information-society. This transformation is now a result of liberal and conservative interactions within a political stability domain of self-controlling, democratic systems. Alternative subcultures are devoted to norms, founded on a mixture of radical parts in liberal and in conservative topics and patterns. These subcultures could only survive and they could only be constructive by problem solving for the whole of society, if they are compatible with the cultural preferences essential to an information-society.

Neomarxistic attempt to abuse these subcultures by establishing a tyranny of highly paradoxical "democratic socialism" failed. Orthodox Marxists now try to infiltrate "green" political groups and parties calculating with the support of amorphous and therefore as yet ambiguous alternative subcultures.

Europe and the USA: Economy, Security, Political Values:

New Transatlantic Frontiers!

by Hans-Jürgen Zahorka

The author is a convinced partisan of European integration and of the Atlantic alliance. New complexities, mutual ignorance of policymaking processes and dif-

ferences in respective interests have led to gaps within the traditional Atlantic alliance between the US and the free countries of Europe. However the alliance could be the strongest force for the world economy, security, liberty and peace, provided that the alliance is created and renovated in a climate of a dialogue in friendship. The "battle of foreign trade" should not turn into a "battle of information technologies", and the US should not turn unilaterally to the Pacific which may be inevitable, if the Europeans are not willing to express themselves with a common voice. Budget deficits, high interest rates, the US-Dollar role, Third World debts, high-tech research and protectionism/tariffs are the economic questions, which also include foreign trade towards the East, the Cocom list problems and the development of the Third World. This should first be discussed by Europe and the US for diagnostic purposes in the framework of a possible "package" solution.

As to security issues, the author pleads against the neo-neutrality appearing in some European circles, especially in the Federal Republic of Germany. Although he interprets the continuity of NATO as one of the main purposes which must be realized for the reason of guaranteed survival in the North-Atlantic hemisphere, the author affirms some proposals to "reshape" the alliance. He doesn't wish divergences between European and American allies, but he takes insight into the necessity of increasing European contributions to common transatlantic military security. That means some geopolitical extensions of European defence capability. At any rate, a guaranteed transatlantic security would be impossible without a close conjunction between European and American allies on the fields of high-tech weapon systems, like space based satellite defence systems. At the same time NATO needs a further harmonization of conventional armaments by increasing European conventional deterrent power in immediate contrast to the massively growing Soviet threat.

That's the reason, why the author criticizes some ideological (and Soviet supported) trends of Anti-Americanism, which has been compared with Nazi anti-semitism. Especially the false suggestion of an European equidistance to both superpowers ignores the transatlantic homogeneity and continuity of ideas, generating the norms of political decision-making and political evaluation. Therefore the public reflection on these ideas and also the revitalization of this reflection are the best means to help destroy Anti-Americanism. Such reflections and revitalizations could only be parts of a long term strategy of completing mutual information exchanges and communication networks between the nations on both sides of the Atlantic on each relevant level, from the political elite-groups to the mass-communication opinion-makers.

Space Weapons and Science Fiction

by Steffen Maier

The author describes the "High Frontier" programme of the US government. He shows that it's a defence system supported by satellites. With the aid of this system nearly the whole Soviet strike potential could be destroyed in the event of war.

The article covers 1. The projected satellite system.

2. Special developments for the system in weapon technology (laser weapons and particle ray weapons).

3. The connection of the system with the military communications system of the USA.

4. Weapons development which will be related to conventional weapons already developed (killer satellites etc.).

The author concerns himself with the financing of this project. He shows what measures the Reagan administration has taken in the realisation of the programme and the state of opinion in the US parliament in the election year 1984. In this connection he examines the arguments in the USA for and against this project and considers European positions.

In the second section of his essay, the author considers the intellectual relationship between scientific research and science fiction. He demonstrates how the programme of space weapons development was foreseen in part by science fiction authors in a series of examples.

What Is Coming to Pass in Afghanistan?

by Khalid Ahmad Dayani

The author introduces us to the history of Afghanistan and shows the disproportion between apparent sovereignty and the internal political constitution of the people of Afghanistan. After reflecting on the very problematic Anglo-Afghan relations the author analyses massive Soviet attempts to influence Afghanistan since 1953.

Then he describes the period of the civil war in Afghanistan between 1973 and 1979. His essay culminates in a dramatic report on the Soviet invasion of Afghanistan, which has been contrasted by the indestructible resistance of the Afghan people.

The author establishes evidence that the Soviets are perpetrating genocide in Afghanistan. He believes that religious and political dispositions of the developing Afghan nation will be capable of ousting the Soviets in the long run.

Endless Civil War in Chile?—

Chile: Overtaxed Caudillism

by Thea Schmitt

The Chilean civil war under president Allende is described retrospectively in an editorial commentary. The enforced establishment of a military dictatorship is also noted. Finally, the causes of the collapse of the Chilean economy are shown under the prolongation of the military dictatorship instead of the reconstruction of a parliamentary democracy.

Then Thea Schmitt reports on the current formations of a political opposition to the Pinochet regime. She analyses the anti democratic nature of the "constitution" imposed on the Chilean people by the Pinochet regime. She sums up respecting the six "National Protest Days" in Chile. She describes the positions of the oppositional political parties and the trade unions.

In the course of this analysis the steps taken by the Pinochet regime and the coming into being of opposing groups, which devote themselves to violence are considered.

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift - Revue Européenne - European Review

ISSN 0341-9762

Herausgeber/Editeur/Publisher: Hans-Jürgen Zahorka
Chefredakteur/Redacteur en chef/Editor-in-Chief: Dr. Ladislaus Barlay

Der neue Redaktionsbeirat wird in der nächsten Ausgabe vorgestellt.
The new board of editors will be introduced in the next issue.

Libertas Verlag
Schwenninger Straße 32
D-7032 Sindelfingen, 6
Tel.: (0) 7031/81855; Telex: 7265320
Bankverbindung/Bank account:
213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30)

LIBERTAS erscheint viermal jährlich. Gegründet August 1976.
Preis der Einzelnummer: 8.-DM, Jahresabonnement: 30.-DM
Alle Copyright-Rechte vorbehalten.
LIBERTAS is published as a quarterly. Founded August 1976
Single copies: 8.-DM, annual subscription rate: 30.-DM
All rights reserved.

ABONNEMENTS / SUBSCRIPTIONS

Abschneiden und senden an/Découper et envoyer à/Detach and send to:
LIBERTAS, Schwenninger Straße 32, D-7032 Sindelfingen 6.

Ich möchte LIBERTAS abonnieren. Jahresabonnement 30.-DM/Je désire m'abonner à LIBERTAS. Abonnement annuel 30.-DM/ I want to subscribe to LIBERTAS. Annual subscription rate 30.-DM.

.....Scheck liegt bei/Ci-joint un cheque/A cheque is enclosed

.....Schicken Sie Rechnung/Envoyer une facture/Please send an invoice

.....Betrag wurde überwiesen/Le montant a été vire au compte bancaire/The amount was transferred to bank account
213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30),
D-7032 Sindelfingen.

Name/Nom

Adresse/Address

Datum/Date.....Unterschrift/Signature.....

Handzettel... Informationen... Flugblätter... Programme... ...wir setzen alles.

Wer im politischen Bereich überzeugen will, der muß sich in vielfältiger Weise äußern. Zu einem großen Teil in gedruckter Form. Und dabei spielt es — neben dem Inhalt natürlich! — eine große Rolle, wie die gedruckte Information aussieht.

Simple, schreibmaschinengetippte Druckvorlagen sind da leider die Regel — denn guter Fotosatz ist bei meist schmalen Etats kaum bezahlbar. Wir haben die Alternative: „richtigen“ Satz (damit's wirklich wie gedruckt aussieht) zu einem einmalig günstigen Preis. Der IBM-Composer mit seinem optimalen Kosten/Nutzen-Verhältnis macht's möglich.

Da braucht man nicht mehr lange zu überlegen, wie man Informations- und Werbematerial gestalten soll: einfach das Manuskript mit den Angaben für Schriftart und Satzanordnung ans **Satzstudio Maichingen** schicken ... und einwandfreie Reprovorlagen des Textes kommen zurück. Trotzdem lässt sich die Rechnung dann auch bei niedrigem Budget verkraften!

Fordern Sie doch einfach gleich mal unseren Schriftmusterprospekt an — auch wenn Sie gerade keinen akuten Bedarf haben. Dann wissen Sie immer, wohin Sie sich wenden können, wenn Druckvorlagen herzustellen sind. Und wenn Sie schon etwas Konkretes haben, lassen Sie sich einfach mal von uns ein Angebot machen.

Satzstudio Maichingen

Schwenninger Str. 32, D-7032 Sindelfingen 6
Telefon 07031/81855 Telex 7265320